



**Der
Rechnungshof**

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

III-262 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015

**Textteil Band 1:
Bund**

Auskünfte

Rechnungshof

1031 Wien, Dampfschiffstraße 2

Telefon (00 43 1) 711 71 - 8915

Fax (00 43 1) 712 49 17

E-Mail presse@rechnungshof.gv.at**Impressum**

Herausgeber:

Rechnungshof

1031 Wien, Dampfschiffstraße 2

<http://www.rechnungshof.gv.at>

Redaktion und Grafik:

Rechnungshof

Druck:

Druckerei des BMF

Herausgegeben:

Wien, im Juni 2016



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836

Auszug aus dem Abkürzungsverzeichnis

AB	Aufgabenbereich
BFG	Bundesfinanzgesetz
BFRG	Bundesfinanzrahmengesetz
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BHV	Bundeshaushaltsverordnung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
KA	Bundeskanzleramt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMFJ	Bundesministerium für Familien und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWWF	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BRA	Bundesrechnungswirtschaftsabschluss
BVA	Bundesvoranschlag
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
DB	Detailbudget
ESVG	Europäisches System volkswirt- schaftlicher Gesamtrechnungen
EUR	Euro
GB	Globalbudget
HIS	Haushaltsinformationssystem des Bundes
IKS	Internes Kontrollsystem
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MVAG	Mittelverwendungs- und Aufbringungsgruppe/n
OeBFA	Österreichische Bundesfinanzierungs- agentur
RH	Rechnungshof
RHG	Rechnungshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung
TZ	Textzahl(en)
UG	Untergliederung
VA	Voranschlag
VO	Verordnung

Untergliederungen

- 01 Präsidentschaftskanzlei
- 02 Bundesgesetzgebung
- 03 Verfassungsgerichtshof
- 04 Verwaltungsgerichtshof
- 05 Volksanwaltschaft
- 06 Rechnungshof
- 10 Bundeskanzleramt (BKA)
- 11 Inneres (BMI)
- 12 Äußeres (BMEIA)
- 13 Justiz (BMJ)
- 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (BMLVS)
- 15 Finanzverwaltung (BMF)
- 16 Öffentliche Abgaben (BMF)
- 20 Arbeit (BMAK)
- 21 Soziales und Konsumentenschutz (BMAK)
- 22 Pensionsversicherung (BMAK)
- 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte (BMF)
- 24 Gesundheit (BMG)
- 25 Familien und Jugend (BMFJ)
- 30 Bildung und Frauen (BMBF)
- 31 Wissenschaft und Forschung (BMWFW)
- 32 Kunst und Kultur (BKA)
- 33 Wirtschaft (Forschung) (BMWFW)
- 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) (BMVIT)
- 40 Wirtschaft (BMWFW)
- 41 Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)
- 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
- 43 Umwelt (BMLFUW)
- 44 Finanzausgleich (BMF)
- 45 Bundesvermögen (BMF)
- 46 Finanzmarktstabilität (BMF)
- 51 Kassenverwaltung (BMF)
- 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (BMF)



**Der
Rechnungshof**

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss Republik Österreich

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015

Textteil Band 1: Bund

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser

Wien, im Juni 2016

WEGWEISER

Der Bundesrechnungsabschluss (BRA) ist vom RH zu verfassen und dem Nationalrat vorzulegen¹. Die Vorlage hat spätestens bis zum 30. Juni des folgenden Finanzjahres zu erfolgen. Der BRA hat die Vermögens-, Ergebnis- und Finanzierungsrechnung (konsolidierte Abschlussrechnungen), die Voranschlagsvergleichsrechnungen für den Finanzierungs- und Ergebnishaushalt sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger zu enthalten².

Statistische Daten

Die dem vorliegenden BRA für das Jahr 2015 zu Grunde gelegten Daten wurden dem RH durch die haushaltsleitenden Organe im Wege des BMF zur Verfügung gestellt³ und vom RH im Zuge der Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948 überprüft (siehe **Textteil: Band 3**).

Die im BRA für das Jahr 2015 verwendeten Daten der Statistik Austria sind auf dem Stand vom 31. März 2016. Die im BRA verwendeten Daten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) entstammen – soweit nicht anders angegeben – der März-Prognose 2016.

Bundesrechnungsabschluss 2015

Der BRA 2015 gliedert sich in drei Textteile sowie einen gedruckten Zahlenteil. Zusätzlich dazu erfolgt eine Veröffentlichung der Zahlenteile des Bundes (vollständig) sowie der einzelnen Untergliederungen auf der Homepage des RH (www.rechnungshof.gv.at).

¹ vgl. Art. 121 Abs. 2 B-VG

² vgl. insbesondere § 119 BHG 2013

³ vgl. §§ 117ff BHG i.V.m. § 9 Abs. 1 RHG

Wegweiser



Die **Kurzfassung** beinhaltet eine übersichtliche Kurzdarstellung der Textteile 1 und 2; d.h. sowohl aus Bundes-, als auch aus UG-Sicht werden die maßgeblichen Entwicklungen des Finanzjahres 2015 kurz zusammengefasst erläutert. Neben diesen verbalen Ausführungen ist auch ein Auszug bzw. eine Zusammenfassung der Zahlenteile zum BRA 2015 Bestandteil der Kurzfassung. Diese Ergänzung der verbalen Darstellung in tabellarischer Form soll einen Überblick über das umfangreiche Zahlenmaterial bieten.



Der **Textteil Band 1** umfasst die Darstellung der fünf Abschlussrechnungen (konsolidierte Abschlussrechnungen: Vermögens-, Ergebnis- und Finanzierungsrechnung; Voranschlagsvergleichsrechnungen für den Finanzierungs- und Ergebnishaushalt) auf Bundesebene sowie die relevanten Thematiken des Budgetvollzuges mit besonderem Fokus auf die gesamtstaatliche Betrachtung und die europäischen Rahmenbedingungen. Die mittelfristige Finanzplanung wird ebenso auf Bundesebene erläutert.



Der **Textteil Band 2** umfasst jeweils gleich aufgebaute Kapitel zu allen Untergliederungen mit Ausnahme der Obersten Organe (die in einem zusammenfassenden Kapitel dargestellt werden), in welchen die konsolidierten Abschlussrechnungen, der Budgetvollzug im Überblick, die Voranschlagsvergleichsrechnungen sowie die mittelfristige Finanzplanung dargestellt werden.



Der **Textteil Band 3** enthält den Bericht des RH zur Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948.



Der gedruckte **Zahlenteil** umfasst die wichtigsten Überblickstabellen zu den Voranschlagsvergleichsrechnungen sowie zum Budgetvollzug. Überdies sind die konsolidierten Abschlussrechnungen sowie auszugsweise die Anhangsangaben gemäß Rechnungslegungsverordnung 2013 (RLV 2013) enthalten. Im vollen Umfang ist der Zahlenteil des Bundes – wie oben angeführt – auf der Homepage des RH abrufbar (Bund, Untergliederungen und vom Bund verwaltete Rechtsträger).

Hinweise zum Bundesrechnungsabschluss 2015

In der **Kurzfassung** finden sich jeweils am Ende der Absätze Verweise auf die Textzahlen (**TZ**) der Langfassung (**Textteil Band 1** und **Textteil Band 2**).

Dem **Textteil Band 1** vorangestellt sind ein Kurzüberblick mit den wichtigsten Eckdaten (**BRA im Überblick**) und eine kurze verbale Zusammenfassung der zentralen Eckpunkte des Vollzugs und der Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage des Bundes.

Dem **Textteil Band 1** angeschlossen finden sich ein Glossar sowie ein Abkürzungsverzeichnis, das für alle vorliegenden Teile (Textteile, Zahlenteil) Gültigkeit besitzt.

Nachdem die Zahlen in den Textteilen sowohl in den tabellarischen Darstellungen als auch im Fließtext gerundet sind, kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

Wenn in Tabellen Werte mit „0,00“ angeführt sind, handelt es sich dabei um Zahlenwerte die unterhalb der dargestellten Größenordnung liegen (z.B. mit + 0,00 Mio. EUR können + 5.000 EUR gemeint sein), insofern kann es bei solchen Werten auch zu Abweichungen von „- 0,00“ bzw. „+ 0,00“ sowie zu prozentuellen Veränderungen kommen.

Zur übersichtlicheren Darstellung werden in den Texten die Abkürzungen UG (Untergliederung), GB (Globalbudget) und DB (Detailbudget) verwendet. Die bereits im Vorjahr vorgenommene farbliche Darstellung bzw. Codierung der einzelnen Haushalte bzw. Rechnungen (**violett = Vermögensrechnung; grün = Ergebnisrechnung bzw. -haushalt; blau = Finanzierungsrechnung bzw. -haushalt**) wurde beibehalten; dies gilt auch für die Begründungen zu den Voranschlagsabweichungen. **Tabellen mit allgemeinen Inhalten sind gelb.**

Der **Textteil Band 2** umfasst detaillierte Ausführungen zu den Untergliederungen. Zum leichteren Auffinden der jeweiligen UG sind am äußeren Rand Kennzeichnungen („Reiter“) aufgedruckt, die nach Rubriken geteilt sind. Der Aufbau der Untergliederungs-Kapitel ist einheitlich gestaltet. Zu den dort thematisierten Schwerpunkten (konsolidierte Abschlussrechnungen, Budgetvollzug im Überblick, Voranschlagsvergleichsrechnungen, mittelfristige Finanzplanung) gibt es entsprechende Ausführungen im Textteil Band 1 auf Bundes- bzw. Rubriken-Ebene.

Die tabellarischen Darstellungen in den Untergliederungs-Kapiteln orientieren sich an den Vorgaben des RH an die haushaltsleitenden Organe in Bezug auf die erforderlichen Begründungen zu den Abschlussrechnungen. Demgemäß sind in den Tabellen jeweils jene Positionen angeführt, deren Wert 50 Mio. EUR übersteigt bzw. deren Veränderung im Unterschied zum Vorjahr bzw. im Unterschied zum Voranschlag 10 Mio. EUR überschreitet. Die Begründungen der haushaltsleitenden Organe gibt der RH im Konjunktiv wieder.

Die **Zahlenteile** weisen eine einheitliche Nummerierung der Tabellen auf. Dies bedeutet, dass die Nummerierung der Tabellen dem vollständigen Zah-



Wegweiser

lenteil des Bundes folgt und somit bei allen anderen Zahlenteilen (Zahlenteil des Bundes gedruckt, Zahlenteile der Untergliederungen) die Nummerierung der Tabellen „Lücken“ aufweisen kann. Beim gedruckten Zahlenteil des Bundes deshalb, weil dieser nur die Überblickstabellen, also nicht alle Tabellen, umfasst, bei den Zahlenteilen der Untergliederungen deshalb, weil diese nicht für alle Tabellen Zahlenwerte aufweisen und „leere“ Tabellen nicht dargestellt werden. Der Vorteil der gewählten Nummerierung liegt darin, dass die jeweils inhaltlich identen Tabellen in jedem Band der Zahlenteile dieselbe Tabellenummer aufweisen und somit problemlos aufgefunden und verglichen werden können bzw. darauf untergliederungsübergreifend referenziert werden kann.

Alle personenbezogenen Bezeichnungen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit und einfachen Lesbarkeit nur in einer Geschlechtsform gewählt und gelten gleichermaßen für Frauen und Männer.

Haushaltsrechtliche Grundlagen

Durch das BHG 2013 wurde für den Bund zum einen eine integrierte Rechnung aus Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögensrechnung eingeführt und zum anderen die Budgetstruktur neu aufgebaut.

Die doppische Verrechnung bedingt die Darstellung in drei Rechnungen:

Vermögensrechnung	Ergebnisrechnung	Finanzierungsrechnung
Umfasst das gesamte Vermögen des Bundes sowie als Ausgleichsposition das Nettovermögen; „Bilanz“	Budgetiert und verrechnet nach Erträgen und Aufwendungen; „Gewinn- und Verlustrechnung“	Budgetiert und verrechnet nach Einzahlungen und Auszahlungen; „Cashflow-Rechnung“

Während im Ergebnishaushalt der tatsächliche wirtschaftliche Gehalt der Gebarung des Finanzjahres seinen Niederschlag findet, stellt der Finanzierungshaushalt ausschließlich auf die im Finanzjahr getätigten Ein- und Auszahlungen ab. Das Nettoergebnis des Ergebnishaushaltes findet auch Eingang in die Vermögensrechnung des Bundes. Durch die in der **Kurzfassung** sowie in der **TZ 1** (siehe **Textteil Band 1**) gewählte Darstellungsform der Teilergebnisse der drei Rechnungen sollen die Zusammenhänge zwischen diesen bzw. der integrative Charakter der Haushaltsverrechnung zum Ausdruck gebracht werden.

Die neue Budgetstruktur:

Bund	Rubrik	Untergliederung (UG)	Globalbudget (GB)	Detailbudget (DB) Ebene 1 und 2
Beispiel:	0,1	UG 15	GB 15.01	DB 15.01.01 DB 15.01.01.01

Die Budgetierung erfolgt durch das jeweilige Bundesfinanzgesetz (BFG) in den hierarchischen Stufen abwärts bis zu den Detailbudgets, die gesetzliche Bindungswirkung liegt auf Ebene der Globalbudgets.

INHALTSVERZEICHNIS

WEGWEISER

LEAD		1
1	KONSOLIDIERTE ABSCHLUSSRECHNUNGEN	7
1.1	Integrierte Darstellung der konsolidierten Abschlussrechnungen des Bundes	7
1.2	Vermögensrechnung	9
1.2.1	Vermögensrechnung im Überblick	9
1.2.2	Vermögen	12
1.2.3	Fremdmittel	24
1.2.4	Nettovermögen (Ausgleichsposten)	33
1.3	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	36
1.3.1	Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit	42
1.3.2	Transferergebnis	50
1.3.3	Finanzergebnis	54
1.3.4	Geldfluss aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen	59
1.3.5	Geldfluss aus der Investitionstätigkeit	61
2	GESAMTSTAATLICHE BETRACHTUNG ÖFFENTLICHER FINANZEN	65
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung und beim Budgetvollzug	65
2.2	Entwicklung der öffentlichen Finanzen laut ESGV 2010 und „Maastricht-Notifikation“	70
2.2.1	Öffentliches Defizit nach ESGV 2010	72
2.2.2	Strukturelles Defizit	75
2.2.3	Öffentlicher Schuldenstand („Maastricht-Schulden“)	79
2.2.4	Staatseinnahmen und -ausgaben	84
2.3	Erfüllung der EU- und innerösterreichischen wirtschafts- und haushaltspolitischen Vorgaben (Europäisches Semester)	88

Inhalt

2.3.1	EU-Vorgaben für die österreichische Wirtschafts- und Haushaltspolitik	88
2.3.2	Österreichischer Stabilitätspakt - innerösterreichische Sicherstellung der Einhaltung der EU-Vorgaben	88
2.3.3	EU-Überwachungsverfahren (Europäisches Semester)	96
2.3.4	EU-Überwachungsergebnisse zu den makroökonomischen Ungleichgewichten	98
2.3.5	EU-Bewertung des Umsetzungsstandes zu den Europa 2020-Zielen	100
2.3.6	EU-Stellungnahme zur österreichischen Haushaltsplanung	101
2.3.6.1	Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Übersicht über die Haushaltsplanung	101
2.3.6.2	Einhaltung der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch Österreich	102
2.3.7	EU-Bewertung zur Umsetzung der länderspezifischen Rats-Empfehlungen samt Einschätzung der strukturellen Risiken	107
2.3.7.1	Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2015	107
2.3.7.2	Risiken und Handlungsbedarf	111
2.3.8	EU-Stellungnahme zum nationalen Reformprogramm und zum Stabilitätsprogramm 2016	114
2.3.9	Stellungnahme und Empfehlungen des Fiskalrates	119
2.4	Finanzielle Nachhaltigkeit	121
2.4.1	EU-Fiscal Sustainability Indikatoren	121
2.4.2	Ageing Report 2015 – Europäische Kommission	121
2.4.3	Langfristige Budgetprognose - Österreich	122
2.4.4	Aus aktuellen Langfristprognosen ableitbare Handlungserfordernisse	125
3.	VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNGEN	127
3.1	Überblick über den Ergebnis- und Finanzierungshaushalt	127
3.1.1	Unterschied zwischen den Voranschlagsvergleichsrechnungen vor und nach Mängelbehebungen (Vergleich zwischen dem Vorläufigen Gebarungserfolg des BMF 2015 und dem BRA 2015 des RH)	127
3.1.2	Unterschiede zwischen Ergebnis- und Finanzierungshaushalt	131
3.2	Ergebnishaushalt	133
3.3	Finanzierungshaushalt	145

3.4	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre	157
3.4.1	Vorberechtigungen und Vorbelastungen	157
3.4.2	Verpflichtungen	157
3.4.3	Berechtigungen	160
3.5	Mittelverwendungsüberschreitungen, Haushaltsrücklagen	162
3.5.1	Mittelverwendungsüberschreitungen	162
3.5.1.1	Finanzierungshaushalt - Bedeckungen	162
3.5.1.2	Ergebnishaushalt - Bedeckungen der finanzierungswirksamen Gebarung	167
3.5.1.3	Ergebnishaushalt - Bedeckungen der nicht finanzierungswirksamen Gebarung	169
3.5.2	Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage	169
3.5.2.1	Finanzierungshaushalt - Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage	169
3.5.2.2	Ergebnishaushalt - Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in der finanzierungswirksamen Gebarung	169
3.5.2.3	Ergebnishaushalt - Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in der nicht finanzierungswirksamen Gebarung	171
3.5.3	Haushaltsrücklagen	172
4	MITTELFRISTIGE ENTWICKLUNGEN IM BUNDESHAUSHALT	179
4.1	Finanzrahmen	179
4.1.1	Haushaltsrechtliche Grundlagen	179
4.1.2	Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bzw. Strategiebericht	180
4.1.2.1	BFRG – Überblick	180
4.1.2.2	Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020	183
4.1.2.3	Vergleich der tatsächlichen Auszahlungen bis 2015 mit den Auszahlungsobergrenzen bis 2020	188
4.1.3	Entwicklung der Einzahlungen und des Nettofinanzierungssaldos gemäß Strategiebericht	193
4.1.3.1	Einzahlungen	193
4.1.3.2	Nettofinanzierungssaldo	194
4.2	Budgetpolitische Maßnahmen des Bundes – Budgetkonsolidierung	196
4.3	Risiken der mittelfristigen Haushaltsentwicklung in Österreich	200



Inhalt

5	FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND BUNDESHAFTUNGEN	207
5.1	Allgemeines	207
5.2	Zusammensetzung und Entwicklung der Finanzschulden des Bundes	208
5.3	Kreditoperationen zur Kassenstärkung	211
5.4	Verzinsungsstruktur der Finanzschulden	213
5.5	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre	213
5.5.1	Tilgungsverpflichtungen der bereinigten Finanzschulden ab 2016	213
5.5.2	Zinsverpflichtungen der bereinigten Finanzschulden ab 2016	214
5.6	Rechtsträger– bzw. Länderfinanzierung	215
5.6.1	Allgemeines	215
5.6.2	Entwicklung und Stand der über die OeBFA abgewickelten nichtfälligen Rechtsträger– bzw. Länderschulden	215
5.6.3	Sonstige finanzielle Lasten	217
5.7	Bundeshaftungen	218
5.7.1	Zusammensetzung, Entwicklung und Veränderung der Bundeshaftungen	223
5.7.2	Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	224
GLOSSAR		227
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS		245

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1.1-1:	Verteilung des Vermögens auf Positionen (in Mrd. EUR)	8
Abbildung 1.2-1:	Veränderung des Vermögens im Jahr 2015	10
Abbildung 1.2-2:	Veränderung der Fremdmittel im Jahr 2015	11
Abbildung 1.2-3:	Verteilung des Vermögens nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)	12
Abbildung 1.2-4:	Veränderung der Forderungen im Jahr 2015	23
Abbildung 1.2-5:	Verteilung der Verbindlichkeiten nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)	28
Abbildung 1.2-6:	Veränderung der Verbindlichkeiten im Jahr 2015	29
Abbildung 1.3-1:	Veränderung der Ertragspositionen im Jahr 2015	38
Abbildung 1.3-2:	Veränderung der Aufwandspositionen im Jahr 2015	39
Abbildung 1.3-3:	Verteilung des Personalaufwands 2015 nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)	46
Abbildung 1.3-4:	Verteilung der Erträge aus Transfers 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)	51
Abbildung 1.3-5:	Verteilung des Transferaufwands 2015 nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)	53
Abbildung 1.3-6:	Verteilung der Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)	60
Abbildung 1.3-7:	Verteilung der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)	63
Abbildung 2.1-1:	Entwicklung des realen BIP-Wachstums 2004 bis 2015	66
Abbildung 2.1-2:	Entwicklung des VPI 2011 bis 2015	67
Abbildung 2.1-3:	Arbeitslosenquoten 2004 bis 2015	69
Abbildung 2.2-2:	Entwicklung der Verschuldung 2011 bis 2015 (2011 = Index 100)	80
Abbildung 2.2-3:	Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands, in % des BIP	81

Abbildungen

Abbildung 2.2-4:	Entwicklung der Staatseinnahmen 2011 bis 2015 (2011 = Index 100) _____	86
Abbildung 2.2-5:	Entwicklung der Staatsausgaben 2011 bis 2015 (2011 = Index 100) _____	87
Abbildung 3.5-1:	Bedeckung der überplanmäßigen Mittelverwendungen im Finanzierungshaushalt 2015 (in Mio. EUR) _____	162
Abbildung 3.5-2:	Bedeckung der überplanmäßigen Mittelverwendungen im finanzierungswirksamen Ergebnishaushalt 2015 (in Mio. EUR) _____	167
Abbildung 4.1-1:	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG für 2015 _____	183
Abbildung 4.1-2:	Entwicklung des Nettofinanzierungssaldos bis 2020 _____	195

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1.1-1:	Integrierte Darstellung der drei konsolidierten Abschlussrechnungen _____	7
Tabelle 1.2-1:	Vermögensrechnung Bund _____	9
Tabelle 1.2-2:	Sachanlagen Bund _____	14
Tabelle 1.2-3:	Kulturgüter mit Buchwert > 50 Mio. EUR _____	16
Tabelle 1.2-4:	Beteiligungen mit Buchwert > 500 Mio. EUR _____	18
Tabelle 1.2-5:	Neuzugänge von Beteiligungen im Jahr 2015 _____	18
Tabelle 1.2-6:	Forderungen Bund _____	20
Tabelle 1.2-7:	Finanzschulden des Bundes _____	25
Tabelle 1.2-8:	Verbindlichkeiten Bund _____	26
Tabelle 1.2-9:	Rückstellungen Bund _____	30
Tabelle 1.2-10:	Personalrückstellungen Bund _____	31
Tabelle 1.2-11:	Nettovermögen Bund _____	34
Tabelle 1.3-1:	Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung _____	36
Tabelle 1.3-2:	Vom Nettofinanzierungssaldo zum Nettoergebnis für das Jahr 2015 (in Mio. EUR) ____	41
Tabelle 1.3-3:	Erträge aus Abgaben netto _____	42
Tabelle 1.3-4:	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit _____	43
Tabelle 1.3-5:	Personalaufwand _____	45
Tabelle 1.3-6:	Betrieblicher Sachaufwand _____	47
Tabelle 1.3-7:	Finanzerträge _____	55
Tabelle 1.3-8:	Finanzaufwand _____	57
Tabelle 2.1-1:	Wirtschaftliche Daten bei der Budgeterstellung 2015 _____	65
Tabelle 2.2-1:	Entwicklung des öffentlichen Defizits 2011 bis 2015 nach Teilsektoren des Staates ____	72
Tabelle 2.2-2:	Überleitung des öffentlichen Defizits des Bundessektors _____	74
Tabelle 2.2-3:	Berechnung des strukturellen Defizits 2015 im Vergleich, in % des BIP _____	76
Tabelle 2.2-4:	Prognosen des strukturellen Defizits im Vergleich, in % des BIP _____	78
Tabelle 2.2-5:	Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands 2011 bis 2015 nach Teilsektoren des Staates _____	79

Tabellen

Tabelle 2.2-6:	Überleitung der bereinigten Finanzschulden des Bundes zum öffentlichen Schuldenstand des Bundessektors _____	83
Tabelle 2.2-7:	Entwicklung der Staatseinnahmen und –ausgaben 2011 bis 2015 laut ESVG 2010 _____	85
Tabelle 2.3-1:	Stabilitätsbeiträge der Teilsektoren des Staates laut Österreichischem Stabilitätspakt 2012 sowie geplanter Anpassungspfad (in % des BIP) _____	89
Tabelle 2.3-2:	Erfüllung der Stabilitätsziele nach ESVG 2010 in den Jahren 2012 bis 2015 _____	91
Tabelle 2.3-3:	Österreichische Haushaltsentwicklung _____	101
Tabelle 2.3-4:	Einhaltung der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes _____	103
Tabelle 2.3-5:	Länderspezifische Empfehlungen des Rates für Österreich _____	115
Tabelle 2.4-1:	Bericht der Bundesregierung zur langfristigen Budgetprognose _____	123
Tabelle 3.1-1:	Ergebnis- und Finanzierungshaushalt 2015 _____	127
Tabelle 3.1-2:	Unterschiede im Ergebnishaushalt für das Jahr 2015 zwischen dem Vorläufigen Gebarungserfolg 2015 des BMF und dem BRA 2015 des RH _____	128
Tabelle 3.1-3:	Vom Nettofinanzierungssaldo zum Nettoergebnis für das Jahr 2015 (in Mio. EUR) _____	131
Tabelle 3.2-1:	Ergebnishaushalt 2015 _____	133
Tabelle 3.2-2:	Ergebnishaushalt, Rubriken – Voranschlagsvergleich 2015 nach MVAG _____	138
Tabelle 3.2-3:	Ergebnishaushalt, Untergliederungen – Abweichungen über 25,00 Mio. EUR _____	144
Tabelle 3.3-1:	Finanzierungshaushalt 2015 _____	145
Tabelle 3.3-2:	Finanzierungshaushalt, Rubriken – Voranschlagsvergleich 2015 nach MVAG _____	150
Tabelle 3.3-3:	Finanzierungshaushalt, Untergliederungen – Abweichungen über 25,00 Mio. EUR _____	155
Tabelle 3.3-4:	Berechnung des Primärsaldos des Bundes _____	156
Tabelle 3.4-1:	Verpflichtungen nach Untergliederungen _____	159
Tabelle 3.4-2:	Berechtigungen nach Untergliederungen _____	161
Tabelle 3.5-1:	Bedeckung der überplanmäßigen Mittelverwendungen im Finanzierungshaushalt 2015 (in Mio. EUR) _____	163
Tabelle 3.5-2:	Ressortbegründungen der überplanmäßigen Mittelverwendungen im Finanzierungshaushalt 2015 von jeweils über 100,00 Mio. EUR _____	165
Tabelle 3.5-3:	Bedeckung der überplanmäßigen Mittelverwendungen im finanzierungswirksamen Ergebnishaushalt 2015 (in Mio. EUR) _____	168
Tabelle 3.5-4:	Zusammenstellung der nicht gedeckten Mittelverwendungen im finanzierungswirksamen Ergebnishaushalt nach Globalbudgets _____	170

Tabelle 3.5-5:	Zusammenstellung der nicht gedeckten Mittelverwendungen im nicht finanzierungswirksamen Ergebnishaushalt nach Globalbudgets _____	171
Tabelle 3.5-6:	Ermittlung der Rücklagen 2015 _____	172
Tabelle 3.5-7:	Veranschlagte Rücklagen 2015 _____	173
Tabelle 3.5-8:	Veränderung der Rücklagen 2015 getrennt nach Untergliederungen _____	174
Tabelle 3.5-9:	Rücklagenentnahmen in den Untergliederungen auf Detailbudgetebene _____	175
Tabelle 3.5-10:	Rücklagenzuführungen in den Untergliederungen auf Detailbudgetebene _____	177
Tabelle 4.1-1:	Ausnutzung der Finanzrahmen 2011 bis 2015 _____	180
Tabelle 4.1-2:	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG inklusive Novellen 2011 bis 2020 _____	181
Tabelle 4.1-3:	Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 _____	184
Tabelle 4.1-4:	Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen in den Jahren 2011 bis 2015 _____	189
Tabelle 4.1-5:	Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG _____	191
Tabelle 4.1-6:	Prognostizierte Entwicklung der Einzahlungen 2016 bis 2020 gemäß Strategiebericht 2017 bis 2020 _____	193
Tabelle 5.2-1:	Zusammensetzung und Entwicklung der Finanzschulden _____	208
Tabelle 5.2-2:	Zusammensetzung der bereinigten nichtfälligen Finanzschulden nach Schuldgattungen _____	209
Tabelle 5.2-3:	Entwicklung der Stände an Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen 2011 bis 2015 _____	210
Tabelle 5.2-4:	Einfluss von Währungstauschverträgen auf die Struktur der Finanzschulden _____	211
Tabelle 5.3-1:	Entwicklung und Stand der Kreditoperationen zur Kassenstärkung 2011 bis 2015 _____	212
Tabelle 5.4-1:	Verzinsungsstruktur 2011 bis 2015 _____	213
Tabelle 5.5-1:	Tilgungsverpflichtungen der bereinigten nichtfälligen Finanzschulden ab 2016 getrennt nach Finanzjahren und Schuldgattungen _____	214
Tabelle 5.5-2:	Zinsverpflichtungen der bereinigten nichtfälligen Finanzschulden ab 2016 getrennt nach Finanzjahren und Schuldgattungen _____	214
Tabelle 5.6-1:	Entwicklung und Stand der nichtfälligen Rechtsträger- und Länderschulden _____	216
Tabelle 5.6-2:	Zusammensetzung der Rechtsträger- und Länderschulden nach Schuldnern _____	216
Tabelle 5.7-1:	Haftungsobergrenzen und deren Ausnutzung _____	221



Tabellen

Tabelle 5.7-2:	Zusammensetzung der außerbudgetären Haftungen _____	222
Tabelle 5.7-3:	Zusammensetzung und Veränderung der Bundeshaftungen _____	223
Tabelle 5.7-4:	Schadenszahlungen und Rückersätze _____	225

Der Bundeshaushalt im Überblick

Integrierte Darstellung der konsolidierten Abschlussrechnungen des Bundes

Die **Vermögensrechnung** stellt die Aktiva und Passiva des Bundes gegenüber. In der **Ergebnisrechnung** werden die Erträge und Aufwendungen des Bundes in konsolidierter Form dargestellt, in der **Finanzierungsrechnung** die Einzahlungen

und Auszahlungen. Während die **Ergebnisrechnung** den Ressourcenverbrauch oder -zuwachs des Bundes in einem Finanzjahr zeigt, wird in der **Finanzierungsrechnung** der Finanzmittelfluss des Finanzjahres abgebildet.

Vermögensrechnung									
Aktiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 am Vermögen	Passiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Fremdmitteln
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR			in %		
Vermögen	88.178,85	+ 763,66	+ 0,9	100,0	Fremdmittel	241.534,81	+ 5.792,83	+ 2,5	100,0
Langfristiges Vermögen	70.122,48	- 1.948,28	- 2,7	79,5	Langfristige Fremdmittel	204.719,28	+ 5.949,67	+ 3,0	84,8
Kurzfristiges Vermögen	18.056,37	+ 2.711,93	+ 17,7	20,5	Kurzfristige Fremdmittel	36.815,53	- 156,84	- 0,4	15,2
davon liquide Mittel	4.439,28	+ 1.091,22	+ 32,6	5,0	Nettovermögen (Ausgleichsposten)	- 153.355,96	- 5.029,17	+ 3,4	
Quellen: HIS, eigene Berechnung					davon Jährliches Nettoergebnis				
						- 4.771,25	+ 4.284,08	- 47,3	

Ergebnisrechnung				Finanzierungsrechnung					
Ergebnisrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Finanzierungsrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR			in %			in Mio. EUR		
Erträge	70.793,82	74.429,47	+ 3.635,66	+ 5,1	Einzahlungen	72.416,65	73.709,49	+ 1.292,84	+ 1,8
Aufwendungen	79.849,15	79.200,72	- 648,43	- 0,8	Auszahlungen	75.605,71	75.570,62	- 35,09	- 0,0
Nettoergebnis	- 9.055,33	- 4.771,25	+ 4.284,08	- 47,3	Nettofinanzierungssaldo	- 3.189,06	- 1.861,13	+ 1.327,93	- 41,6
Quellen: HIS, eigene Berechnung					Veränderung der liquiden Mittel				
						- 811,99	+ 1.091,22	+ 1.903,21	- 234,4

Das Nettoergebnis der **Ergebnisrechnung** des Jahres 2015 in Höhe von - 4,771 Mrd. EUR trug wesentlich zur Erhöhung des negativen Nettovermögens in der **Vermögensrechnung** bei. Dieses lag im Jahr 2015 bei - 153,356 Mrd. EUR und verschlechterte sich damit um - 5,029 Mrd. EUR im Vergleich zum Jahr 2014.

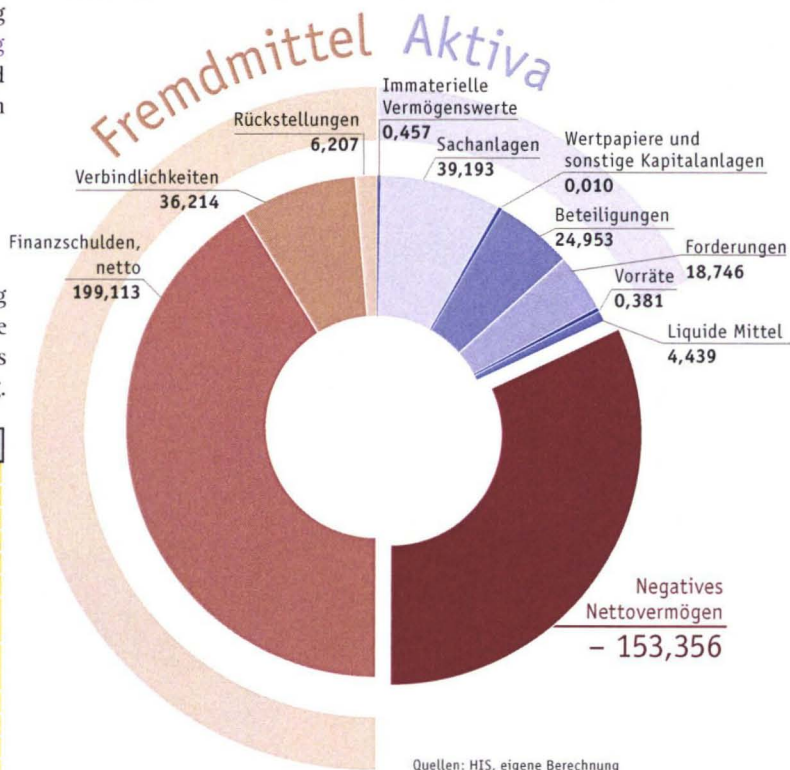
Vom Nettofinanzierungssaldo zum Nettoergebnis für das Jahr 2015 in Mio. EUR

Der Nettofinanzierungssaldo der Finanzierungsrechnung betrug im Jahr 2015 - 1,861 Mrd. EUR. Die nachstehende Tabelle zeigt die wesentlichen Faktoren auf, die dazu führten, dass das **Nettoergebnis** deutlich über dem Nettofinanzierungssaldo lag.

Ausgehend vom Nettofinanzierungssaldo	- 1.861,13
Zahlung an ÖBB gem. § 42 BBG (Zuschuss an ÖBB-Infrastruktur AG)	- 1.792,60
Zuschuss gemäß Schienenverbundvertrag (U-Bahn-Bau)	- 283,03
Periodenabgrenzung Zinsaufwand (UG 58)	- 880,52
Beitrag zur EU	- 117,48
Forderungsabschreibung Abgaben, Zoll	- 634,77
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	- 425,28
Schnitt des Partizipationskapitals der immigon portfolioabbau ag (ehemalige Volksbanken AG)	- 289,95
Wertberichtigungen zu Forderungen (insb. Abgaben und Zinsforderung an KA Finanz AG aus dem Besserungsschein)	- 143,14
Dotierung von Rückstellungen für Haftungen	- 238,64
Dotierung von Rückstellungen für Personal	- 160,86
Dotierung von Rückstellungen Sonstige	- 69,47
Verluste aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG	- 146,86
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	+ 178,88
Ertrag Periodenabgrenzung Abgaben brutto (insb. KeSt, KöSt, LSt, USt)	+ 1.109,78
Generalvergleich mit Freistaat Bayern betreffend HETA Asset Resolution AG (ehemalige Hypo Alpe-Adria Bank International AG)	+ 1.230,00
Unterhaltsvorschüsse	+ 135,04
Anschaffung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	+ 99,70
Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen	- 352,45
Beteiligungsverkauf Kommunalkredit Austria AG	- 142,02
Sonstige	+ 13,57
zum Nettoergebnis	- 4.771,25

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Verteilung des Vermögens auf Positionen in Mrd. EUR



Die **Aktiva** des Bundes zum 31. Dezember 2015 lagen mit 88,179 Mrd. EUR um + 763,66 Mio. EUR über dem Wert des Vermögens 2014. Von den Aktiva waren 79,5 % dem langfristigen und 20,5 % dem kurzfristigen Vermögen zuzuordnen. Dem Vermögen standen **Fremdmittel** von 241,535 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zu 2014 um 5,793 Mrd. EUR zunahmen. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein **Nettovermögen** von - 153,356 Mrd. EUR.

BRA 2015 im Überblick

R
H

Budgetvollzug 2015

Wirtschaftliche Kennzahlen 2014 und 2015

Im Haushaltsjahr 2015 wuchs das reale BIP um 0,9 % (nominnell + 2,4 %); der Stand an unselbstständig aktiv Beschäftigten stieg um 1,0 % an. Die Arbeitslosenquote laut AMS stieg auf 9,1 % bzw. laut EUROSTAT auf 5,7 %. Die Verbraucherpreise stiegen um + 0,9 %.

	Gegenüberstellung Wirtschaftskennzahlen		
	2014 IST	2015 für BFG	2015 IST
	in %		
BIP-Wachstum real	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,9
BIP-Wachstum nominell	+ 2,0	+ 3,7	+ 2,4
Verbraucherpreise	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,9
Arbeitslosenquote nach AMS	8,4	8,1	9,1
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	5,6	5,3	5,7
Steigerung der unselbstständig aktiv Beschäftigten	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0

Quellen: BMF; Statistik Austria;
WIFO Konjunkturprognose 3/2014; WIFO Konjunkturprognose 3/2016

Budgetpolitische Kennzahlen

	Gegenüberstellung Budgetpolitische Kennzahlen				
	2011	2012	2013	2014	2015
Primärsaldo in Mrd. EUR	+ 0,832	- 1,901	+ 2,008	+ 3,514	+ 3,389
Primärsaldo in % des BIP	+ 0,3	- 0,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,0
Nettofinanzierungssaldo in Mrd. EUR ¹⁾	-	-	- 4,389	- 3,189	- 1,861
Nettoergebnis in Mrd. EUR ¹⁾	-	-	- 7,233	- 9,055	- 4,771
Abgabenquote in % des BIP ²⁾	41,1	41,8	42,6	43,1	43,9
Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Mrd. EUR	156,065	140,264	142,635	136,785	144,172

- 1) Konsolidierte Abschlussrechnungen.
2) Die Abgabenquote wurde gemäß Indikator 2 berechnet (Steuern und Tatsächliche Sozialbeiträge (Pflichtbeiträge) abzüglich der uneinbringlichen Steuern und Sozialbeiträge in % des Bruttoinlandsproduktes).

Quellen: HIS, Statistik Austria

Gesamtstaatliche Betrachtung

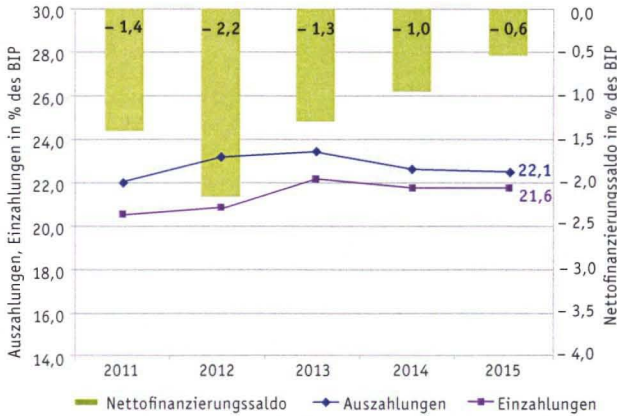
Gesamtstaatliche Kennzahlen 2014 und 2015

	Gegenüberstellung Gesamtstaatliche Kennzahlen	
	2014	2015
Öffentliches Defizit gem. ESGV 2010 in Mrd. EUR	- 8,900	- 3,885
Öffentliches Defizit gem. ESGV 2010 in % des BIP	- 2,70	- 1,15
Strukturelles Defizit (Maastricht-Defizit bereinigt um Einmalmaßnahmen und konjunkturelle Effekte) in % des BIP	-0,3 ¹⁾	0,0 ²⁾
Öffentlicher Schuldenstand des Staates in Mrd. EUR	277,444	290,716
Öffentlicher Schuldenstand des Staates in % des BIP	84,3	86,2

- 1) laut Stabilitätsprogramm 14-19 (April 2015)
2) laut Stabilitätsprogramm 15-20 (April 2016)

Quellen: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2016); BMF

Nettofinanzierungssaldo 2011 bis 2015



Quellen: HIS (Voranschlagsvergleichsrechnung), Statistik Austria

Zusammensetzung der Finanzschulden; Bundeshaftungen

	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015
in Mrd. EUR			
Fällige und nichtfällige Finanzschulden	207,928	210,776	+ 2,848
+ Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen	+ 7,738	+ 7,336	- 0,402
- Forderungen aus Währungstauschverträgen	- 8,024	- 7,572	+ 0,452
- Eigenbesitz des Bundes	- 11,431	- 11,427	+ 0,004
Bereinigte Finanzschulden	196,212	199,113	+ 2,901
Bereinigte Finanzschulden in % des BIP	59,6 %	59,1 %	- 0,5 %-Punkte
Bundeshaftungen	104,286	102,842	- 1,444

Quellen: HIS; eigene Berechnung; Statistik Austria; HIS-Treasury

Mittelfristige Finanzplanung

Entwicklung des Nettofinanzierungssaldos bis 2020¹⁾



- Auszahlungen: 2015 (Ist), 2016 - 2020 (BFRG)
■ Einzahlungen: 2015 (Ist), 2016 - 2020 (Prognose lt. Strategiebericht 2017 - 2020)

1) Rundungsabweichungen möglich

Quellen: HIS, Strategiebericht 2017 - 2020, eigene Berechnung



Lead zum Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015



Konsolidierte Abschlussrechnungen

Das Nettoergebnis der Ergebnisrechnung des Jahres 2015 in Höhe von – 4,771 Mrd. EUR trug wesentlich zur **Erhöhung des negativen Nettovermögens in der Vermögensrechnung** bei. Dieses lag im Jahr 2015 bei – 153,356 Mrd. EUR und verschlechterte sich damit um – 5,029 Mrd. EUR im Vergleich zum Jahr 2014 (– 148,327 Mrd. EUR). Das ohnehin schon per Ende 2014 massiv negative Nettovermögen des Bundes verschlechterte sich sohin weiter um 3,4 %.

Vermögensrechnung									
Aktiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 am Vermögen	Passiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Fremdmitteln
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR			in %		
Vermögen	88.178,85	+ 763,66	+ 0,9	100,0	Fremdmittel	241.534,81	+ 5.792,83	+ 2,5	100,0
Langfristiges Vermögen	70.122,48	- 1.948,28	- 2,7	79,5	Langfristige Fremdmittel	204.719,28	+ 5.949,67	+ 3,0	84,8
Kurzfristiges Vermögen	18.056,37	+ 2.711,93	+ 17,7	20,5	Kurzfristige Fremdmittel	36.815,53	- 156,84	- 0,4	15,2
davon liquide Mittel	4.439,28	+ 1.091,22	+ 32,6	5,0	Nettovermögen (Ausgleichsposten)	- 153.355,96	- 5.029,17	+ 3,4	
Quellen: HIS, eigene Berechnung				davon Jährliches Nettoergebnis - 4.771,25 + 4.284,08 - 47,3					

Ergebnisrechnung					Finanzierungsrechnung				
Ergebnisrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Finanzierungsrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR			in %		in Mio. EUR			in %
Erträge	70.793,82	74.429,47	+ 3.635,66	+ 5,1	Einzahlungen	72.416,65	73.709,49	+ 1.292,84	+ 1,8
Aufwendungen	79.849,15	79.200,72	- 648,43	- 0,8	Auszahlungen	75.605,71	75.570,62	- 35,09	- 0,0
Nettoergebnis	- 9.055,33	- 4.771,25	+ 4.284,08	- 47,3	Nettofinanzierungssaldo	- 3.189,06	- 1.861,13	+ 1.327,93	- 41,6
Quellen: HIS, eigene Berechnung				Veränderung der liquiden Mittel - 811,99 + 1.091,22 + 1.903,21 - 234,4					

Das **Vermögen des Bundes** zum 31. Dezember 2015 betrug 88,179 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 763,66 Mio. EUR (+ 0,9 %) an. Die Fremdmittel des Bundes betrugen 241,535 Mrd. EUR und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,793 Mrd. EUR (+ 2,5 %) an.

Der **Nettofinanzierungssaldo** aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 1,861 Mrd. EUR um + 2,910 Mrd. EUR günstiger aus als das **Nettoergebnis** von – 4,771 Mrd. EUR in der Ergebnisrechnung. Die Differenz zwischen Nettofinanzierungssaldo und Nettoergebnis war insbesondere darauf zurückzuführen, dass

- die Einzahlungen nur finanzierungswirksam waren (z.B. Erlöse aus Beteiligungsverkäufen, Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen),
- die Auszahlungen nur finanzierungswirksam waren (z.B. Anschaffung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Leistung von Vorschüssen),
- finanzierungswirksame Aufwendungen die korrespondierenden Auszahlungen überstiegen (z.B. Bundeszuschuss für die ÖBB-Infrastruktur AG, Periodenabgrenzung des Zinsaufwands für Finanzschulden, Bundeszuschuss für den U-Bahn-Bau, EU-Beitrag),



- finanzierungswirksame Aufwendungen unter den korrespondierenden Auszahlungen lagen (z.B. Ausgleichszahlung für den Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern),
- Aufwendungen nur ergebniswirksam waren (z.B. Forderungsabschreibungen aus Abgaben und Zöllen, Dotierung von Rückstellungen, Abschreibungen von Sachanlagen),
- finanzierungswirksame Erträge die korrespondierenden Einzahlungen überstiegen (z.B. Periodenabgrenzung bei Abgaben) und
- Erträge nur ergebniswirksam waren (z.B. Auflösung von Rückstellungen).

Voranschlagsvergleichsrechnungen - Budgetvollzug

Ergebnishaushalt					Finanzierungshaushalt				
Ergebnishaushalt	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015		Finanzierungshaushalt	Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
	in Mio. EUR			in %		in Mio. EUR			in %
Erträge	71.510,46	73.478,37	+ 1.967,91	+ 2,8	Einzahlungen	71.525,38	72.728,36	+ 1.202,98	+ 1,7
Aufwendungen	78.674,66	78.249,65	- 425,00	- 0,5	Auszahlungen	74.719,22	74.589,49	- 129,73	- 0,2
Nettoergebnis	- 7.164,20	- 4.771,28	+ 2.392,91	- 33,4	Nettofinanzierungssaldo	- 3.193,84	- 1.861,13	+ 1.332,71	- 41,7

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das **Nettoergebnis für den Ergebnishaushalt 2015** lag bei **- 4,771 Mrd. EUR**. Es war um - 33,4 % niedriger als im Voranschlag (- 7,164 Mrd. EUR) angenommen. Die **Erträge** betrugen **73,478 Mrd. EUR**. Sie lagen um + 1,968 Mrd. EUR (+ 2,8 %) über dem Voranschlag. Die **Aufwendungen** waren mit **78,250 Mrd. EUR** um - 425,00 Mio. EUR (- 0,5 %) niedriger als im Voranschlag angenommen. Zentrale Voranschlagsabweichungen im Ergebnishaushalt resultierten aus **Minderaufwendungen** für Zinsen (- 913,04 Mio. EUR) und bei Transfers für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum (- 446,76 Mio. EUR), denen **Mehraufwendungen** für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz infolge höherer Arbeitslosigkeit (+ 659,73 Mio. EUR), durch die Vornahme des Schnitts des Partizipationskapitals bei der immigon portfolioabbau ag (+ 289,95 Mio. EUR), für die Einbuchung der Verbindlichkeiten für den Ausbau der Wiener U-Bahn (+ 283,03 Mio. EUR) sowie für die Transferzahlungen an die Länder gemäß Finanzausgleichsgesetz im Pflichtschulbereich (+254,58 Mio. EUR) gegenüber standen. **Mehrerträge** wurden bei den öffentlichen Abgaben erzielt (+ 2,168 Mrd. EUR), **Mindererträge** u.a. aufgrund geringerer Dividendenausschüttungen der Verbund AG, der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH und der BRZ GmbH (- 210,62 Mio. EUR) sowie aus geringeren Versteigerungserlösen von Emissionszertifikaten als angenommen (-125,49 Mio. EUR).

Der **Nettofinanzierungssaldo für den Finanzierungshaushalt 2015** lag bei **– 1,861 Mrd. EUR**. Er war um **– 41,7 %** niedriger als im Voranschlag (**– 3,194 Mrd. EUR**) angenommen. Die **Einzahlungen** betrugen **72,728 Mrd. EUR** und lagen damit um **+ 1,203 Mrd. EUR (+ 1,7 %)** über dem Voranschlag. Die **Auszahlungen** waren mit **74,589 Mrd. EUR** um **– 129,73 Mio. EUR (– 0,2 %)** niedriger als im Voranschlag angenommen. Zentrale Voranschlagsabweichungen im Finanzierungshaushalt resultierten aus **Mehrauszahlungen** durch die Leistung einer Ausgleichszahlung Österreichs an den Freistaat Bayern gemäß Generalvergleich zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten i.Z.m. der HETA Asset Resolution AG (**+1,230 Mrd. EUR**) und in Form eines Gesellschafterzuschusses an die HBI Bundesholding AG (**+ 196,00 Mio EUR**). Mehrauszahlungen entstanden überdies zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und für die Sicherheitsoffensive (**+ 111,49 Mio. EUR**). **Mehreinzahlungen** entstanden u.a. bei den öffentlichen Abgaben (**+1,175 Mio. EUR**) und durch Beteiligungsverkäufe, z.B. Hypo Alpe Adria AG und Kommunalkredit Austria AG (**+ 192,02 Mio. EUR**). **Minderauszahlungen** resultierten u.a. aus niedrigeren Zinszahlungen und sonstigen Finanzaufwendungen (**– 1,292 Mrd. EUR**) und beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt (**– 471,42 Mio. EUR**). **Mindereinzahlungen** entstanden u.a. bei den Garantien gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (**– 364,25 Mio. EUR**).

Gesamtstaatliche Betrachtung und budgetpolitische Kennzahlen

Das **nominationale BIP** lag im Jahr 2015 bei **337,162 Mrd. EUR** (2014: 329,296 Mrd. EUR). Das reale BIP-Wachstum betrug **+ 0,9 %** (2014: **+ 0,4 %**), das nominale BIP-Wachstum **+ 2,4 %** (2014: **+ 2,0 %**).

Am 31. März 2016 wurde für das Haushaltsjahr 2015 ein **Maastricht-Defizit** (Öffentliches Defizit des Staates nach ESVG 2010) von **– 3,885 Mrd. EUR (– 1,2 % des BIP)** notifiziert.

Das BMF errechnete für das Jahr 2015 ein **strukturelles Defizit von 0,0 % des BIP**. Es war damit um 0,5 Prozentpunkte geringer als prognostiziert, was vor allem einem günstigeren Budgetsaldo auf Bundesebene geschuldet wurde. Dies zeigte sich auch beim öffentlichen Defizit, das mit **– 1,2 % des BIP** um 0,7 Prozentpunkte günstiger als im Jahr zuvor prognostiziert ausfiel.

Der **Primärsaldo** – also der um die Veränderung der Rücklagen und Zinsen bereinigte Nettofinanzierungssaldo des Bundes – war im Jahr 2015 mit **+ 3,389 Mrd. EUR (+ 1,0 % des BIP)** erneut positiv. Er verschlechterte sich gegenüber 2014 (**+ 3,514 Mrd. EUR; + 1,1 % des BIP**) um **– 124,36 Mio. EUR**.

Der **öffentliche Schuldenstand 2015 betrug 290,716 Mrd. EUR** (2014: 277,444 Mrd. EUR) und lag mit 86,2 % des BIP (2014: 84,3 %) deutlich über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterium) von 60 %.

Die **bereinigten Finanzschulden des Bundes betrugen** zum 31. Dezember 2015 199,113 Mrd. EUR (2014: 196,212 Mrd. EUR) oder **59,1 % des BIP** (2014: 59,6 %) und lagen um 2,901 Mrd. EUR (+ 1,5 %) über dem Vorjahr.

Die **Bundeshaftungen** gingen um – 1,4 % auf **102,842 Mrd. EUR** (2014: 104,286 Mrd. EUR) zurück.

Mittelfristige Finanzplanung

Der Budgetpfad der Bundesregierung sieht die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und damit eines gesamtsstaatlich strukturell ausgeglichenen Haushalts (– 0,5 % des BIP oder weniger) ab 2018 vor. Für die Jahre 2016 und 2017 sind strukturelle Budgetsalden von – 0,9 % und – 1,0 % geplant. Allerdings enthalten die von der Bundesregierung publizierten Unterlagen keine nachvollziehbare finanzielle Gesamtdarstellung darüber, welche Maßnahmen in welchem Ausmaß zur Erreichung des strukturell ausgeglichenen Haushalts ab dem Jahr 2018 beitragen sollen. Der RH hält daher ausdrücklich fest, dass auf der Mittelverwendungsseite die Ineffizienzen, Doppelgleisigkeiten und Kompetenzüberlappungen insbesondere in den Bereichen Bildung, Pensionen, Gesundheit, Soziales, Forschung und Förderungen beseitigt und die längst erforderlichen Strukturmaßnahmen umgesetzt werden müssen.

Die im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung im Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020 festgelegten **Auszahlungsobergrenzen sollen bis 2020 auf insgesamt 83,038 Mrd. EUR um durchschnittlich 2,2 % pro Jahr wachsen**. In den Jahren 2011 bis 2015 stiegen die Auszahlungen jährlich um durchschnittlich 2,4 %. Die jährliche durchschnittliche Veränderung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 soll daher um 0,2 Prozentpunkte niedriger sein als jene der tatsächlichen Auszahlungen im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 festgelegten **Einzahlungen sollen bis 2020 auf insgesamt 80,893 Mrd. EUR steigen** (wesentlicher Anteil: öffentliche Abgaben). Demzufolge sollen die Einzahlungen bis zum Jahr 2020 insgesamt um 8,165 Mrd. EUR bzw. 11,2 % gegenüber den tatsächlichen Einzahlungen des Jahres 2015 steigen. Das würde eine durchschnittliche jährliche Steigerung bis 2020 um + 2,2 % bedeuten.

Es bestehen erhebliche Risiken, um die budgetären Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich zu bewältigen.



Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015



1 KONSOLIDIERTE ABSCHLUSSRECHNUNGEN

1.1 Integrierte Darstellung der konsolidierten Abschlussrechnungen des Bundes

Die **Vermögensrechnung** stellt die Aktiva und Passiva des Bundes dar. Das Vermögen (Aktiva) des Bundes wird den Fremdmitteln (Passiva) gegenübergestellt. Daraus resultiert ein positives oder negatives Nettovermögen. Ein negatives Nettoergebnis in der **Ergebnisrechnung** schlägt sich in einer Reduzierung des Nettovermögens in der Vermögensrechnung nieder. In der Ergebnisrechnung werden die Erträge und Aufwendungen des Bundes in konsolidierter Form dargestellt. Die Ergebnisrechnung stellt den Ressourcenverbrauch oder -zuwachs des Bundes in einem Finanzjahr dar und trägt maßgeblich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Bundes bei. In der **Finanzierungsrechnung** werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Bundes in konsolidierter Form dargestellt. Die Finanzierungsrechnung stellt den Finanzmittelfluss des Finanzjahres dar und ermöglicht sohin eine Liquiditätssicht auf den Bundeshaushalt.

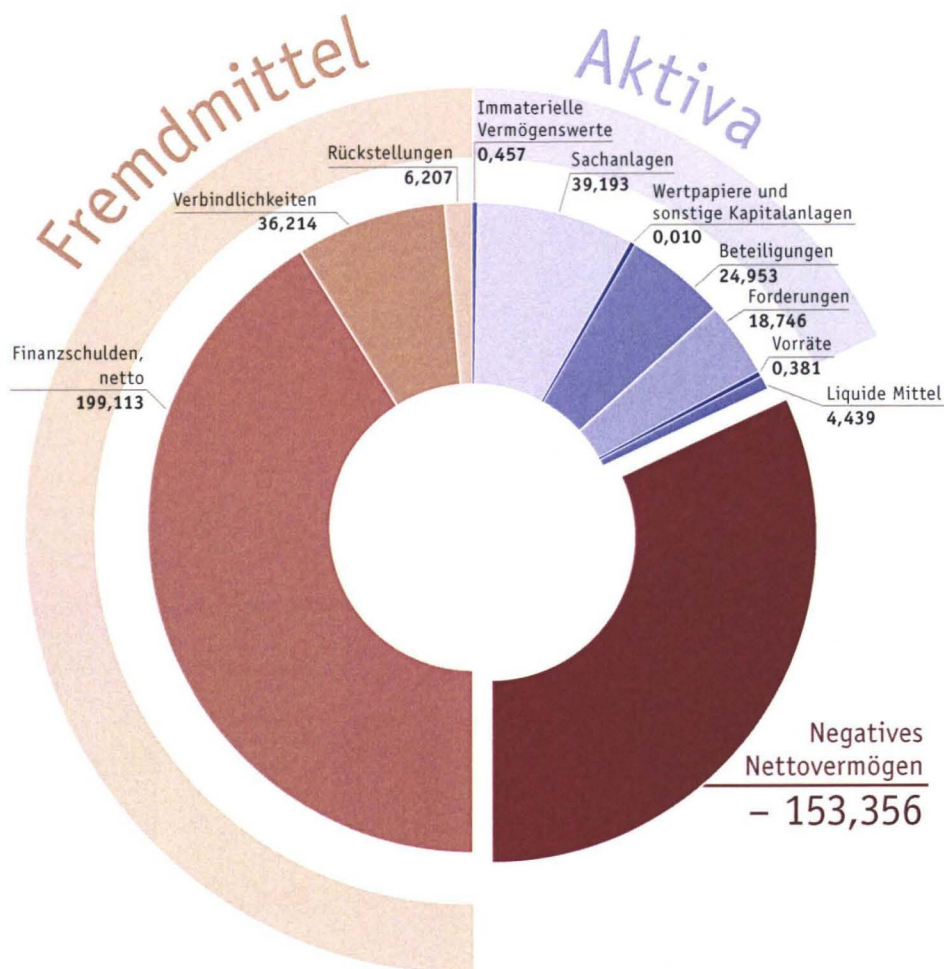
Tabelle 1.1–1: Integrierte Darstellung der drei konsolidierten Abschlussrechnungen

Vermögensrechnung											
Aktiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 am Vermögen	Passiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Fremd- mitteln		
	in Mio. EUR		in %			in Mio. EUR		in %			
Vermögen	88.178,85	+ 763,66	+ 0,9	100,0	Fremdmittel	241.534,81	+ 5.792,83	+ 2,5	100,0		
Langfristiges Vermögen	70.122,48	– 1.948,28	– 2,7	79,5	Langfristige Fremdmittel	204.719,28	+ 5.949,67	+ 3,0	84,8		
Kurzfristiges Vermögen	18.056,37	+ 2.711,93	+ 17,7	20,5	Kurzfristige Fremdmittel	36.815,53	– 156,84	– 0,4	15,2		
davon liquide Mittel	4.439,28	+ 1.091,22	+ 32,6	5,0	Nettovermögen (Ausgleichsposten)	– 153.355,96	– 5.029,17	+ 3,4			
					davon Jährliches Nettoergebnis	– 4.771,25	+ 4.284,08	– 47,3			
Quellen: HIS, eigene Berechnung											
Ergebnisrechnung					Finanzierungsrechnung						
Ergebnisrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Finanzierungsrechnung	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015			
	in Mio. EUR			in %			in Mio. EUR			in %	
Erträge	70.793,82	74.429,47	+ 3.635,66	+ 5,1	Einzahlungen	72.416,65	73.709,49	+ 1.292,84	+ 1,8		
Aufwendungen	79.849,15	79.200,72	– 648,43	– 0,8	Auszahlungen	75.605,71	75.570,62	– 35,09	– 0,0		
Nettoergebnis	– 9.055,33	– 4.771,25	+ 4.284,08	– 47,3	Nettofinanzierungssaldo	– 3.189,06	– 1.861,13	+ 1.327,93	– 41,6		
					Geldfluss aus der nicht voranschlagswirksamen Gebarung	+ 107,74	+ 50,85	– 56,88	– 52,8		
					Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	+ 3.189,06	+ 1.861,13	– 1.327,93	– 41,6		
					davon Abgrenzung Geldfluss	– 919,73	+ 1.040,37	+ 1.960,09	– 213,1		
					Veränderung der liquiden Mittel	– 811,99	+ 1.091,22	+ 1.903,21	– 234,4		
Quellen: HIS, eigene Berechnung											

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Das Nettoergebnis der Ergebnisrechnung des Jahres 2015 in Höhe von – 4,771 Mrd. EUR trug wesentlich zur Erhöhung des negativen Nettovermögens in der Vermögensrechnung bei. Dieses lag im Jahr 2015 bei – 153,356 Mrd. EUR und verschlechterte sich um 5,029 Mrd. EUR im Vergleich zum Jahr 2014 (– 148,327 Mrd. EUR). Das ohnehin schon per Ende 2014 massiv negative Nettovermögen des Bundes verschlechterte sich damit weiter um 3,4 %. Vor diesem Hintergrund sieht der RH dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der finanziellen Lage des Bundes und verweist nachdrücklich auf die erforderlichen Strukturreformen insbesondere in den Bereichen Bildung, Pensionen, Gesundheit, Soziales, Forschung und Förderungen.

Abbildung 1.1–1: Verteilung des Vermögens auf Positionen (in Mrd. EUR)



Quellen: HIS, eigene Berechnung

1.2 Vermögensrechnung

1.2.1 Vermögensrechnung im Überblick

Tabelle 1.2-1: Vermögensrechnung Bund

Vermögensrechnung									
Aktiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 am Vermögen	Passiva	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Fremd- mitteln
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR		in %			
Vermögen	88.178,85	+ 763,66	+ 0,9	100,0	Fremdmittel	241.534,81	+ 5.792,83	+ 2,5	100,0
Langfristiges Vermögen	70.122,48	- 1.948,28	- 2,7	79,5	Langfristige Fremdmittel	204.719,28	+ 5.949,67	+ 3,0	84,8
Kurzfristiges Vermögen	18.056,37	+ 2.711,93	+ 17,7	20,5	Kurzfristige Fremdmittel	36.815,53	- 156,84	- 0,4	15,2
Immaterielle Vermögenswerte	457,37	+ 2,27	+ 0,5	0,5	Finanzschulden, netto	199.113,10	+ 2.901,49	+ 1,5	82,4
Sachanlagen	39.192,54	- 105,00	- 0,3	44,4	Verbindlichkeiten	36.214,38	+ 2.681,35	+ 8,0	15,0
Wertpapiere und sonstige Kapitalanlagen	10,05	- 289,95	- 96,7	0,0	Rückstellungen	6.207,33	+ 209,99	+ 3,5	2,6
Beteiligungen	24.953,09	- 483,06	- 1,9	28,3	Nettovermögen (Ausgleichsposten)	- 153.355,96	- 5.029,17	+ 3,4	
Forderungen	18.745,68	+ 585,27	+ 3,2	21,3	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	2.076,08	- 205,43	- 9,0	
Vorräte	380,85	- 37,09	- 8,9	0,4	Jährliches Nettoergebnis	- 4.771,25	+ 4.284,08	- 47,3	
Liquide Mittel	4.439,28	+ 1.091,22	+ 32,6	5,0	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	- 150.653,40	- 9.106,69	+ 6,4	

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen des Bundes zum 31. Dezember 2015 betrug 88,179 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 763,66 Mio. EUR (+ 0,9 %) an. Der Anteil des langfristigen Vermögens betrug 79,5 % und der des kurzfristigen Vermögens 20,5 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 241,535 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 5,793 Mrd. EUR (+ 2,5 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 84,8 % langfristig und zu 15,2 % kurzfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von - 153,356 Mrd. EUR (Verschlechterung um 5,029 Mrd. EUR bzw. 3,4 % gegenüber 31. Dezember 2014).



Konsolidierte Abschlussrechnungen

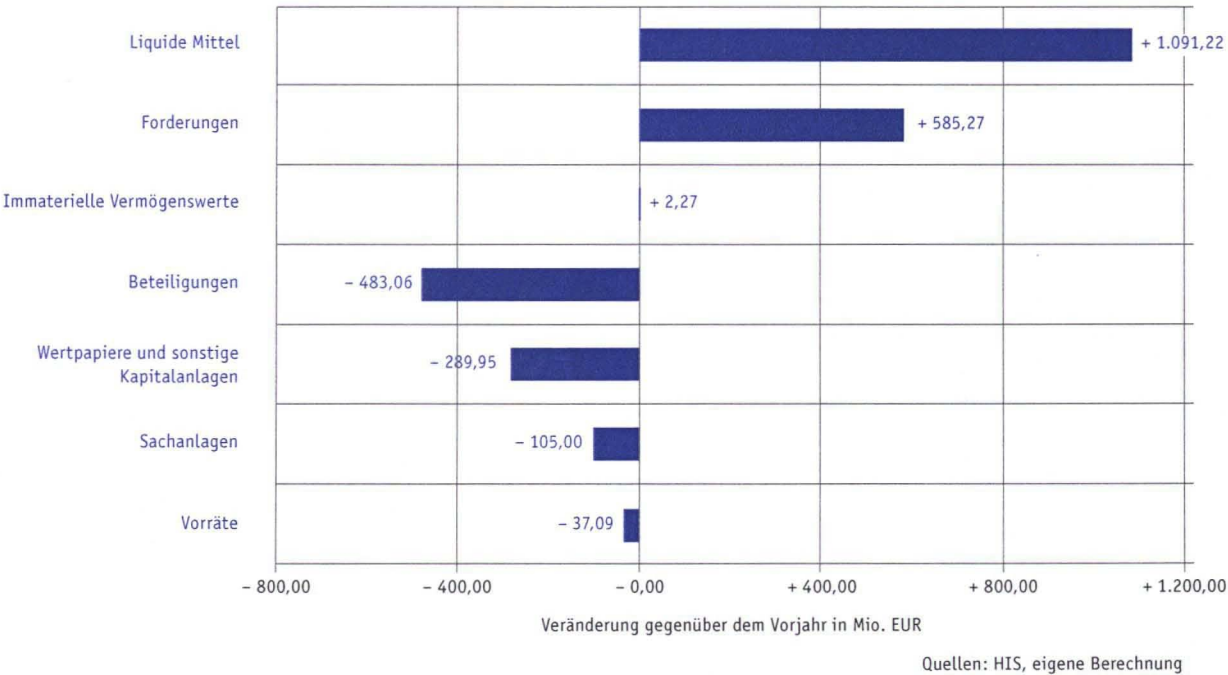
Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 763,66 Mio. EUR (+ 0,9 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei

- Liquiden Mitteln (+ 1,091 Mrd. EUR) infolge eines höheren Kontostands des OeNB-Kontos sowie höheren Ständen von Konten bei sonstigen Kreditinstituten und
- Forderungen (+ 585,27 Mio. EUR) insbesondere betreffend die vereinbarten Rückzahlungen aus dem Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern zur Bereinigung von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der HETA Asset Resolution AG.

Gedämpft wurde der Anstieg des Vermögens vor allem durch geringere Vermögenswerte bei

- Beteiligungen (- 483,06 Mio. EUR) insbesondere aufgrund des Verkaufs der Anteile an der Hypo Group Alpe Adria AG und der Kommunalkredit Austria AG,
- Wertpapieren und sonstigen Kapitalanlagen (- 289,95 Mio. EUR) infolge des Kapitalschnitts bei der Volksbanken AG/immigon portfolioabbau ag und
- Sachanlagen (- 105,00 Mio. EUR) vor allem aufgrund der laufenden Abschreibung.

Abbildung 1.2-1: Veränderung des Vermögens im Jahr 2015

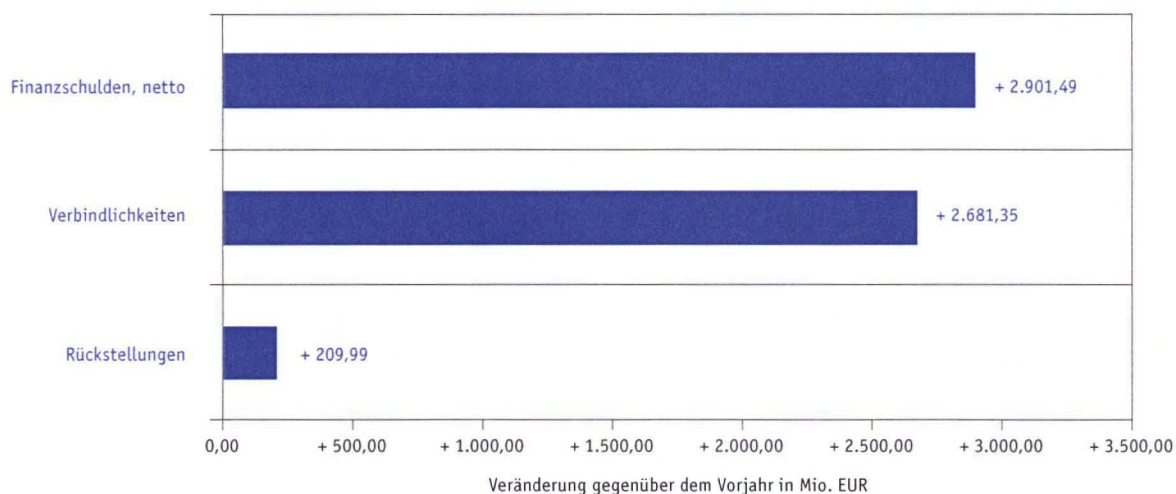


Konsolidierte Abschlussrechnungen

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 5,793 Mrd. EUR (+ 2,5 %) war zurückzuführen auf das Anwachsen der

- Finanzschulden, netto (+ 2,901 Mrd. EUR),
- Verbindlichkeiten (+ 2,681 Mrd. EUR) vor allem basierend auf dem Zuschussvertrag 2014–2019 des Bundes mit der ÖBB-Infrastruktur AG¹ und
- Rückstellungen (+ 209,99 Mio. EUR) insbesondere für Kursrisikogarantien gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)² und für Personal.

Abbildung 1.2–2: Veränderung der Fremdmittel im Jahr 2015



Quellen: HIS, eigene Berechnung

1 Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 41.

2 siehe den Bericht des RH zum Thema „Haftungen des Bundes für Exportförderungen; Follow-up-Überprüfung“ (Reihe Bund 2016/5, TZ 28).

Konsolidierte Abschlussrechnungen

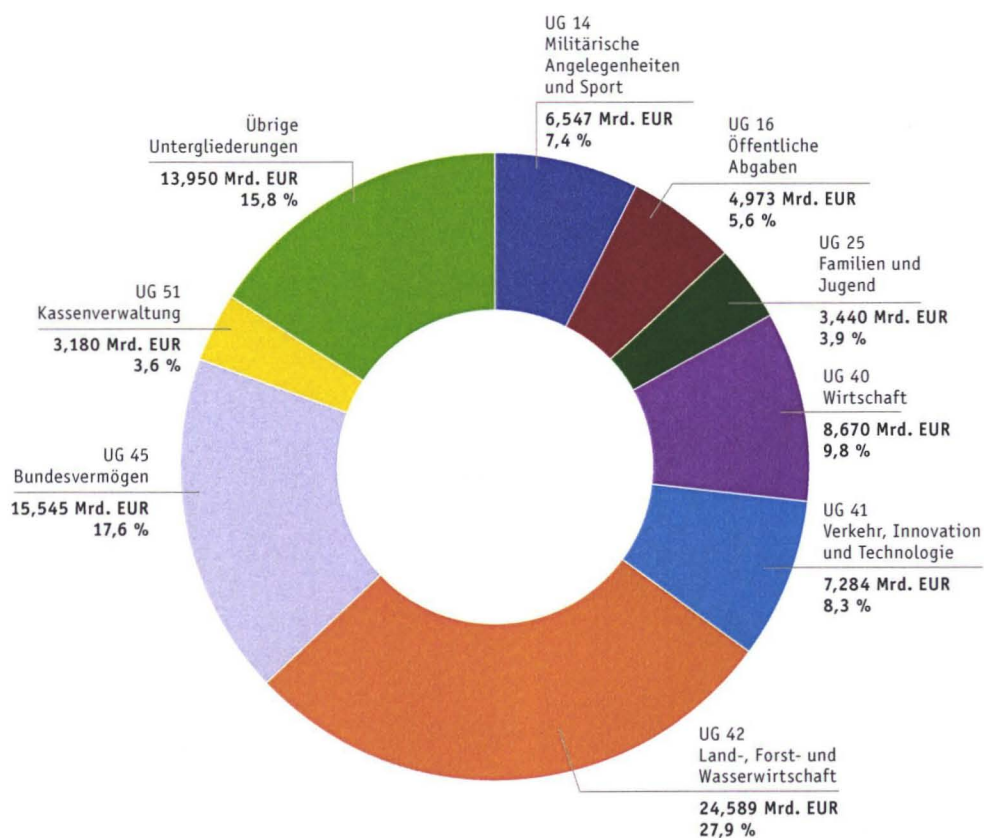
1.2.2 Vermögen

88,179 Mrd. EUR

+ 763,66 Mio. EUR (+ 0,9 %) gegenüber 2014

Das Vermögen des Bundes konzentrierte sich vor allem auf die Untergliederungen der Rubrik 4 „Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt“ (68,1 % der Vermögenswerte).

Abbildung 1.2–3: Verteilung des Vermögens nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Fast die Hälfte des Vermögens bestand aus Sachanlagen (44,4 %). Darunter fielen die von der Österreichischen Bundesforste AG verwalteten Grundstücke und Grundstückseinrichtungen (UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“), die von der Burghauptmannschaft Österreich verwalteten historischen Gebäude („Kulturgüter“; UG 40 „Wirtschaft“), die Gebäude und Bauten des Bundesheeres sowie deren technische (militärische) Anlagen (UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“).
- Die Beteiligungen (28,3 % der Vermögenswerte) wurden vor allem in den Untergliederungen 45 „Bundesvermögen“, 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“, 40 „Wirtschaft“ und 43 „Umwelt“ verwaltet.
- Bei Forderungen (21,3 % der Vermögenswerte) waren die Forderungen aus Abgaben³ (UG 16 „Öffentliche Abgaben“), die Aktiven Rechnungsabgrenzungen (UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“, UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamte“, UG 16 „Öffentliche Abgaben“) und die übrigen sonstigen Forderungen (UG 25 „Familien und Jugend“ betreffend die Forderung an den Reservefonds für Familienbeihilfen) von großer Bedeutung.
- Die Liquiden Mittel (5,0 % der Vermögenswerte) umfassten Konten bei Kreditunternehmen (insbesondere UG 51 „Kassenverwaltung“).

Immaterielle Vermögenswerte

457,37 Mio. EUR

+ 2,27 Mio. EUR (+ 0,5 %) gegenüber 2014

Unter immateriellen Vermögenswerten waren zu 97,1 % die Emissionszertifikate in der UG 43 „Umwelt“ verbucht (444,06 Mio. EUR). Der Anteil der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ betrug 1,3 % bzw. 5,72 Mio. EUR und lag in Form von Software und Lizenzen vor. Der Anteil der übrigen Untergliederungen an den immateriellen Vermögenswerten betrug 1,7 % (7,58 Mio. EUR).

3 Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 16.



Konsolidierte Abschlussrechnungen

Sachanlagen

39,193 Mrd. EUR – 105,00 Mio. EUR (– 0,3 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.2–2: Sachanlagen Bund

Vermögensrechnung					
Aktiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Sachanlagen
	in Mio. EUR			in %	
Sachanlagen	39.297,54	39.192,54	– 105,00	– 0,3	100,0
Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	29.932,86	29.863,61	– 69,25	– 0,2	76,2
Gebäude und Bauten	3.184,46	3.174,78	– 9,68	– 0,3	8,1
Technische Anlagen	1.781,08	1.704,89	– 76,19	– 4,3	4,4
Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	599,83	602,84	+ 3,01	+ 0,5	1,5
Kulturgüter	3.695,55	3.670,37	– 25,18	– 0,7	9,4
Gegebene Anzahlungen für Anlagen	103,76	176,05	+ 72,28	+ 69,7	0,4

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die größte Position der Vermögenswerte waren die Sachanlagen. Sie bestanden zu 76,2 % aus Grundstücken und Grundstückseinrichtungen. Der Großteil war den in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ erfassten Bundesforsten zuzuordnen. Gebäude und Bauten (z.B. Kasernen), Technische Anlagen, die Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die gegebenen Anzahlungen für Anlagen waren vor allem der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ zuzurechnen. Die Kulturgüter waren im Wesentlichen in der UG 40 „Wirtschaft“ verbucht. Darunter waren vor allem die von der Burghauptmannschaft Österreich verwalteten historischen Gebäude verzeichnet. In der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ lagen die Sachanlagen hauptsächlich in Form von Grundstücken und Grundstückseinrichtungen vor.

Die Veränderung der Sachanlagenwerte gegenüber 2014 (– 105,00 Mio. EUR) resultierte insbesondere aus Zugängen in Höhe von + 303,38 Mio. EUR, Abgängen von – 169,86 Mio. EUR und laufenden Abschreibungen von – 421,64 Mio. EUR, wobei die höchsten Abschreibungen in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“, UG 30 „Bildung und Frauen“ sowie UG 40 „Wirtschaft“ vorgenommen wurden.

Konsolidierte Abschlussrechnungen**Grundstücke und Grundstückseinrichtungen**

Die forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke der Bundesforste (UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“) waren in der Vermögensrechnung mit einem Wert von 22,559 Mrd. EUR ausgewiesen. Die bebauten Grundstücke, deren Wert 4,208 Mrd. EUR betrug, waren vor allem der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“, der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ und der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ zugeordnet.

Der Rückgang des Wertes der Grundstücke und Grundstückseinrichtungen von – 69,25 Mio. EUR resultierte vor allem in der UG 14 aus der Verwertung von Teilflächen der General Körner Kaserne in Wien bzw. der Magdeburg Kaserne in Klosterneuburg.

Gebäude und Bauten

Gebäude und Bauten waren eine wesentliche Vermögensposition in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ für Kasernen (1,296 Mrd. EUR), in der UG 30 „Bildung und Frauen“ für Schulen (674,08 Mio. EUR), in der UG 13 „Justiz“ für Justizanstalten (474,52 Mio. EUR), in der UG 40 „Wirtschaft“ für von der Burghauptmannschaft Österreich verwaltete historische Objekte (319,39 Mio. EUR) und in der UG 12 „Äußeres“ für Botschaftsgebäude (232,13 Mio. EUR).

Technische Anlagen

Die technischen Anlagen bestanden vor allem aus Fahrzeugen in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (1,598 Mrd. EUR). Den höchsten Wert wiesen die Luftfahrzeuge aus. Der Rückgang von – 76,19 Mio. EUR gegenüber 2014 resultierte vor allem aus Abschreibungen von Anlagen und aus Anlagenabgängen (z.B. Verkauf von Pinzgauerfahrzeugen) in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (– 67,16 Mio. EUR).

Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung war vor allem in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (294,82 Mio. EUR) sowie der UG 30 „Bildung und Frauen“ (106,86 Mio. EUR) von Bedeutung.

Kulturgüter

Zu den Kulturgütern zählten insbesondere die in der UG 40 „Wirtschaft“ von der Burghauptmannschaft verwalteten historischen Objekte (3,446 Mrd.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

EUR). Erfasst waren vor allem die Massiv- und Repräsentativbauten, nicht hingegen z.B. Brunnen, Standbilder und Denkmäler.

Tabelle 1.2–3: Kulturgüter mit Buchwert > 50 Mio. EUR

Vermögensrechnung	
Kulturgüter mit Buchwert > 50 Mio. EUR	Buchwert zum 31.12.2015
	in Mio. EUR
Hauptgebäude - Schloss Schönbrunn	282,81
Amtsgebäude/Regierungsgebäude	265,33
Vienna International Center Gebäudekomplex	260,96
Amtsgebäude u. Museum/Neue Burg/Tiefspeicher	179,26
Mietgebäude/Museumsquartier	161,42
Museum/Naturhistorisches Museum	151,90
Amtsgebäude/Bundeskanzleramt	107,77
Museum/Kunsthistorisches Museum	106,11
Staatsoper/Bundestheater Holding	97,10
Burgtheater/Bundestheater Holding	92,65
Museum/Corps de Logis	83,56
Schlossgebäude/Schloss Hof Marchfeld	77,18
Museum/Museum für Angewandte Kunst	74,08
Kongresszentrum	74,06
Amts- u. Wohngebäude/Leopoldinischer Trakt	69,23
Amts- u. Wohngebäude/Schweizertrakt	56,07
Summe	2.139,49

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Gegebene Anzahlungen für Anlagen

Gegebene Anzahlungen für Anlagen zum 31. Dezember 2015 stammten vor allem von der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ für militärische Beschaffungen (105,93 Mio. EUR), der UG 45 „Bundesvermögen“ für Eigenkapitalbeteiligungen der Oesterreichischen Entwicklungsbank (36,14 Mio. EUR) und der UG 13 „Justiz“ für den Bau von Justizanstalten (33,94 Mio. EUR). Der Anstieg gegenüber 2014 (+ 72,28 Mio. EUR) war insbesondere auf die Anzahlungen in der UG 14 (+ 58,75 Mio. EUR), z.B. für das Allschutz-Transport-Fahrzeug DINGO, die Modernisierung (Mid-life-Update) des Transport-Hubschraubers Augusta Bell oder Wechsellaufbausysteme für LKW zurückzuführen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Wertpapiere und sonstige Kapitalanlagen

10,05 Mio. EUR

– 289,95 Mio. EUR (– 96,7 %) gegenüber 2014

Unter Wertpapieren und sonstigen Kapitalanlagen war ausschließlich das in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ geführte Partizipationskapital der österreichischen Banken⁴ verbucht. Zum 31. Dezember 2014 hielt der Bund ein Partizipationskapital an der Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) von 300 Mio. EUR. Am 4. Juli 2015 erfolgte eine Spaltung und Umwandlung der „Rest-ÖVAG“ in die „immigon portfolioabbau ag“.⁵ Gleichzeitig wurde das Grundkapital herabgesetzt und somit auch das Partizipationskapital des Bundes um 289,95 Mio. EUR auf 10,05 Mio. EUR gekürzt.

Beteiligungen

24,953 Mrd. EUR

– 483,06 Mio. EUR (– 1,9 %) gegenüber 2014

Zum 31. Dezember 2015 waren 191 Beteiligungen in der Vermögensrechnung mit einem Buchwert größer 0 EUR erfasst.⁶ Die bedeutendsten Beteiligungen waren der Rubrik 4 „Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt“ zugeordnet, deren Anteil 93,3 % aller Beteiligungswerte zum 31. Dezember 2015 ausmachte:

4 Siehe **BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 46.**

5 Das Spitzeninstitut ÖVAG ging auf die Volksbank Wien AG über.

6 Im Zuge einer laufenden Gebarungsüberprüfung zu Fonds und Stiftungen stellte der RH fest, dass vereinzelt Fonds und Stiftungen des Bundes nicht in der Vermögensrechnung des Bundes bzw. den Anhangsangaben des BRA erfasst waren. Dies resultierte daraus, dass einige Ressorts unvollständige Meldungen bzw. nach nicht schlüssig angewandten Kriterien über ihre Einrichtungen Meldungen an das BMF weiterleiteten. Der RH wird im Rahmen der § 9 RHG Prüfungen für das Finanzjahr 2016 das Thema des „vollständigen Ausweises von Beteiligungen des Bundes im BRA“ überprüfen.



Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.2-4: Beteiligungen mit Buchwert > 500 Mio. EUR

Vermögensrechnung			
UG	Beteiligungen mit Buchwert zum 31.12.2015 > 500 Mio. EUR	Anteil am Nennkapital 31.12.2015	Buchwert 31.12.2015
		in %	in Mio. EUR
45	Österreichische Nationalbank	100,0	4.254,11
41	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	100,0	3.344,16
45	European Stability Mechanism (ESM)	2,8	2.260,31
41	Österreichische Bundesbahnen-Holding AG	100,0	2.251,64
40	ERP-Fonds	100,0	1.863,04
45	Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (Österreichische Industrieholding AG)	100,0	1.822,70
43	Umwelt und Wasserwirtschaftsfonds	100,0	1.484,97
45	Europäische Investitionsbank	2,2	1.342,76
45	Verbund AG	51,0	1.178,92
40	Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.	100,0	1.031,44
	Übrige Beteiligungen		4.119,04
	Beteiligungen insgesamt		24.953,09

Quellen: BRA 2015: Zahlenteil, Tabelle III.3.3, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 nahm der Bund sieben Beteiligungen in die Vermögensrechnung auf:

Tabelle 1.2-5: Neuzugänge von Beteiligungen im Jahr 2015

Vermögensrechnung			
UG	Neuzugänge von Beteiligungen 2015	Anteil am Nennkapital 31.12.2015	Buchwert 31.12.2015
		in %	in Mio. EUR
2	Parlamentsgebäudesanierungsgesellschaft	51,0	0,02
21	Anerkennungsfonds Freiwilligengesetz ¹⁾	100,0	0,42
41	Verkehrsauskunft Österreich GmbH	17,0	0,01
45	Africa Renewable Energy Fund	6,0	2,37
45	DWM ²⁾ Inclusive Finance Equity Fund (IFEFF) II	10,0	2,00
45	Enterprise Expansion Fund	10,3	0,20
46	Volksbank Wien AG	1,0	3,08
	Neuzugänge insgesamt		8,09

1) inkl. Aufwertung um 15.000 EUR

2) Developing World Markets

Quellen: BRA 2015: Zahlenteil, Tabelle III.3.3, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Der Neuzugang der Volksbank Wien AG von 3,08 Mio. EUR resultierte aus der Spaltung der ÖVAG, wodurch sich der Beteiligungsansatz an der immi-gon portfolioabbau ag („Rest-ÖVAG“) um den gleichen Betrag reduzierte.

Drei Beteiligungen schieden im Jahr 2015 aus:

Der Anteil an der Neusiedler Seebahn Aktiengesellschaft (UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“) wurde an die Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG verkauft (– 0,69 Mio. EUR). In der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ wurden die Hypo Group Alpe Adria AG um 50,00 Mio. EUR sowie die Kommunalkredit Austria AG um 142,02 Mio. EUR verkauft. Während der Verkauf der Hypo Group Alpe Adria AG das Nettoergebnis verbesserte, war der Verkauf der Kommunalkredit Austria AG mit einem Verlust von 146,86 Mio. EUR verbunden und reduzierte somit das Nettoergebnis entsprechend.

Im Jahr 2015 erfolgten Abschreibungen von Beteiligungen in Höhe von 37,62 Mio. EUR und Zuschreibungen in Höhe von 521,45 Mio. EUR. Von den Abschreibungen war insbesondere der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (– 24,40 Mio. EUR; UG 31 „Wissenschaft und Forschung“) betroffen; die größten Zuschreibungen erfolgten beim Insolvenz-Entgelt-Fonds (+ 119,76 Mio. EUR; UG 20 „Arbeit“), bei der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (+ 118,59 Mio. EUR; UG 40 „Wirtschaft“) und bei den Beteiligungen der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ (+ 133,19 Mio. EUR), insbesondere bei den Universitäten.

Der Stand der Neubewertungsrücklage betrug zum 31. Dezember 2015 2,076 Mrd. EUR und war damit um – 205,43 Mio. EUR geringer als im Jahr 2014. Den durch die Aufwertungen bedingten Zugängen standen insbesondere die Auflösungen aufgrund der Verkäufe der Hypo Group Alpe Adria AG (– 630,92 Mio. EUR) und der Kommunalkredit Austria AG (– 61,28 Mio. EUR) gegenüber.

Forderungen

18,746 Mrd. EUR

+ 585,27 Mio. EUR (+ 3,2 %) gegenüber 2014

Die Forderungen betrugen 18,746 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 und lagen damit um 585,27 Mio. EUR (+ 3,2 %) über dem Wert des Jahres 2014. Die Forderungen waren zu 29,4 % langfristig und zu 70,6 % kurzfristig.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.2-6: Forderungen Bund

Vermögensrechnung					
Aktiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Forderungen
	in Mio. EUR			in %	
Forderungen	18.160,41	18.745,68	+ 585,27	+ 3,2	100,0
Langfristige Forderungen	6.581,96	5.509,44	- 1.072,53	- 16,3	29,4
Kurzfristige Forderungen	11.578,44	13.236,24	+ 1.657,80	+ 14,3	70,6
aus gewährten Darlehen	1.723,01	1.717,03	- 5,98	- 0,3	9,2
aus Abgaben	4.107,07	4.173,62	+ 66,55	+ 1,6	22,3
aus Lieferungen und Leistungen	203,79	110,43	- 93,37	- 45,8	0,6
aus Finanzhaftungen	840,92	916,71	+ 75,79	+ 9,0	4,9
Vorschüsse	1.738,59	1.819,70	+ 81,11	+ 4,7	9,7
Sonstige gegebene Anzahlungen	61,71	1.309,69	+ 1.247,99	+ 2.022,5	7,0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5.122,67	4.593,88	- 528,78	- 10,3	24,5
Übrige sonstige Forderungen	4.362,62	4.104,61	- 258,01	- 5,9	21,9
innerhalb des Bundes	0,03	0,00	- 0,03	- 100,0	0,0

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Forderungen setzten sich vor allem zusammen aus:

- Aktiven Rechnungsabgrenzungen (24,5 % bzw. 4,594 Mrd. EUR), insbesondere von Zinserträgen und Disagien aus der Wertpapiergebarung (UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“), von Vorauszahlungen der Pensionen und Pflegegelder für Jänner 2016 (UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamte“) und von Abgabenerträgen – „Time-Adjustments“⁷ (UG 16 „Öffentliche Abgaben“),
- Abgabenforderungen (22,3 % bzw. 4,174 Mrd. EUR) inkl. Forderungen aus Zöllen (UG 16 „Öffentliche Abgaben“),
- Übrigen sonstigen Forderungen (21,9 % bzw. 4,105 Mrd. EUR), vor allem betreffend die Forderung des Bundes (im GB 25.02 „Sonstige familienpolitische Maßnahmen und Jugend“) an den Reservefonds für Familienbeihilfen, betreffend die Forderungen gegenüber der Europäischen Kommission für Transferzahlungen aus EU-Fonds (UG 51 „Kassenverwaltung“), betreffend die Verrechnung von Sicherstellungen (z.B. Bankgarantien für Anzahlungen oder Haftrücklässe)

⁷ Bei den Time-Adjustments handelt es sich um Zahlungen in den Monaten Jänner und Februar, die jedoch wirtschaftlich dem vorangegangenen Finanzjahr zuzuordnen sind. Eine laufende Verrechnung dieser Beträge ist nach Angaben des BMF nicht möglich, weil die Beträge zum Entstehungszeitpunkt noch nicht hinreichend genau ermittelt werden können.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“, betreffend Verzugszinsen aus Haftungen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (AusFG) in Zusammenhang mit Umschuldungen gegenüber dem Irak, Argentinien und Myanmar in der UG 45 „Bundesvermögen“, betreffend Bankgarantien für grenzüberschreitende Verbringungen gemäß Art. 6 EG Abfallverbringungs-Verordnung in der UG 43 „Umwelt“,

- Vorschüssen (9,7 % bzw. 1,820 Mrd. EUR), insbesondere betreffend die in der UG 13 „Justiz“ als durchlaufende Gebarung verrechneten Unterhaltsvorschüsse, die zudem voranschlagswirksam in der UG 25 „Familien und Jugend“ erfasst wurden,⁸
- gewährten Darlehen (9,2 % bzw. 1,717 Mrd. EUR), hauptsächlich betreffend die Forderung aus Griechenlanddarlehen (UG 45 „Bundesvermögen“),
- sonstigen gegebenen Anzahlungen (7,0 % bzw. 1,310 Mrd. EUR), im Wesentlichen betreffend die Zahlung an den Freistaat Bayern zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HETA Asset Resolution AG) in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“,
- Finanzhaftungen (4,9 % bzw. 916,71 Mio. EUR), vor allem betreffend die in der UG 45 „Bundesvermögen“ verrechneten Schadenszahlungen aus dem Ausfuhrförderungsverfahren (AusFG-Verfahren) für Garantien sowie Wechselbürgschaften oder Garantien für Projekte der Oesterreichischen Entwicklungsbank, aus denen eine Legalzession resultierte,
- Lieferungen und Leistungen (0,6 % bzw. 110,43 Mio. EUR), insbesondere in der UG 13 „Justiz“, UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ und der UG 45 „Bundesvermögen“.

Die Bruttoforderungen betrugen 25,354 Mrd. EUR. Diese wurden um 6,609 Mrd. EUR (26,1 %) wertberichtigt. Die Wertberichtigungen betrafen mit:

- 4,514 Mrd. EUR Abgabenforderungen (inkl. Zoll) (UG 16),
- 1,267 Mrd. EUR Forderungen aus Finanzhaftungen (UG 45 und UG 46),

⁸ Siehe dazu BRA 2015: Textteil Band 3: Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948 sowie BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 25.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- 502,11 Mio. EUR Unterhaltsvorschüsse (UG 25),
- 185,39 Mio. EUR Übrige sonstige Forderungen in der UG 25 „Familien und Jugend“ (100,05 Mio. EUR), in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ betreffend eine Zinsforderung gegenüber der KA Finanz AG (51,91 Mio. EUR) und in der UG 20 „Arbeit“ (32,96 Mio. EUR),
- 138,87 Mio. EUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in der UG 43 „Umwelt“ im Bereich Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie.

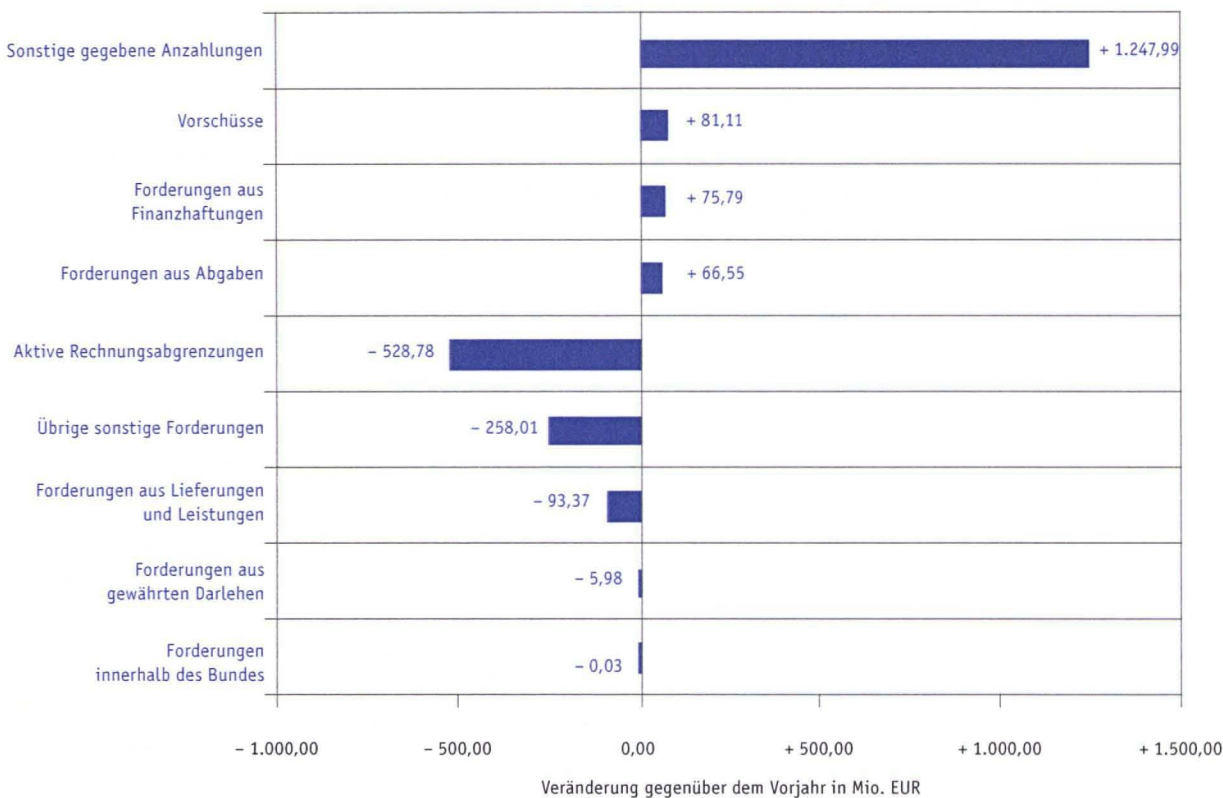
Im Jahr 2015 wurden Forderungen in Höhe von 703,59 Mio. EUR abgeschrieben, davon 634,77 Mio. EUR betreffend Abgaben bzw. Zölle und 40,42 Mio. EUR betreffend Haftungen gemäß AusFG.

Der Anstieg der Forderungen im Jahr 2015 (+ 585,27 Mio. EUR) beruhte im Wesentlichen auf der Zahlung von 1,230 Mrd. EUR an den Freistaat Bayern für den Generalvergleich zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten.⁹ Die Übrigen sonstigen Forderungen gingen in der UG 25 „Familien und Jugend“ aufgrund des Überschusses im Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) zurück, der die Forderung gegenüber dem Reservefonds reduzierte.¹⁰

⁹ Siehe dazu im Detail **BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 46.**

¹⁰ Siehe zu den Zahlungsströmen zwischen FLAF, Reservefonds und GB 25.02 „Sonstige familienpolitische Maßnahmen und Jugend“ **BRA 2015: Textteil Band 3: Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948.**

Abbildung 1.2-4: Veränderung der Forderungen im Jahr 2015



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Vorräte

380,85 Mio. EUR	- 37,09 Mio. EUR (- 8,9 %) gegenüber 2014
-----------------	---

Von den Vorräten waren 354,18 Mio. EUR in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ verbucht, davon 344,41 Mio. EUR für Ersatzteile. Der Rückgang der Vorräte in der UG 14 von - 41,63 Mio. EUR¹¹ war auf den Verkauf von Altmaterial sowie Ersatzteilen zurückzuführen.

In der UG 11 „Inneres“ waren Vorräte von 13,18 Mio. EUR (+ 4,37 Mio. EUR gegenüber 2014) vor allem in Form von Ersatzteilen und Handelswaren erfasst.

¹¹ Siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 36.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Liquide Mittel

4,439 Mrd. EUR	+ 1,091 Mrd. EUR (+ 32,6 %) gegenüber 2014
----------------	--

Die Liquiden Mittel betrugen 4,439 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Sie bestanden insbesondere aus Konten bei sonstigen Kreditunternehmen (2,853 Mrd. EUR) in der UG 51 „Kassenverwaltung“ und der UG 13 „Justiz“ (217,62 Mio. EUR). Von Bedeutung waren außerdem der Stand des in der UG 15 „Finanzverwaltung“ geführten dotierten OeNB-Kontos (625,16 Mio. EUR) und der Stand der in der UG 45 „Bundesvermögen“ geführten OeKB¹²-Verrechnungskonten gemäß AusfFG im Zusammenhang mit der Exportförderung (642,58 Mio. EUR).

Die Bankkonten der Bundesministerien und Obersten Organe (Subkonten) wurden im Rahmen des „Cash-Pooling“ täglich gegen das in der UG 15 „Finanzverwaltung“ geführte Hauptkonto bei der BAWAG P.S.K. ausgeglichen, weshalb die restlichen Untergliederungen nur über geringfügige liquide Mittel (z.B. gerichtlich verwahrte Bargelder in der UG 13 „Justiz“) verfügten.

Die Veränderung der Liquiden Mittel von + 1,091 Mrd. EUR gegenüber 2014 resultierte im Wesentlichen aus einer höheren Abgrenzung des Geldflusses aus der Finanzierungstätigkeit (+ 1,040 Mrd. EUR). Der Stand der ÖKB-Verrechnungskonten gemäß AusfFG ging hingegen um – 47,21 Mio. EUR zurück, weil der Kontostand gemäß § 7 AusfFG bei Erreichen einer Obergrenze abgeschöpft werden musste bzw. weil geringere Haftungsentgelte für Garantien und Wechselbürgschaften erforderlich waren.

1.2.3 Fremdmittel

241,535 Mrd. EUR	+ 5,793 Mrd. EUR (+ 2,5 %) gegenüber 2014
------------------	---

Die Fremdmittel betrugen 241,535 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 und setzten sich wie folgt zusammen:

- 82,4 % der Fremdmittel (199,113 Mrd. EUR) lagen in Form von Finanzschulden vor, die in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ verrechnet wurden.
- 15,0 % der Fremdmittel (36,214 Mrd. EUR) bestanden aus Verbindlichkeiten. Diese resultierten vor allem aus den Zuschussverträgen

¹² Oesterreichische Kontrollbank AG

Konsolidierte Abschlussrechnungen

des Bundes mit der ÖBB-Infrastruktur AG in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ und aus Passiven Rechnungsabgrenzungen, insbesondere in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ für Zinsaufwendungen sowie Agien aus der Wertpapiergebarung. Die Verbindlichkeiten in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ lagen in Form von Guthaben auf den Abgabenkonten der Steuerpflichtigen vor.

- 2,6 % der Fremdmittel (6,207 Mrd. EUR) ergaben sich aus der Dotierung von Rückstellungen. Rückstellungen fielen vor allem für Haftungen in der UG 45 „Bundesvermögen“ und UG 46 „Finanzmarktstabilität“ an. Bedeutende Rückstellungen wurden auch für das Personal des Bundes gebildet.

Finanzschulden, netto (Finanzierungen)

199,113 Mrd. EUR

+ 2,901 Mrd. EUR (+ 1,5 %) gegenüber 2014

Die (bereinigten) Finanzschulden betrugen netto 199,113 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Davon waren 91,2 % langfristig und 8,8 % kurzfristig. Die Finanzschulden netto errechneten sich aus den Finanzschulden brutto zuzüglich der Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen und selbst gehaltenen Bundesanleihen und Bundesschatzscheine, die der Bund im Eigenbesitz hält.

Tabelle 1.2-7: Finanzschulden des Bundes

Vermögensrechnung					
Passiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014	Anteil Stand 31.12.2015 an Finanzschulden	
	in Mio. EUR			in %	
Finanzschulden, netto	196.211,61	199.113,10	+ 2.901,49	+ 1,5	100,0
Finanzschulden	207.927,52	210.775,54	+ 2.848,02	+ 1,4	105,9
Forderungen aus Währungstauschverträgen	- 8.023,60	- 7.571,79	+ 451,80	- 5,6	- 3,8
Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen	7.738,35	7.335,93	- 402,42	- 5,2	3,7
Bundesanleihen	- 11.430,67	- 11.426,58	+ 4,09	- 0,0	- 5,7

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Finanzschulden lagen zu 89,9 % in Anleihen, zu 7,0 % in Darlehen und Krediten sowie zu 3,1 % in Bundesobligationen und Bundesschatzscheinen vor. Die durchschnittliche Nominalverzinsung im Jahr 2015 betrug 3,3 %, die durchschnittliche Rendite 3,0 %.



Konsolidierte Abschlussrechnungen

Für eine umfangreiche Darstellung zur Entwicklung und Zusammensetzung der Finanzschulden siehe **TZ 5**.

Verbindlichkeiten

36,214 Mrd. EUR	+ 2,681 Mrd. EUR (+ 8,0 %) gegenüber 2014
-----------------	---

Die Verbindlichkeiten betrugen 36,214 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 und lagen damit um 2,681 Mrd. EUR (+ 8,0 %) über dem Wert des Jahres 2014. Die Verbindlichkeiten waren zu 49,4 % langfristig und zu 50,6 % kurzfristig.

Tabelle 1.2–8: Verbindlichkeiten Bund

Vermögensrechnung					
Passiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Verbindlichkeiten
	in Mio. EUR			in %	
Verbindlichkeiten	33.533,04	36.214,38	+ 2.681,35	+ 8,0	100,0
Langfristige Verbindlichkeiten	16.215,28	17.891,86	+ 1.676,58	+ 10,3	49,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	17.317,75	18.322,52	+ 1.004,77	+ 5,8	50,6
aus empfangenen Darlehen	0,29	0,29	0,00	0,0	0,0
aus Abgaben	1.685,39	1.803,45	+ 118,05	+ 7,0	5,0
aus Lieferungen und Leistungen	303,53	215,05	- 88,48	- 29,2	0,6
aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung	- 51,90	8,24	+ 60,14	- 115,9	0,0
Passive Rechnungsabgrenzungen	12.583,62	12.654,72	+ 71,09	+ 0,6	34,9
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	17.419,55	19.740,35	+ 2.320,80	+ 13,3	54,5
Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung)	1.592,68	1.792,39	+ 199,71	+ 12,5	4,9
innerhalb des Bundes	- 0,12	- 0,10	+ 0,02	- 20,3	- 0,0

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Die Verbindlichkeiten setzten sich vor allem zusammen aus:

- Übrigen sonstigen Verbindlichkeiten (54,5 % bzw. 19,740 Mrd. EUR), insbesondere betreffend die Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG gemäß § 42 Bundesbahngesetz („Zuschussverträge“)¹³ sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Wien im Zusammenhang mit der Übernahme von 50 % der Investitionskosten des U-Bahn-Baus¹⁴ in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“,
- Passiven Rechnungsabgrenzungen (34,9 % bzw. 12,655 Mrd. EUR), vor allem betreffend Zinsaufwendungen und Agien aus der Wertpapiergebarung in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“, betreffend Pensionszahlungen im Dezember 2015 für das Jahr 2016 in der UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamte“, betreffend die Auszahlungen der Bundesbesoldung im Dezember 2015 für das Jahr 2016 in der UG 15 „Finanzverwaltung“ und betreffend Haftungsentgelte in der UG 45 „Bundesvermögen“,
- Verbindlichkeiten aus Abgaben (5,0 % bzw. 1,803 Mrd. EUR) für die auf den Konten der Steuerpflichtigen bestehenden, jederzeit abrufbaren Guthaben in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ und
- Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (4,9 % bzw. 1,792 Mrd. EUR), betreffend die in der durchlaufenden Gebarung verrechneten Unterhaltsvorschüsse in der UG 13 „Justiz“ und betreffend Verwahrnisse¹⁵ in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“.

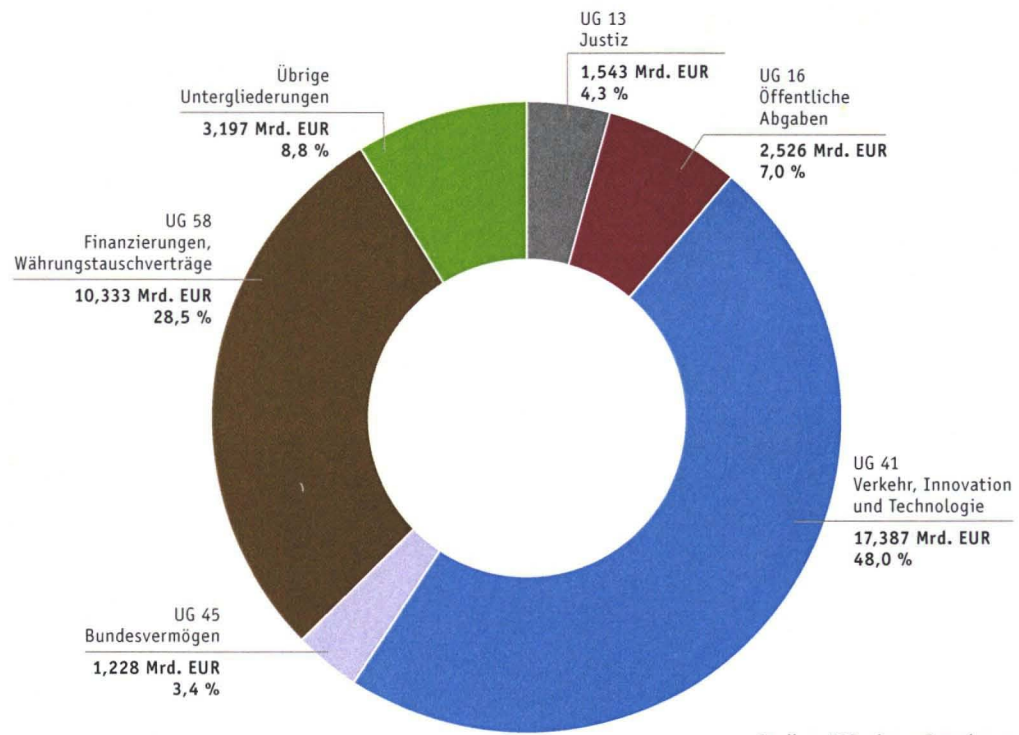
¹³ Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 41.

¹⁴ Siehe dazu im Detail BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 45.

¹⁵ Guthaben der Abgabepflichtigen

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Abbildung 1.2–5: Verteilung der Verbindlichkeiten nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)



Der Anstieg der Verbindlichkeiten im Jahr 2015 (+ 2,681 Mrd. EUR) beruhte im Wesentlichen auf der systemimmanenten Dynamik der Annuitätenzuschüsse zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG, basierend auf dem Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz¹⁶ sowie aufgrund der Einbuchung der ausstehenden Zahlungen des Bundes an das Land Wien im Zusammenhang mit der Übernahme von 50 % der Investitionskosten des U-Bahn-Baus in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“¹⁷ (Übrige sonstige Verbindlichkeiten). Die höheren Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung waren vor allem auf das Lohnsteuer- und Finanzamtsverrechnungskonto i.Z.m. der zentralen Bundesbesoldung, welche in der UG 15 „Finanzverwaltung“ für den gesamten Bund abgewickelt wurde, zurückzuführen. Außerdem nahmen die Verbindlichkeiten aus Abgaben aufgrund des Anstiegs der Abgabenguthaben in Verbindung mit dem parallelen Anstieg der Steuereinnahmen zu (UG 16 „Öffentliche Abgaben“¹⁸). Während die passiven Rechnungsabgrenzungen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ betreffend Zinsausgaben und Agien aus der Wertpapiergebarung anstiegen, gingen diese in der UG 23

16 Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 41.

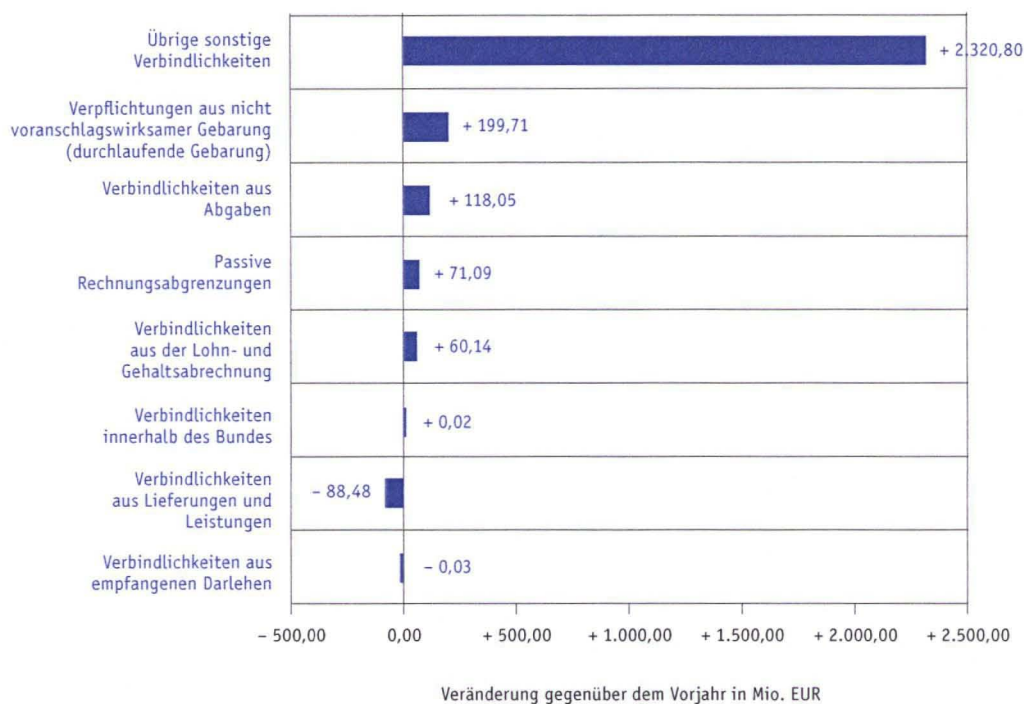
17 Siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 45.

18 Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 16.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

„Pensionen – Beamtinnen und Beamte“ aufgrund der Ausbuchung einer Rechnungsabgrenzung aus dem Jahr 2013 zurück.

Abbildung 1.2–6: Veränderung der Verbindlichkeiten im Jahr 2015



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Rückstellungen

6,207 Mrd. EUR

+ 209,99 Mio. EUR (+ 3,5 %) gegenüber 2014

Die Rückstellungen betrugen 6,207 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 und lagen damit um 209,99 Mio. EUR (+ 3,5 %) über dem Wert des Jahres 2014. Die Rückstellungen waren zu 83,1 % langfristig und zu 16,9 % kurzfristig. Die bedeutendste Position betraf die Rückstellungen für Haftungen (2,929 Mrd. EUR), die etwa zur Hälfte in der UG 45 „Bundesvermögen“ und der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ gebildet wurden.



Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.2–9: Rückstellungen Bund

Vermögensrechnung					
Passiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Rückstellungen
	in Mio. EUR			in %	
Rückstellungen	5.997,34	6.207,33	+ 209,99	+ 3,5	100,0
Langfristige Rückstellungen	4.949,84	5.157,01	+ 207,17	+ 4,2	83,1
Kurzfristige Rückstellungen	1.047,50	1.050,32	+ 2,82	+ 0,3	16,9
Personalrückstellungen	1.964,42	2.027,36	+ 62,94	+ 3,2	32,7
für Abfertigungen	551,38	574,78	+ 23,39	+ 4,2	9,3
für Jubiläumszuwendungen	1.000,31	1.031,25	+ 30,94	+ 3,1	16,6
für nicht konsumierte Urlaube	412,73	421,34	+ 8,61	+ 2,1	6,8
Rückstellungen für Haftungen	2.806,24	2.929,38	+ 123,14	+ 4,4	47,2
Rückstellungen für Sanierung von Altlasten	28,85	28,85	0,00	0,0	0,5
Rückstellungen für Prozesskosten	631,12	627,02	- 4,10	- 0,6	10,1
Sonstige Rückstellungen	566,70	594,71	+ 28,01	+ 4,9	9,6

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Rückstellungen für Personal

Die Personalrückstellungen setzten sich aus langfristigen Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (1,031 Mrd. EUR bzw. 50,9 %) und Abfertigungen (574,78 Mio. EUR bzw. 28,4 %) sowie aus kurzfristigen Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube (421,34 Mio. EUR bzw. 20,8 %) zusammen. Für Pensionen wurden keine Rückstellungen gebildet.¹⁹

Die Personalrückstellungen verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Untergliederungen:

19 Siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 22 und UG 23.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.2–10: Personalrückstellungen Bund

Vermögensrechnung					
Untergliederung	Abfertigung	Jubiläums- zuwendungen	nicht konsumierte Urlaube	Personal- rückstellungen insgesamt	Personalstand (VBÄ)
	in Mio. EUR				Jahres- durchschnitt
Summe	574,78	1.031,25	421,34	2.027,36	130.810,07
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	0,47	0,62	0,03	1,12	73,13
UG 02 Bundesgesetzgebung	1,04	2,65	3,41	7,10	412,65
UG 03 Verfassungsgerichtshof	0,36	0,64	0,59	1,59	88,69
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	0,56	2,47	1,61	4,64	187,82
UG 05 Volksanwaltschaft	0,14	0,75	0,40	1,29	74,36
UG 06 Rechnungshof	0,46	4,08	2,84	7,37	280,45
UG 10 Bundeskanzleramt	5,97	10,32	6,36	22,64	1.130,60
UG 11 Inneres	24,17	207,76	139,91	371,85	32.025,23
UG 12 Äußeres	6,60	11,29	6,23	24,13	1.130,07
UG 13 Justiz	31,24	89,92	54,39	175,55	11.127,60
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	46,91	140,88	76,03	263,83	21.010,73
UG 15 Finanzverwaltung	34,74	97,70	62,25	194,70	10.506,08
UG 20 Arbeit	1,37	12,56	6,72	20,65	389,47
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	5,15	11,06	8,24	24,45	1.126,57
UG 24 Gesundheit	2,20	3,69	2,58	8,47	344,34
UG 25 Familien und Jugend	0,81	1,05	0,67	2,53	105,81
UG 30 Bildung und Frauen	376,91	377,79	17,04	771,74	44.398,82
UG 31 Wissenschaft und Forschung	5,42	6,39	3,51	15,33	725,94
UG 32 Kunst und Kultur	2,35	2,10	1,88	6,33	284,47
UG 40 Wirtschaft	8,57	18,28	9,85	36,70	2.062,91
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	3,55	8,51	5,55	17,60	831,97
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	15,77	20,74	11,25	47,76	2.492,37

Quellen: HIS, BRA 2015, Zahlenteil Bund, Tabelle III.11.1, eigene Berechnung

Die Höhe der Personalrückstellungen korreliert mit dem Personalstand, weshalb die höchsten Rückstellungen in den Untergliederungen 11 „Inneres“ (371,85 Mio. EUR bzw. 18,3 %), 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (263,83 Mio. EUR bzw. 13,0 %) sowie 30 „Bildung und Frauen“ (771,74 Mio. EUR bzw. 38,1 %) gebildet wurden. Der hohe Anteil an Vertragsbediensteten am Lehrpersonal führte zu entsprechend hohen Abfertigungsrückstellungen in der UG 30.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Rückstellungen für Haftungen

Die Rückstellungen für Haftungen fielen in den UG 45 „Bundesvermögen“ und 46 „Finanzmarktstabilität“ an. In der UG 45 wurden Rückstellungen i.Z.m. Haftungen gemäß AusFFG, Kursrisikogarantien gemäß AFFG sowie Rückstellungen für Haftungen gegenüber der Austria Wirtschaftsservice GmbH und der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH gebildet. Die Rückstellungen für Haftungen seien nach Angaben des BMF im Bereich der Kursrisikogarantien gemäß AFFG um + 232,55 Mio. EUR gestiegen²⁰. Dagegen sei aufgrund einer günstigen Schadensentwicklung eine Auflösung von Rückstellungen im AusFFG-Bereich von – 44,00 Mio. EUR möglich gewesen. Höhere Rückstellungen seien nach Angaben des BMF auch für die Austria Wirtschaftsservice GmbH und die Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH gebildet worden.

Die Rückstellungen für Haftungen in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ standen i.Z.m. dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Nach Angaben des BMF sei der Stand der Haftungsrückstellungen aufgrund von Haftungsinanspruchnahmen im Bereich des FinStaG und eines geringeren Haftungsstands bedingt durch das Auslaufen des Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes (ULSG) zurückgegangen (– 69,34 Mio. EUR).

Rückstellungen für Sanierung von Altlasten

Die Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten wurden größtenteils (27,45 Mio. EUR) in der UG 43 „Umwelt“ für Ersatzvornahmen des BMLFUW i.Z.m. der Entsorgung von unsachgemäß gelagerten Abfällen bzw. für aufgelassene Betriebsareale, an denen mit gefährlichen Substanzen hantiert wurde, gebildet. Das BMLFUW machte die vorausbezahlten Mittel im Rahmen von Regressverfahren geltend. Mit 31. Dezember 2015 wurden Rückstellungen für die Ersatzvornahmen in Neuhofen/Ybbs, Scherbling, Stockerau, Markgrafneusiedl, Thurnberg, Mariathal/Hollabrunn, Hintersdorf, Krummnußbaum und Wöllersdorf vorgenommen.

Rückstellungen für Prozesskosten

Die Rückstellungen für Prozesskosten²¹ waren in den UG 15 „Finanzverwaltung“ (340,69 Mio. EUR bzw. 54,3 %) und 46 „Finanzmarktstabilität“ (224,82 Mio. EUR bzw. 35,9 %) von besonderer Bedeutung. Das BMF machte

20 siehe Reihe Bund 2016/5, Haftungen des Bundes für Exportförderungen; Follow-up-Überprüfung, TZ 28.

21 Siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 14.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

keine näheren Angaben, für welche Rechtsstreitigkeiten diese Rückstellungen gebildet wurden.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen waren zu 99,7 % langfristig. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen resultierten in der UG 40 „Wirtschaft“ aus einem durch einen langfristigen Mietvertrag eingeschränkten Nutzungsrecht des Vienna International Center (VIC) und der Halle M des VIC (324,73 Mio. EUR), in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ aus der Vorsorge für die Bearbeitung historischer radiologischer Belastungen infolge der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in Seibersdorf (197,43 Mio. EUR) sowie in der UG 30 „Bildung und Frauen“ aus der Führung von Zeitkonten für Lehrpersonal (63,92 Mio. EUR).

Zugänge waren in der UG 30 „Bildung und Frauen“ (+ 25,16 Mio. EUR) aus der Dotierung von Rückstellungen für die Zeitkonten der Lehrer sowie in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ (+ 20,86 Mio. EUR) aus dem Zinseffekt der langfristigen Rückstellung²² zu verzeichnen. Den Zugängen standen Rückgänge in den Untergliederungen 15 „Finanzverwaltung“ und 43 „Umwelt“ gegenüber.

1.2.4 Nettovermögen (Ausgleichsposten)

– 153,356 Mrd. EUR

– 5,029 Mrd. EUR (+ 3,4 %) gegenüber 2014

Das (negative) Nettovermögen betrug – 153,356 Mrd. EUR und verschlechterte sich um 5,029 Mrd. EUR (3,4 %) gegenüber 2014. Es setzte sich insbesondere aus den kumulierten negativen Salden der Vorjahre (– 150,653 Mrd. EUR), den Neubewertungsrücklagen (2,076 Mrd. EUR) und dem jährlichen Nettoergebnis (– 4,771 Mrd. EUR) zusammen.

²² Gemäß § 21 RLV 2013 i.d.g.F. sind für Rückstellungen Angaben zum Zinseffekt zu machen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.2–11: Nettovermögen Bund

Vermögensrechnung				
Passiva	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014	
	in Mio. EUR			in %
Nettovermögen (Ausgleichsposten)	– 148.326,79	– 153.355,96	– 5.029,17	+ 3,4
Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	2.281,52	2.076,08	– 205,43	– 9,0
Fremdwährungsumrechnungsrücklagen	– 1,33	– 0,47	+ 0,86	– 64,6
Jährliches Nettoergebnis	– 9.055,33	– 4.771,25	+ 4.284,08	– 47,3
Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 141.546,70	– 150.653,40	– 9.106,69	+ 6,4
Bundesfinanzierung	– 4,96	– 6,93	– 1,97	+ 39,8
Sonstiges Nettovermögen	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Neubewertungsrücklagen wurden aus der erfolgsneutralen Zuschreibung von Beteiligungen²³ gebildet und waren bei Abwertungen bzw. Veräußerungen von Beteiligungen – sofern für diese eine Rücklage gebildet wurde – aufzulösen. Im Jahr 2015 nahm der Stand der Neubewertungsrücklagen um – 205,43 Mio. EUR ab. Den durch die Aufwertungen bedingten Zugängen standen insbesondere die Auflösungen aufgrund der Verkäufe der Hypo Group Alpe Adria AG und der Kommunalkredit Austria AG gegenüber (siehe die Ausführungen zu den Beteiligungen).²⁴

Die Fremdwährungsumrechnungsrücklagen entstanden für Änderungen des Wertes von Verbindlichkeiten aufgrund des Wechselkurses, um die Wertänderung erfolgsneutral darzustellen. Zum 31. Dezember 2015 war der Stand dieser Rücklagen negativ.

Die Bundesfinanzierung eines Detailbudgets ergibt sich aus dem Ausgleich zwischen dem Bankhauptkonto des Bundes und den zugehörigen Banknebenkonten und Banksubkonten des Detailbudgets (§ 102 Abs. 3 BHV 2013).

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs aller anweisenden Organe benutzte der Bund ein Sammelkonto (Hauptkonto) bei der BAWAG P.S.K. und ein Konto bei der Oesterreichischen Nationalbank. Die bei der BAWAG

23 Nach dem Vorsichtsprinzip darf eine Aufwertung über den Anschaffungswert nur erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage erfolgen.

24 Im Zuge der Erstellung des BRA 2015 informierte das BMF den RH, dass die Stände der Neubewertungsrücklagen nicht zuverlässig aus dem System SAP-Treasury ermittelbar wären. Der RH wird die korrekte Darstellung der Entwicklung der Buchwerte von Beteiligungen im System SAP-Treasury im Rahmen der Überprüfung der Abschlussrechnungen 2016 gemäß § 9 RHG überprüfen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

P.S.K. eingerichteten Sub- und Nebenkonten waren nicht dotiert, sondern wurden im Laufe des Finanzjahres über ein Ausgleichsverfahren („Cash-Pooling“) mit dem der UG 15 „Finanzverwaltung“ zugeordneten, dotierten Hauptkonto des Bundes verrechnet. Auf Bundesebene sollte sich die Bundesfinanzierung im Wesentlichen ausgleichen. Der RH stellte in den Prüfungen der Abschlussrechnungen der Jahre 2013²⁵ und 2014²⁶ jedoch unzulässige Salden in der Position „Bundesfinanzierung“ fest. Im Jahr 2015 wiesen drei Konten unter dieser Position unzulässige Salden aus.²⁷

25 Siehe BRA 2013, Textteil Band 2 – Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2013 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 22.

26 Siehe BRA 2014, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2014 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 7.

27 Siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 10.**



Konsolidierte Abschlussrechnungen

1.3 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 1.3-1: Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit	+ 45.636,24	+ 49.975,79	+ 4.339,55	+ 9,5	+ 47.245,59	+ 48.898,35	+ 1.652,77	+ 3,5	- 1.077,44
Erträge aus Abgaben netto	60.690,23	64.328,46	+ 3.638,23	+ 6,0	59.986,43	63.304,73	+ 3.318,30	+ 5,5	- 1.023,73
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.331,47	2.813,91	+ 482,44	+ 20,7	2.367,91	2.527,50	+ 159,59	+ 6,7	- 286,41
Personalaufwand	9.750,46	10.023,69	+ 273,24	+ 2,8	9.697,12	9.948,74	+ 251,63	+ 2,6	- 74,95
Betrieblicher Sachaufwand	7.635,01	7.142,89	- 492,12	- 6,4	5.411,64	6.985,14	+ 1.573,50	+ 29,1	- 157,75
Transferergebnis	- 47.895,33	- 48.921,24	- 1.025,92	+ 2,1	- 45.166,91	- 45.736,60	- 569,69	+ 1,3	+ 3.184,65
Erträge aus Transfers	6.657,52	6.516,57	- 140,95	- 2,1	6.698,75	7.029,98	+ 331,23	+ 4,9	+ 513,41
Transferaufwand	54.552,84	55.437,81	+ 884,97	+ 1,6	51.865,66	52.766,58	+ 900,92	+ 1,7	- 2.671,24
Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	- 2.259,09	+ 1.054,55	+ 3.313,63	- 146,7	+ 2.078,67	+ 3.161,75	+ 1.083,08	+ 52,1	+ 2.107,21
Finanzergebnis	- 6.796,24	- 5.825,79	+ 970,45	- 14,3	- 5.629,79	- 4.631,94	+ 997,85	- 17,7	+ 1.193,86
Finanzerträge	1.114,60	770,53	- 344,07	- 30,9	1.074,17	620,88	- 453,29	- 42,2	- 149,65
Finanzaufwand	7.910,84	6.596,33	- 1.314,51	- 16,6	6.703,96	5.252,82	- 1.451,14	- 21,6	- 1.343,51
Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen					- 141,29	- 312,64	- 171,35	+ 121,3	- 312,64
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					110,00	- 36,32	- 146,32	- 133,0	- 36,32
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					251,29	276,32	+ 25,03	+ 10,0	+ 276,32
Geldfluss aus der Investitionstätigkeit					+ 503,36	- 78,30	- 581,66	- 115,6	- 78,30
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit					2.179,41	262,72	- 1.916,69	- 87,9	+ 262,72
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit					1.676,05	341,03	- 1.335,03	- 79,7	+ 341,03
Nettoergebnis/ Nettofinanzierungssaldo	- 9.055,33	- 4.771,25	+ 4.284,08	- 47,3	- 3.189,06	- 1.861,13	+ 1.327,93	- 41,6	+ 2.910,12
davon Erträge/Einzahlungen	70.793,82	74.429,47	+ 3.635,66	+ 5,1	72.416,65	73.709,49	+ 1.292,84	+ 1,8	- 719,98
davon Aufwendungen/Auszahlungen	79.849,15	79.200,72	- 648,43	- 0,8	75.605,71	75.570,62	- 35,09	- 0,0	- 3.630,10
davon Erträge aus Vorperioden	66,57	18,38	- 48,19	- 72,4				-	- 18,38
davon Aufwand aus Vorperioden	518,88	90,08	- 428,80	- 82,6				-	- 90,08
um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	- 8.603,02	- 4.699,55	+ 3.903,48	- 45,4	- 3.189,06	- 1.861,13	+ 1.327,93	- 41,6	+ 2.838,42
Geldfluss aus der nicht voranschlagswirksamen Gebarung					+ 107,74	+ 50,85	- 56,88	- 52,8	+ 50,85
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit					+ 3.189,06	+ 1.861,13	- 1.327,93	- 41,6	+ 1.861,13
Veränderung der liquiden Mittel					- 811,99	+ 1.091,22	+ 1.903,21	- 234,4	+ 1.091,22

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Das Nettoergebnis 2015 der konsolidierten Ergebnisrechnung des Bundes betrug – 4,771 Mrd. EUR. Die Erträge machten 74,429 Mrd. EUR und die Aufwendungen 79,201 Mrd. EUR aus. Das Nettoergebnis verbesserte sich gegenüber 2014 um 4,284 Mrd. EUR bzw. um 47,3 %. Es setzte sich zusammen aus

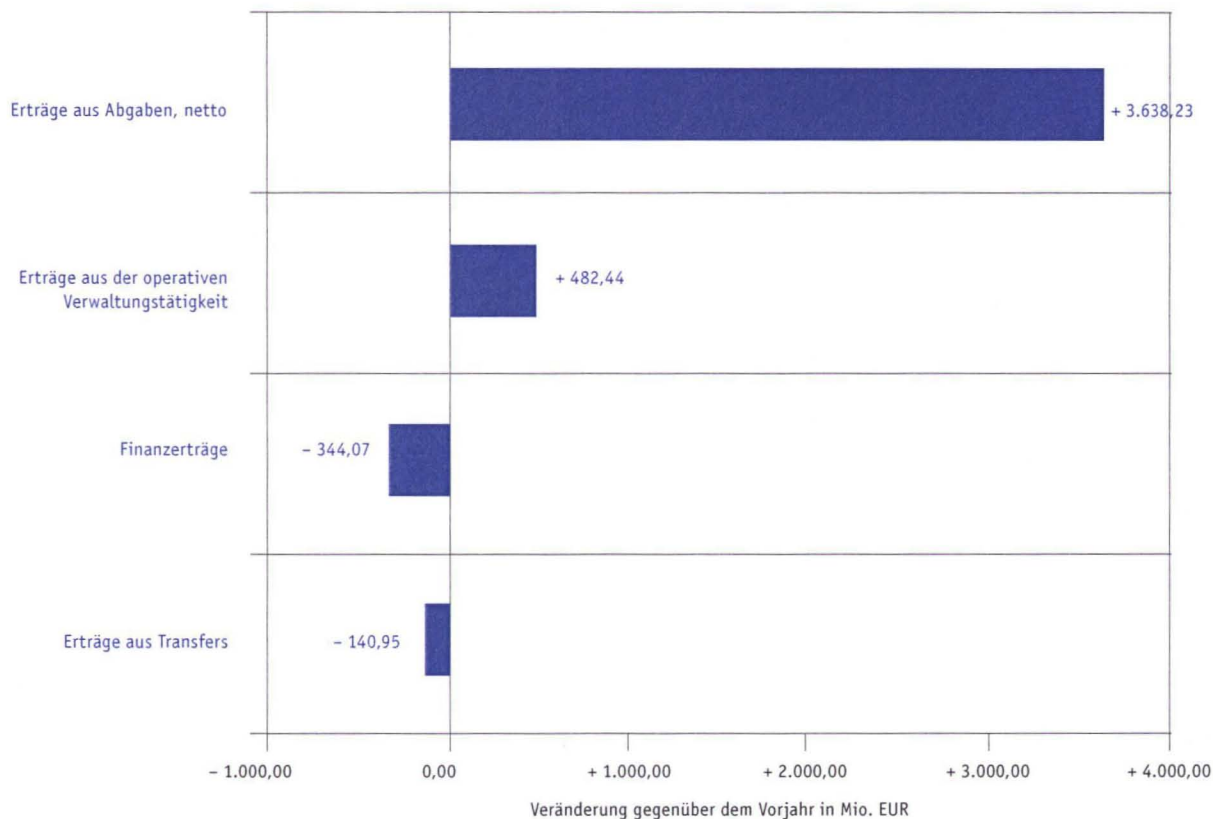
- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit von + 49,976 Mrd. EUR (+ 4,340 Mrd. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis von – 48,921 Mrd. EUR (– 1,026 Mrd. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis von – 5,826 Mrd. EUR (+ 970,45 Mio. EUR gegenüber 2014).

Der Bundeshaushalt ist vor allem ein Transferhaushalt. Im Jahr 2015 setzten sich die Aufwendungen zu 70,0 % aus Transfers, 12,7 % aus Personalaufwand, 9,0 % aus betrieblichem Sachaufwand und 8,3 % aus Finanzaufwand zusammen. Die Erträge bestanden zu 86,4 % aus Abgaben (netto), 8,8 % aus Transfers, 3,8 % aus der operativen Verwaltungstätigkeit und 1,0 % aus Finanzerträgen zusammen.²⁸

²⁸ Die Zusammensetzung der Finanzierungsrechnung im Vergleich dazu stellt sich wie folgt dar: Im Jahr 2015 setzten sich die Auszahlungen zu 69,8 % aus Transfers, 13,2 % aus Personalaufwand, 9,2 % aus betrieblichem Sachaufwand und 7,0 % aus Finanzaufwand zusammen. Die Einzahlungen bestanden zu 85,9 % aus Abgaben (netto), 9,5 % aus Transfers, 3,4 % aus der operativen Verwaltungstätigkeit und 0,8 % aus Finanzerträgen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Abbildung 1.3-1: Veränderung der Ertragspositionen im Jahr 2015



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Der Anstieg der Erträge um + 3,636 Mrd. EUR gegenüber 2014 resultierte vor allem aus

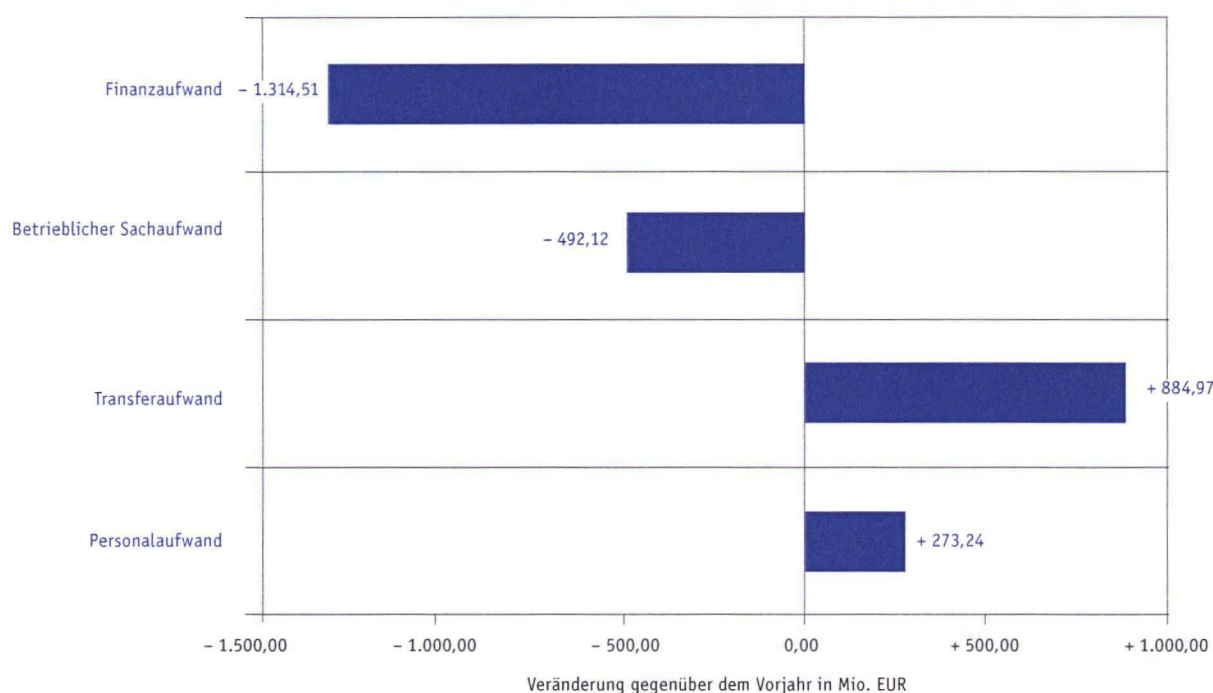
- höheren Erträgen aus Abgaben netto in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (+ 3,198 Mrd. EUR), höheren Erträgen in der UG 20 „Arbeit“ (+ 236,37 Mio. EUR) vor allem betreffend die Arbeitslosenversicherungsbeiträge und in der UG 25 „Familien und Jugend“ (+ 201,48 Mio. EUR) hauptsächlich betreffend die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF),
- höheren Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit, insbesondere in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (+ 287,87 Mio. EUR) bedingt durch eine Umstellung bei der Vorratsbewirtschaftung²⁹ und der UG 45 „Bundesvermögen“ (+ 203,89 Mio. EUR) im Bereich der Finanzhaftungen,

²⁹ Siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 36.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- niedrigeren Finanzerträgen, hauptsächlich in der UG 45 „Bundesvermögen“ (– 103,44 Mio. EUR) aus geringeren Dividendenerträgen und in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ (– 200,20 Mio. EUR) aus dem Wegfall der Dividenden aus dem Partizipationskapital sowie
- niedrigeren Erträgen aus Transfers, insbesondere in der UG 51 „Kassenverwaltung“ (– 263,08 Mio. EUR) aufgrund geringerer Erträge aus EU-Fonds.

Abbildung 1.3–2: Veränderung der Aufwandspositionen im Jahr 2015



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Der Rückgang der Aufwendungen um – 648,43 Mio. EUR gegenüber 2014 resultierte vor allem aus

- einem geringeren Finanzaufwand, hauptsächlich in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ (– 733,21 Mio. EUR) aufgrund geringerer Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen und in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ (– 532,54 Mio. EUR) aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus und Fälligkeitsverschiebungen bei den Zinszahlungsterminen,
- einem geringeren betrieblichen Sachaufwand, insbesondere in der UG 15 „Finanzverwaltung“ (– 399,82 Mio. EUR) aus dem Wegfall einer Dotierung einer Prozesskostenrückstellung, in der UG 22 „Pen-

Konsolidierte Abschlussrechnungen

sionsversicherung“ (– 366,45 Mio. EUR) aufgrund einer veränderten Buchungslogik und der unterschiedlichen Höhe der Abrechnungsreste gegenüber 2014, aber steigenden Sachaufwendungen in der UG 45 „Bundesvermögen“ (+ 208,52 Mio. EUR) im Bereich der Finanzhaftungen,

- einem steigenden Transferaufwand, vor allem in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ (+ 925,25 Mio. EUR) aus der Einbuchung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Wien für den U-Bahn-Bau und höheren Verbindlichkeiten aus Annuitätenzuschüssen zur ÖBB-Infrastruktur AG³⁰, in der UG 20 „Arbeit“ (+ 412,74 Mio. EUR) aufgrund von höheren Leistungen für das Arbeitslosengeld und die Notstandhilfe, bei rückläufigen Transferaufwendungen insbesondere in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ (– 419,60 Mio. EUR) aus geänderten Auszahlungsmodalitäten im Bereich der EU-Landwirtschaftsförderung³¹ und in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ (– 1,019 Mrd. EUR) aus dem Wegfall der Dotierung von Haftungsrückstellungen sowie
- einem steigenden Personalaufwand (+ 273,24 Mio. EUR).

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 1,861 Mrd. EUR um + 2,910 Mrd. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 4,771 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 312,64 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 78,30 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

³⁰ Siehe dazu **BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 41.**

³¹ Anstelle der in den Jahren davor üblichen Herbstauszahlung erfolgte im November/Dezember 2015 lediglich eine Vorschusszahlung; die endgültige Auszahlung erfolgte im April 2016.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Tabelle 1.3-2: Vom Nettofinanzierungssaldo zum Nettoergebnis für das Jahr 2015 (in Mio. EUR)

Ausgehend vom Nettofinanzierungssaldo	- 1.861,13
Zahlung an ÖBB gem. § 42 BBG (Zuschuss an ÖBB-Infrastruktur AG)	- 1.792,60
Zuschuss gemäß Schienenverbundvertrag (U-Bahn-Bau)	- 283,03
Periodenabgrenzung Zinsaufwand (UG 58)	- 880,52
Beitrag zur EU	- 117,48
Forderungsabschreibung Abgaben, Zoll	- 634,77
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	- 425,28
Schnitt des Partizipationskapitals der immigon portfolioabbau ag (ehemalige Volksbanken AG)	- 289,95
Wertberichtigungen zu Forderungen (insb. Abgaben und Zinsforderung an KA Finanz AG aus dem Besserungsschein)	- 143,14
Dotierung von Rückstellungen für Haftungen	- 238,64
Dotierung von Rückstellungen für Personal	- 160,86
Dotierung von Rückstellungen Sonstige	- 69,47
Verluste aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG	- 146,86
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	+ 178,88
Ertrag Periodenabgrenzung Abgaben brutto (insb. KeSt, KöSt, LSt, USt)	+ 1.109,78
Generalvergleich mit Freistaat Bayern betreffend HETA Asset Resolution AG (ehemalige Hypo Alpe-Adria Bank International AG)	+ 1.230,00
Unterhaltsvorschüsse	+ 135,04
Anschaffung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	+ 99,70
Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen	- 352,45
Beteiligungsverkauf Kommunalkredit Austria AG	- 142,02
Sonstige	+ 13,57
zum Nettoergebnis	- 4.771,25

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die wesentlichen Unterschiede zwischen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung sind auf folgende Faktoren zurückzuführen (siehe auch **TZ 3.1**):

- Die Einzahlungen sind nur finanzierungswirksam (z.B. Erlöse aus Beteiligungsverkäufen, Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen);
- die Auszahlungen sind nur finanzierungswirksam (z.B. Anschaffung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Leistung von Vorschüssen);
- die Erträge sind nur ergebniswirksam (z.B. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen);
- die Aufwendungen sind nur ergebniswirksam (z.B. Forderungsabschreibungen aus Abgaben und Zöllen, Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten, Personal und Haftungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, Schnitt des Partizipationskapitals der immigon portfolioabbau ag, Wertberichti-



Konsolidierte Abschlussrechnungen

gung von Forderungen, insbesondere betreffend Abgaben und eine am 30. Juni 2015 fällige Zinsforderung an die KA Finanz AG aus dem Besserungsschein und Verluste aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG);

- die finanzierungswirksamen Aufwendungen übersteigen die korrespondierenden Auszahlungen bzw. liegen darunter (z.B. Bundeszuschuss für ÖBB-Infrastruktur AG, Periodenabgrenzung des Zinsaufwands für Finanzschulden, Bundeszuschuss für U-Bahn-Bau, EU-Beitrag, Ausgleichszahlung für Generalvergleich mit Bayern);
- die finanzierungswirksamen Erträge übersteigen die korrespondierenden Einzahlungen (z.B. Periodenabgrenzung bei Abgaben).

1.3.1 Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

+ 49,976 Mrd. EUR	+ 4,340 Mrd. EUR (+ 9,5 %) gegenüber 2014
-------------------	---

Die Erträge aus Abgaben netto betrugen 64,328 Mrd. EUR und die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2,814 Mrd. EUR. Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal von 10,024 Mrd. EUR und betrieblichen Sachaufwand von 7,143 Mrd. EUR gegenüber. Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um + 4,340 Mrd. EUR bzw. um + 9,5 % gegenüber 2014.

Erträge aus Abgaben netto

64,328 Mrd. EUR	+ 3.638 Mrd. EUR (+ 6,0 %) gegenüber 2014
-----------------	---

Tabelle 1.3-3: Erträge aus Abgaben netto

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mrd. EUR			in %	in Mrd. EUR			in %	in Mio. EUR
Erträge aus Abgaben netto	60.690,23	64.328,46	+ 3.638,23	+ 6,0	59.986,43	63.304,73	+ 3.318,30	+ 5,5	– 1.023,73
Abgaben - brutto	79.307,80	83.536,88	+ 4.229,07	+ 5,3	78.502,78	82.427,09	+ 3.924,31	+ 5,0	– 1.109,78
Abgabenähnliche Erträge	12.523,81	12.963,67	+ 439,86	+ 3,5	12.513,22	12.932,77	+ 419,55	+ 3,4	– 30,90
Ab-Überweisungen	– 31.141,38	– 32.172,08	– 1.030,71	+ 3,3	– 31.029,57	– 32.055,13	– 1.025,56	+ 3,3	+ 116,96

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Der Bundeshaushalt finanzierte sich im Wesentlichen aus den Erträgen aus öffentlichen Abgaben. Darunter fielen die Bruttoabgaben abzüglich der Ab-Überweisungen (UG 16 „Öffentlichen Abgaben“) sowie die abgabenähnlichen Erträge. Letztere stammten aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung (UG 20 „Arbeit“) und den Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds (UG 25 „Familien und Jugend“).

Die aufkommenstärksten Steuern im Jahr 2015 waren die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, welche je rd. ein Drittel des Abgabenaufkommens ausmachten sowie die Körperschaftsteuer, welche rd. ein Fünftel des Abgabenaufkommens ausmachte. Ein Aufkommen von über 1 Mrd. EUR wiesen auch die Mineralölsteuer, Veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragssteuern, Motorbezogene Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Grunderwerbsteuer und die Versicherungssteuer auf.

Der Anstieg des Bruttoabgabenaufkommens resultierte im Jahr 2015 vor allem aus einem Zuwachs bei der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer sowie bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (verursacht durch diskretionäre Maßnahmen – Ankündigung der Steuersatzerhöhung). Die Zunahme der Ab-Überweisungen resultierte vor allem aus gestiegenen Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden sowie Mehraufwendungen für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit

2,814 Mrd. EUR

+ 482,44 Mio. EUR (+ 20,7 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.3-4: Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.331,47	2.813,91	+ 482,44	+ 20,7	2.367,91	2.527,50	+ 159,59	+ 6,7	- 286,41
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	295,63	408,24	+ 112,61	+ 38,1	574,61	401,57	- 173,04	- 30,1	- 6,67
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	1.547,19	1.579,90	+ 32,71	+ 2,1	1.548,33	1.629,25	+ 80,91	+ 5,2	+ 49,35
Sonstige Erträge	488,65	825,77	+ 337,12	+ 69,0	244,96	496,67	+ 251,71	+ 102,8	- 329,10
Vergütungen innerhalb des Bundes				-		0,01	+ 0,01	-	+ 0,01

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit ergaben sich aus:

- Kostenbeiträgen und Gebühren in der UG 13 „Justiz“ für Gerichtsgebühren insbesondere im Bereich der Außerstreit- und Justizverwaltungssachen oder dem Elektronischen Gebühreneinzug gemäß Abbuchungs- und Einziehungs-Verordnung (AEV), für Haftungsentgelte in der UG 45 „Bundesvermögen“ und UG 46 „Finanzmarktstabilität“ sowie für Patentgebühren und Gebühren im Bereich Fernmeldebehörden/Funküberwachungen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“,
- Sonstigen Erträgen in der UG 45 „Bundesvermögen“ aus der Auflösung von Rückstellungen, der Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem AusFFG und aus der Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusFFG an die Bundeskasse, in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ aus der Auflösung von Haftungsrückstellungen, in der UG 11 „Inneres“ aus Geldstrafen sowie in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ aus Erträgen und Geldstrafen gemäß Straßenverkehrsordnung und Güterbeförderungsgesetz,
- Erträgen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, vorwiegend aus Erträgen aus Flächen-, Feld-, Förder- und Speicherzinsen sowie aus Freischürf- und Massengebühren in der UG 40 „Wirtschaft“ und aus dem Emissionshandel (Erlöse aus den Versteigerungen von Emissionszertifikaten) in der UG 43 „Umwelt“.

Die Zunahme der Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Jahr 2014 resultierte großteils aus steigenden Sonstigen Erträgen. In der UG 45 „Bundesvermögen“ war die Zunahme durch eine im Vergleich zum Jahr 2014 höhere Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusFFG und durch eine höhere Auflösung von Wertberichtigungen zu AusFFG-Forderungen bedingt, in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ durch Auflösungen von Haftungsrückstellungen im Bereich des FinStaG und des ULSG und in der UG 44 „Finanzausgleich“ durch die „Abschöpfung“ der nicht in Anspruch genommenen Mittel des Katastrophenfonds. Die Zunahme der Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit war in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ auf die Umstellung des Verrechnungsprozesses im Zusammenhang mit der Vorratsbewirtschaftung zurückzuführen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Personalaufwand

10,024 Mrd. EUR

+ 273,24 Mio. EUR (+ 2,8 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.3-5: Personalaufwand

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mrd. EUR			in %	in Mrd. EUR			in %	in Mio. EUR
Personalaufwand	9.750,46	10.023,69	+ 273,24	+ 2,8	9.697,12	9.948,74	+ 251,63	+ 2,6	– 74,95
Bezüge	6.828,29	6.999,42	+ 171,13	+ 2,5	6.862,03	7.036,98	+ 174,95	+ 2,5	+ 37,56
Mehrdienstleistungen	683,71	710,50	+ 26,79	+ 3,9	686,47	702,62	+ 16,15	+ 2,4	– 7,88
Sonstige Nebengebühren	397,05	413,84	+ 16,79	+ 4,2	396,95	418,30	+ 21,35	+ 5,4	+ 4,47
Gesetzlicher Sozialaufwand	1.575,24	1.620,80	+ 45,56	+ 2,9	1.576,84	1.621,26	+ 44,42	+ 2,8	+ 0,46
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	189,17	203,37	+ 14,20	+ 7,5	97,46	92,95	– 4,51	– 4,6	– 110,42
Freiwilliger Sozialaufwand	19,36	19,44	+ 0,08	+ 0,4	18,71	19,44	+ 0,73	+ 3,9	+ 0,00
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	57,64	56,33	– 1,31	– 2,3	58,65	57,19	– 1,46	– 2,5	+ 0,86

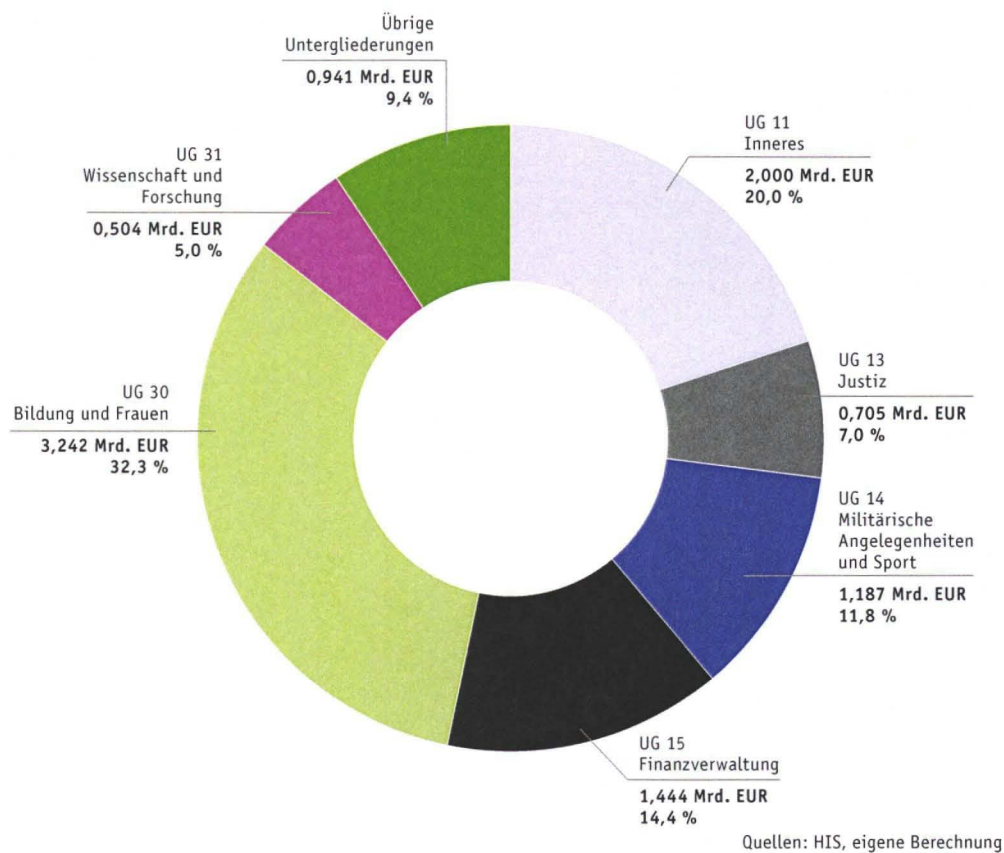
Quellen: HIS, eigene Berechnung

Der Personalaufwand in Höhe von 10,024 Mrd. EUR setzte sich vor allem aus Bezügen (69,8 %), aus gesetzlichem Sozialaufwand (16,2 %), aus Mehrdienstleistungen (z.B. Überstunden; 7,1 %) aus sonstigen Nebengebühren (z.B. Zulagen; 4,1 %), aus der Leistung von Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen sowie der Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen, nicht konsumierten Urlauben und für das Zeitkonto der Lehrer (2,0 %) zusammen. Im Personalaufwand enthalten waren nur die Aufwendungen für aktiv Beschäftigte im Bundesdienst (inkl. Dotierung von Personalarückstellungen: 186,02 Mio. EUR, inkl. Zeitkonto Lehrer), nicht aber der Aufwand für Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund (247,89 Mio. EUR) oder Werkverträge.

Vom Personalaufwand entstanden 32,3 % im BMBF (UG 30 „Bildung und Frauen“), 20,0 % im BMI (UG 11 „Inneres“), 14,4 % im BMF (UG 15 „Finanzverwaltung“), 11,8 % im BMLVS (UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“) und 7,0 % im BMJ (UG 13 „Justiz“).

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Abbildung 1.3-3: Verteilung des Personalaufwands 2015 nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)



Der Personalaufwand stieg um + 273,24 Mio. EUR (+ 2,8 %) gegenüber 2014 an. Verantwortlich dafür waren neben einem Anstieg des durchschnittlichen Personalstands von 0,5 % die Gehaltserhöhung 2015 und der sogenannte Struktureffekt, der auf den im Gehaltsschema enthaltenen „Vorrückungen“ sowie der Altersstruktur der Bediensteten beruhte.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Betrieblicher Sachaufwand

7,143 Mrd. EUR

– 492,12 Mio. EUR (– 6,4 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.3-6: Betrieblicher Sachaufwand

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mrd. EUR			in %	in Mrd. EUR			in %	in Mio. EUR
Betrieblicher Sachaufwand	7.635,01	7.142,89	- 492,12	- 6,4	5.411,64	6.985,14	+ 1.573,50	+ 29,1	- 157,75
Auszahlungen aus Vorräten				-	0,28	0,42	+ 0,14	+ 51,7	+ 0,42
Materialaufwand	10,08	9,81	- 0,27	- 2,7	10,08	10,04	- 0,04	- 0,4	+ 0,24
Mieten	931,99	966,23	+ 34,23	+ 3,7	857,52	976,89	+ 119,37	+ 13,9	+ 10,67
Instandhaltung	250,11	246,19	- 3,91	- 1,6	251,53	239,92	- 11,61	- 4,6	- 6,27
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	111,86	112,27	+ 0,41	+ 0,4	112,13	110,90	- 1,22	- 1,1	- 1,37
Reisen	108,76	105,63	- 3,13	- 2,9	109,27	105,56	- 3,71	- 3,4	- 0,07
Aufwand für Werkleistungen	2.482,74	2.629,71	+ 146,98	+ 5,9	2.449,28	2.666,22	+ 216,94	+ 8,9	+ 36,51
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	239,34	247,89	+ 8,56	+ 3,6	247,96	247,53	- 0,43	- 0,2	- 0,37
Transporte durch Dritte	422,72	482,71	+ 59,99	+ 14,2	450,58	485,42	+ 34,84	+ 7,7	+ 2,71
Heeresanlagen	81,61	74,08	- 7,53	- 9,2	61,28	90,20	+ 28,93	+ 47,2	+ 16,13
Entschädigung an Präsenz- und Zivildienstleistende	80,10	73,42	- 6,68	- 8,3	80,41	73,68	- 6,73	- 8,4	+ 0,26
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	424,29	425,28	+ 0,99	+ 0,2				-	- 425,28
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	38,31	85,52	+ 47,21	+ 123,2	38,60	41,23	+ 2,62	+ 6,8	- 44,30
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	668,13	830,85	+ 162,71	+ 24,4				-	- 830,85
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	1.785,09	853,29	- 931,80	- 52,2	742,71	1.937,11	+ 1.194,40	+ 160,8	+ 1.083,82
Vergütungen innerhalb des Bundes	- 0,11	0,02	+ 0,13	- 117,7	0,01	0,01	+ 0,00	+ 44,8	- 0,01

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Der betriebliche Sachaufwand in Höhe von 7,143 Mrd. EUR setzte sich zu 36,8 % aus Werkleistungen, 13,5 % aus Mieten, 11,9 % aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand (z.B. für Energie, Schulbuchabrechnung, Aufwand für Oberste Organe, Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Staatssekretäre, Volksanwälte und andere Funktionsträger sowie Lehrbeauftragte), 11,6 % aus den Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen, 6,8 % aus Transporten durch Dritte und 6,0 % aus Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- Die größten Positionen unter den Werkleistungen entstanden in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ für Verkehrsdiensteverträge betreffend den Schienenpersonenverkehr zwischen der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH und der ÖBB-Personenverkehr AG sowie den Verkehrsdiensteverträgen mit den Privatbahnen. Für aktive Arbeitsmarktpolitik fielen Werkleistungen in der UG 20 „Arbeit“ an, in der UG 15 „Finanzverwaltung“ für den Betrieb und Projekte der BRZ GmbH. In der UG 13 „Justiz“ entstanden Entgelte für Werkleistungen für Sachverständige, Vollzugskostenbeiträge und den Maßnahmenvollzug, in der UG 11 „Inneres“ insbesondere für den Digitalfunk und ADV-Leistungen.
- Der Mietaufwand war in Bundesministerien mit einer hohen Anzahl an Bediensteten eine bedeutende Größe, d.s. UG 30 „Bildung und Frauen“, UG 11 „Inneres“, UG 13 „Justiz“, UG 15 „Finanzverwaltung“ und UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“.
- Der Sonstige betriebliche Sachaufwand umfasste den Energieaufwand (insbesondere in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ und UG 30 „Bildung und Frauen“), die Schulbuchabrechnung im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds (UG 25 „Familien und Jugend“), den Aufwand für Zivildienst in der UG 11 „Inneres“, den Aufwand für Oberste Organe, Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Staatssekretäre, Volksanwälte und andere Funktionsträger in diversen Untergliederungen sowie für Lehrbeauftragte in der UG 30 „Bildung und Frauen“ und die Ausbuchung der Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusFG in der UG 45 „Bundesvermögen“. Die Dotierung von (Sonstigen) Rückstellungen war ebenfalls im Sonstigen betrieblichen Sachaufwand verrechnet.
- Wertberichtigungen und Forderungsabschreibungen wurden vor allem in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ im Bereich der Abgaben- und Zollforderungen vorgenommen. In der UG 45 „Bundesvermögen“ erfolgten Forderungsabschreibungen aus Haftungen gemäß AusFG und in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ Wertberichtigungen zu Forderungen insbesondere für die Zinsforderung an die KA Finanz AG aus dem Besserungsschein für das Jahr 2014, nachdem die am 30. Juni 2015 fälligen Zinsen vereinbarungsgemäß nicht bezahlt werden mussten. Weitere Wertberichtigungen in der UG 46 betrafen Regressforderungen des Bundes aufgrund einer Inanspruchnahme der Bürgschaft des Bundes durch die HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010 und aufgrund der fehlenden Werthaltigkeit von Forderungen im Bereich des ULSG.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- Aufwendungen für Transporte durch Dritte entstanden größtenteils in der UG 25 „Familien und Jugend“ für Fahrpreisersätze im Familienlastenausgleichsfonds.
- Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte wurden zu mehr als der Hälfte in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ getätigt. Auch in der UG 40 „Wirtschaft“ und der UG 30 „Bildung und Frauen“ entstanden bedeutende Aufwendungen aus Abschreibungen.

Gegenüber 2014 ging der betriebliche Sachaufwand um – 492,12 Mio. EUR (– 6,4 %) zurück. Dem um – 931,80 Mio. EUR geringeren Sonstigen betrieblichen Sachaufwand standen vor allem höhere Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (+ 162,71 Mio. EUR) sowie höhere Aufwendungen für Werkleistungen (+ 146,98 Mio. EUR) gegenüber.

- Der Sonstige betriebliche Sachaufwand war im Jahr 2015 hauptsächlich deshalb geringer als im Jahr 2014, weil hohe Dotierungen einer Prozesskostenrückstellung in der UG 15 „Finanzverwaltung“ und einer Rückstellung für die Nuclear Engineering Seibersdorf (NES GmbH) in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ wegfielen. Geringere Aufwendungen ergaben sich weiters, weil im Jahr 2014 eine Aufwandsbuchung zur Korrektur fehlerhafter Schnittstellenbuchungen zwischen AMS und dem Haushaltsverrechnungssystem des Bundes³² erforderlich war, die 2015 ebenso wegfielen (UG 20 „Arbeit“). In der UG 22 „Pensionsversicherung“ entstanden geringere Aufwendungen aufgrund einer veränderten Buchungslogik und der unterschiedlichen Höhe der Abrechnungsreste gegenüber 2014.³³ Hingegen stieg der Sachaufwand aufgrund der Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG, wodurch ein „Aufwand aus Vorperioden“ entstanden war.
- Die Wertberichtigungen in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ waren, in Abhängigkeit von Neuverschreibungen und bestehenden Forderungen, der Solvenz der Schuldner in Folge ihrer Ertragslage, Aufgriffen bei der Betrugsbekämpfung, dem Schlagendwerden einzelner Großfälle oder strittigen Abgabenbestimmungen, höher als im Jahr 2014.

32 Siehe dazu im Detail BRA 2014, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2014 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 54.

33 Siehe dazu im Detail BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 38 bzw. BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 22.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- Die höheren Aufwendungen für Werkleistungen resultierten in der UG 11 „Inneres“ aus der Umsetzung der Sicherheitsoffensive und den Maßnahmen zur Bewältigung der höheren Asylantragszahlen. In der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ lagen die Aufwendungen für die Verkehrsdiensteverträge mit der ÖBB-Personenverkehr AG aufgrund von Bonuszahlungen im Bereich Qualitätsmanagement, Wertsicherung und Zusatzbestellungen über dem Jahr 2014.

1.3.2 Transferergebnis

– 48,921 Mrd. EUR

– 1,026 Mrd. EUR (+ 2,1 %) gegenüber 2014

Die Erträge aus Transfers betrugen 6,517 Mrd. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand von 55,438 Mrd. EUR gegenüber. Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 1,026 Mrd. EUR bzw. um 2,1 % gegenüber 2014.

Erträge aus Transfers

6,517 Mrd. EUR

– 140,95 Mio. EUR (– 2,1 %) gegenüber 2014

Die Erträge aus Transfers in Höhe von 6,517 Mrd. EUR verteilten sich wie folgt auf die Untergliederungen:

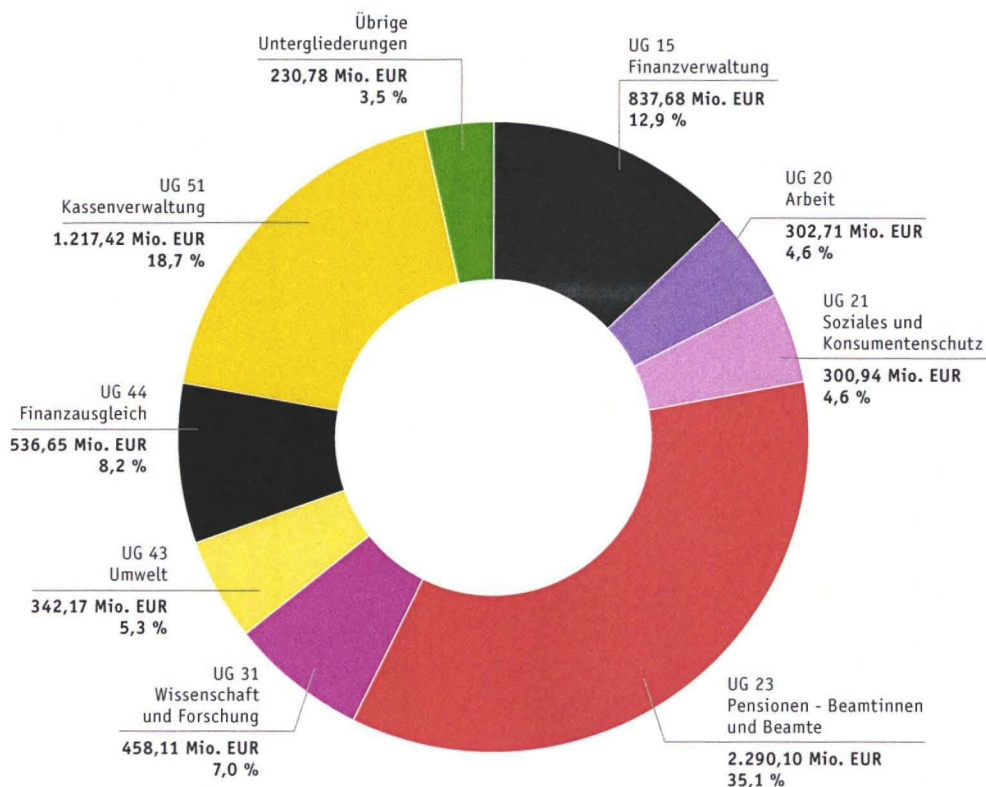
- 35,1 % entstanden in der UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamte“ und beinhalteten Pensionsbeiträge, Pensionsvorschussersätze und Überweisungen von den Pensionsträgern für die pensionierten Beamten der Hoheitsverwaltung des Bundes, der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der Österreichischen Postbus AG.
- 18,7 % betrafen die UG 51 „Kassenverwaltung“ und beinhalteten vor allem die Transfers aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER).
- 12,9 % resultierten aus der UG 15 „Finanzverwaltung“ und beinhalteten insbesondere erhaltene Ersätze und Beiträge für Bundespersonal, das für Dritte leistet.
- 8,2 % entstanden in der UG 44 „Finanzausgleich“ und beinhalteten hauptsächlich Erträge aus Abgabenanteilen im Zusammenhang

Konsolidierte Abschlussrechnungen

mit der Dotierung des Katastrophenfonds und der Dotierung für die Krankenanstaltenfinanzierung.

- 7,0 % betrafen in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ insbesondere die Ersätze der Universitäten für die Beamtinnen und Beamten, die über die Ämter der Universitäten abgerechnet wurden.
- 5,3 % resultierten aus der UG 43 „Umwelt“ und beinhalteten insbesondere die Steueranteile für die Siedlungswasserwirtschaft.
- 4,6 % in der UG 20 „Arbeit“ entstanden im Wesentlichen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage zur Finanzierung der Arbeitsmarktförderung und des Insolvenz-Entgelt-Fonds (IESG) zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung.
- 4,6 % in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ betrafen den Umsatzsteueranteil für den Pflegefonds infolge der Abdeckung des Mehraufwands in der Langzeitpflege.
- 3,5 % betrafen die übrigen Untergliederungen.

Abbildung 1.3–4: Verteilung der Erträge aus Transfers 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Der Rückgang der Erträge aus Transfers um – 140,95 Mio. EUR gegenüber 2014 resultierte hauptsächlich aus der UG 51 „Kassenverwaltung“ (– 263,08 Mio. EUR), da sich die Erträge aus dem Europäischen Solidaritätsfonds (keine Schadensmeldungen), aus dem Europäischen Sozialfonds (Ausfinanzierung der Programme der Jahre 2007 bis 2013 im Jahr 2014) und aus dem Europäischen Regionalfonds (letzte Zahlungsanträge der Programme der Jahre 2007 bis 2013) verringerten. Dagegen wurde in der UG 43 „Umwelt“ ein Zuwachs (+ 90,18 Mio. EUR) verzeichnet, weil im Jahr 2014 im Bereich der Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft teilweise statt der Überweisung von Steueranteilen durch das BMF Rücklagen verwendet wurden.

Transferaufwand

55,438 Mrd. EUR

+ 884,97 Mio. EUR (+ 1,6 %) gegenüber 2014

Der Transferaufwand in Höhe von 55,438 Mrd. EUR verteilte sich wie folgt auf die Untergliederungen:

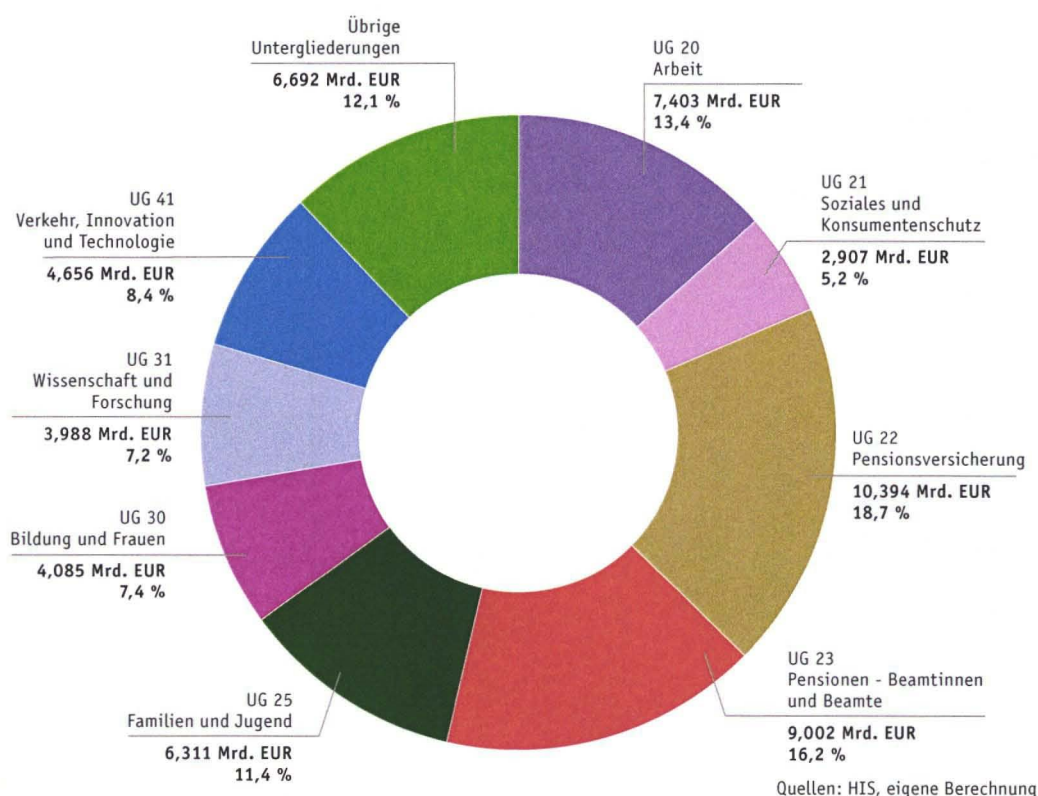
- 18,7 % entstanden für Pensionen in der UG 22 „Pensionsversicherung“ und beinhalteten vor allem Bundesbeiträge und Ausgleichszulagen an Pensions- und Sozialversicherungsanstalten.
- 16,2 % entstanden für Pensionen in der UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamte“. Die Transferaufwendungen setzten sich vor allem aus Pensionsaufwendungen für öffentlich Bedienstete, Bedienstete der ÖBB, der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der Österreichischen Postbus AG sowie aus Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer³⁴ zusammen. Zum Teil wurden sie von den ausgegliederten Unternehmen refundiert.
- 13,4 % wurden in der UG 20 „Arbeit“ aufgewendet, insbesondere für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) und Arbeitsmarktförderungen.
- 11,4 % fielen für die UG 25 „Familien und Jugend“ an und beinhalteten Leistungen des Familienlastenausgleichs fonds bzw. familienpolitische Leistungen (insbesondere Familienbeihilfen und Kinderbetreuungsgeld) sowie für Sozialversicherungsträger (z.B. Teilersätze für das Wochengeld oder Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten).

³⁴ siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 40.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- 8,4 % betrafen die UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“, welche großteils für den Bundeszuschuss an die ÖBB-Infrastruktur AG gemäß § 42 Bundesbahngesetz anfielen.³⁵
- 7,4 % entstanden in der UG 30 „Bildung und Frauen“, vor allem für Transfers an die Länder gemäß Finanzausgleichsgesetz und für Landeslehrer.³⁶
- 7,2 % wurden in der UG 31 Wissenschaft und Forschung als Transfers für Globalbudgets der Universitäten und Fachhochschulen geleistet.
- 5,2 % entstanden in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ für das Pflegegeld und den Pflegefonds.
- 12,1 % betrafen die übrigen Untergliederungen.

Abbildung 1.3–5: Verteilung des Transferaufwands 2015 nach Untergliederungen (in Mrd. EUR)



³⁵ siehe BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 41.

³⁶ siehe BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 3, 39 und 41.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Die Veränderung des Transferaufwands um + 884,97 Mio. EUR gegenüber dem Jahr 2014 ergab sich

- in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ (+ 925,25 Mio. EUR) aufgrund höherer Zuschüsse an Wien und Burgenland gemäß § 10 Abs. 3 und 4 Bundesstraßengesetz sowie aufgrund des gestiegenen Aufwands an die Gemeinden für das Absiedlungsprojekt Eferdinger Becken und wegen der Art. 15a-Vorhaben zum Hochwasserschutz; überdies aufgrund der bis 31. Dezember 2015 entstandenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Wien für den U-Bahn-Bau sowie aufgrund der höheren Verbindlichkeiten aus Annuitätenzuschüssen zur ÖBB-Infrastruktur AG.
- in der UG 20 „Arbeit“ (+ 412,74 Mio. EUR) vor allem aufgrund von höheren Leistungen für das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sowie aufgrund der Steigerung des Altersteilzeitgeldes und Maßnahmen für Ältere;
- in der UG 25 „Familien und Jugend“ (+ 160,75 Mio. EUR) aufgrund von höheren Aufwendungen im Bereich der Familienbeihilfen und des Kinderbetreuungsgeldes;
- in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ (+ 128,74 Mio. EUR) aufgrund des höheren Mittelabrufs durch den FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) für Förderungs- und Stipendienprogramme und der Leistungsvereinbarung 2015 – 2017, wodurch höhere Beträge an die Österreichische Akademie der Wissenschaften überwiesen wurden;
- in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ (– 1,019 Mrd. EUR), da im Jahr 2015 keine Aufwendungen aus der Dotierung von Haftungsrückstellungen gebildet wurden, jedoch im Jahr 2014 entsprechende Dotierungen gemäß FinStaG und ULSG erfolgten.

1.3.3 Finanzergebnis

– 5,826 Mrd. EUR

+ 970,45 Mio. EUR (14,3 %) gegenüber 2014

Die Finanzerträge betrugen 770,53 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Finanzaufwand von 6,596 Mrd. EUR gegenüber. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 970,45 Mio. EUR bzw. um 14,3 % gegenüber 2014, wobei sowohl die Finanzerträge als auch die Finanzaufwendungen rückläufig waren.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Finanzerträge

770,53 Mio. EUR

– 344,07 Mio. EUR (– 30,9 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.3-7: Finanzerträge

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
Finanzerträge	1.114,60	770,53	– 344,07	– 30,9	1.074,17	620,88	– 453,29	– 42,2	– 149,65
Erträge aus Zinsen	71,06	72,30	+ 1,24	+ 1,7	70,92	19,85	– 51,06	– 72,0	– 52,45
Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	1.003,20	597,63	– 405,57	– 40,4	1.003,20	597,63	– 405,57	– 40,4	0,00
Abgang von Finanzanlagevermögen		50,00	+ 50,00	–				–	– 50,00
Bewertung von Beteiligungen	40,29	47,21	+ 6,92	+ 17,2				–	– 47,21
Sonstige Finanzerträge	0,05	3,39	+ 3,34	+ 6.462,8	0,05	3,39	+ 3,34	+ 6.462,8	0,00

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Finanzerträge in Höhe von 770,53 Mio. EUR waren zu 77,6 % auf Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen zurückzuführen. Die übrigen Positionen waren von geringerer Bedeutung.

- Die Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen resultierten in der UG 45 „Bundesvermögen“ aus der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (125,00 Mio. EUR), der Verbund AG (51,38 Mio. EUR), der Oesterreichischen Nationalbank (Gewinnabfuhr: 224,20 Mio. EUR, Dividende 1,2 Mio. EUR) und der Monopolverwaltungsgesellschaft mbH (1,45 Mio. EUR), in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ aus der ASFINAG (95,00 Mio. EUR), in der UG 40 „Wirtschaft“ aus der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (69,46 Mio. EUR) und in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ aus der Österreichischen Bundesforste AG (20,00 Mio. EUR).
- Die Erträge aus Zinsen resultierten in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ aus den Zinsforderungen aus dem Besserungsschein für die KA Finanz AG, die am 30. Juni 2015 fällig waren und in der UG 45 „Bundesvermögen“ aus den Darlehen für Griechenland.³⁷

³⁷ Siehe dazu BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 45.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- Der Abgang von Finanzanlagevermögen entstand in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ aus dem Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG.³⁸
- Die Erträge aus der Bewertung von Beteiligungen ergaben sich in der UG 45 „Bundesvermögen“ aus der Kursbewertung von Internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere betreffend die Internationale Bank für Wiederaufbau und die Internationale Finanz-Corporation.

Der Rückgang der Finanzerträge um – 344,07 Mio. EUR gegenüber 2014 resultierte hauptsächlich aus geringeren Dividenden (UG 45 „Bundesvermögen“: Verbund AG – 125,80 Mio. EUR und Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH – 29,00 Mio. EUR; UG 40 „Wirtschaft“: ASFINAG – 50,00 Mio. EUR), einer höheren Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank (+ 48,78 Mio. EUR) bzw. dem Wegfall der Dividenden aus dem Partizipationskapital (– 252,37 Mio. EUR in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“). Der Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG führte zu höheren Erträgen aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen.

³⁸ Siehe dazu BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 46.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Finanzaufwand

6,596 Mrd. EUR

– 1,315 Mrd. EUR (– 16,6 %) gegenüber 2014

Tabelle 1.3-8: Finanzaufwand

	Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
Bundessicht	2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Ab- weichung 2015 ER : FR
Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
Finanzaufwand	7.910,84	6.596,33	- 1.314,51	- 16,6	6.703,96	5.252,82	- 1.451,14	- 21,6	- 1.343,51
Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden	7.092,49	6.675,23	- 417,26	- 5,9	7.309,00	6.736,52	- 572,48	- 7,8	+ 61,29
Aufwendungen aus Zinsen aus Geldverbindlichkeiten zur Kassenstärkung	0,01	- 1,94	- 1,95	- 21.398,5	0,01	- 1,94	- 1,95	- 21.398,1	+ 0,00
Abschreibungen aus Finanzanlagen		289,95	+ 289,95	-					- 289,95
Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen	0,76	146,86	+ 146,10	+ 19.149,4					- 146,86
Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen	1.247,58	26,42	- 1.221,16	- 97,9					- 26,42
Sonstige Finanzaufwendungen	- 430,00	- 540,19	- 110,19	+ 25,6	- 605,06	- 1.481,76	- 876,71	+ 144,9	- 941,57

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Der Finanzaufwand in Höhe von 6,596 Mrd. EUR entstand hauptsächlich aus dem Zinsaufwand für Finanzschulden, der netto, d.h. unter Berücksichtigung Sonstiger Finanzaufwendungen, 93,0 % des gesamten Finanzaufwands ausmachte.

- Die Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden und Sonstige Finanzaufwendungen entstanden in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“. Die Finanzaufwendungen beinhalteten Erträge und Aufwendungen aus Agien bzw. Disagien sowie Provisionen und Entgelte aufgrund des bestehenden Finanzschuldenportfolios des Bundes.
- Die Abschreibungen aus Finanzanlagen resultierten in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ aus dem Schnitt des Partizipationskapitals bei der Immigion portfolioabbau ag (Abbaugesellschaft für die Österreichische Volksbanken AG).³⁹

³⁹ Siehe dazu BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 46.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- Die Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen entstanden ebenfalls in der UG 46 aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG, nachdem der Erlös (142,02 Mio. EUR) unter dem ursprünglichem Anschaffungswert lag.⁴⁰
- Die Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen (Abschreibungen bzw. Abwertungen) fielen insbesondere in der UG 45 „Bundesvermögen“ (CEE Special Situation Fund, DOLMA Fund⁴¹, Gemeinsamer Rohstofffonds, Internationale Bank für Wiederaufbau, Internationale Finanz-Corporation, Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur und Rift Valley Fund⁴²) an. In den übrigen Untergliederungen waren vor allem die ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (vormals ABBAG-Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes) (UG 46 „Finanzmarktstabilität“) und das Bundesinstitut für Bildungsforschung (UG 30 „Bildung und Frauen“) betroffen.

Die Veränderung des Finanzaufwands um – 1,315 Mrd. EUR gegenüber dem Jahr 2014 resultierte aus

- geringeren Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen. Im Jahr 2014 wurden die HETA Asset Resolution AG und die Österreichische Volksbanken AG um insgesamt 1,174 Mrd. EUR abgewertet (UG 46 „Finanzmarktstabilität“);
- geringeren Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden und Sonstigen Finanzaufwendungen aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus und aufgrund von Fälligkeitsverschiebungen bei den Zinszahlungsterminen durch die Aufnahme und Tilgung von Bundesanleihen und deren Periodenabgrenzungen (UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“);
- höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit Abschreibungen aus Finanzanlagen (Partizipationskapital) und den Verlusten aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“.

⁴⁰ Siehe dazu **BRA 2015, Textteil Band 2: Untergliederungen, UG 46.**

⁴¹ Durch die Beteiligung am DOLMA Fund soll die Private Equity Industrie in Nepal gefördert werden.

⁴² Der Rift Valley Fund ist ein überregionaler Investment Fonds, der zur Entwicklung und Förderung von KMUs in sieben Ländern Ostafrikas (Uganda, Äthiopien, Kenia, Tansania, Südsudan, Ruanda und Burundi) beitragen soll.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

1.3.4 Geldfluss aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen

– 312,64 Mio. EUR

– 171,35 Mio. EUR (+ 121,3 %) gegenüber 2014

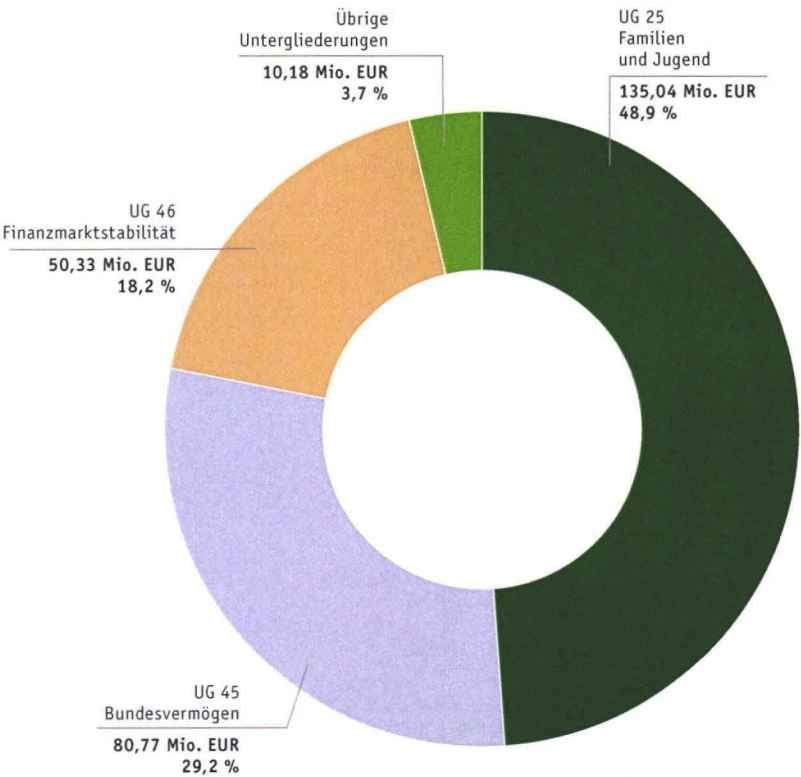
Die Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen betrugen – 36,32 Mio. EUR (– 146,32 Mio. EUR bzw. – 133,0 % gegenüber 2014). Den Einzahlungen standen Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen von 276,32 Mio. EUR (+ 25,03 Mio. EUR bzw. + 10,0 % im Vergleich zu 2014) gegenüber. Der Saldo (Geldfluss) aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen 2015 verschlechterte sich um 171,35 Mio. EUR bzw. um 121,3 % gegenüber 2014.

Die Ein- und Auszahlungen aus Darlehen sowie gewährten Vorschüssen waren im Jahr 2015 von Relevanz

- bei den aus dem Familienlastenausgleichsfonds geleisteten Unterhaltsvorschüssen (UG 25 „Familien und Jugend“) mit Einzahlungen von 80,09 Mio. EUR und Auszahlungen von 135,04 Mio. EUR) und
- bei den Finanzhaftungen für Schadenszahlungen bzw. bei den Rückflüssen aus Schadensfällen aus Garantien und Wechselbürgschaften im Rahmen des AusFG-Verfahrens (UG 45 „Bundesvermögen“) mit Einzahlungen von – 126,84 Mio. EUR und Auszahlungen von 80,77 Mio. EUR. Die Einzahlungen waren negativ, weil die Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusFG an die Bundeskasse in Höhe von – 189,79 Mio. EUR als negative Einzahlung verbucht wurde und die übrigen Einzahlungen überstieg.
- in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“: Es entstanden Auszahlungen (50,33 Mio. EUR) für Haftungsinanspruchnahmen gemäß FinStaG (eine Bürgschaft des Bundes zugunsten der HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010 und eine Zahlung der im Jahr 2015 fälligen Zinsen für die bundesbehaftete Nachranganleihe der HETA Asset Resolution AG) und gemäß dem ULSG.
- in allen personalführenden Untergliederungen in Zusammenhang mit Bezugsvorschüssen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Abbildung 1.3–6: Verteilung der Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)



Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Verschlechterung des Saldos (Geldflusses) aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen um – 171,35 Mio. EUR resultierte im Wesentlichen aus einer deutlich höheren Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG (UG 45 „Bundesvermögen“).

Konsolidierte Abschlussrechnungen

1.3.5 Geldfluss aus der Investitionstätigkeit

– 78,30 Mio. EUR

– 581,66 Mio. EUR (– 115,6 %) gegenüber 2014

Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit betrugen 262,72 Mio. EUR (– 1,917 Mrd. EUR bzw. – 87,9 % gegenüber 2014). Den Einzahlungen standen Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen von 341,03 Mio. EUR (– 1,335 Mrd. EUR bzw. – 79,7 % gegenüber 2014) gegenüber. Der Saldo (Geldfluss) aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen 2015 verschlechterte sich um – 581,66 Mio. EUR bzw. um – 115,6 % gegenüber 2014.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit

262,72 Mio. EUR

– 1,917 Mrd. EUR (– 87,9 %) gegenüber 2014

Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 262,72 Mio. EUR resultierten mit 192,02 Mio. EUR bzw. 73,1 % aus der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ und beinhalteten den Erlös aus dem Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG (50,00 Mio. EUR) und den Erlös aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG (142,02 Mio. EUR). Der hohe Rückgang gegenüber 2014 war auf die Rückzahlungen des Partizipationskapitals der Raiffeisen Bank International AG und der BAWAG P.S.K. im Jahr 2014 zurückzuführen.

Wesentliche Einzahlungen wurden auch in der UG 45 „Bundesvermögen“ in Höhe von 69,25 Mio. EUR (26,4 %) verzeichnet. Sie betrafen Einzahlungen aus Sachanlagen für Liegenschaftsverkäufe des BMLVS und der Strategischen Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgmbH (SIVBEG) sowie Nachbesserungszahlungen der Bundesimmobilienges.m.b.H. aus Liegenschaftsveräußerungen.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit

341,03 Mio. EUR

– 1,335 Mrd. EUR (– 79,7 %) gegenüber 2014

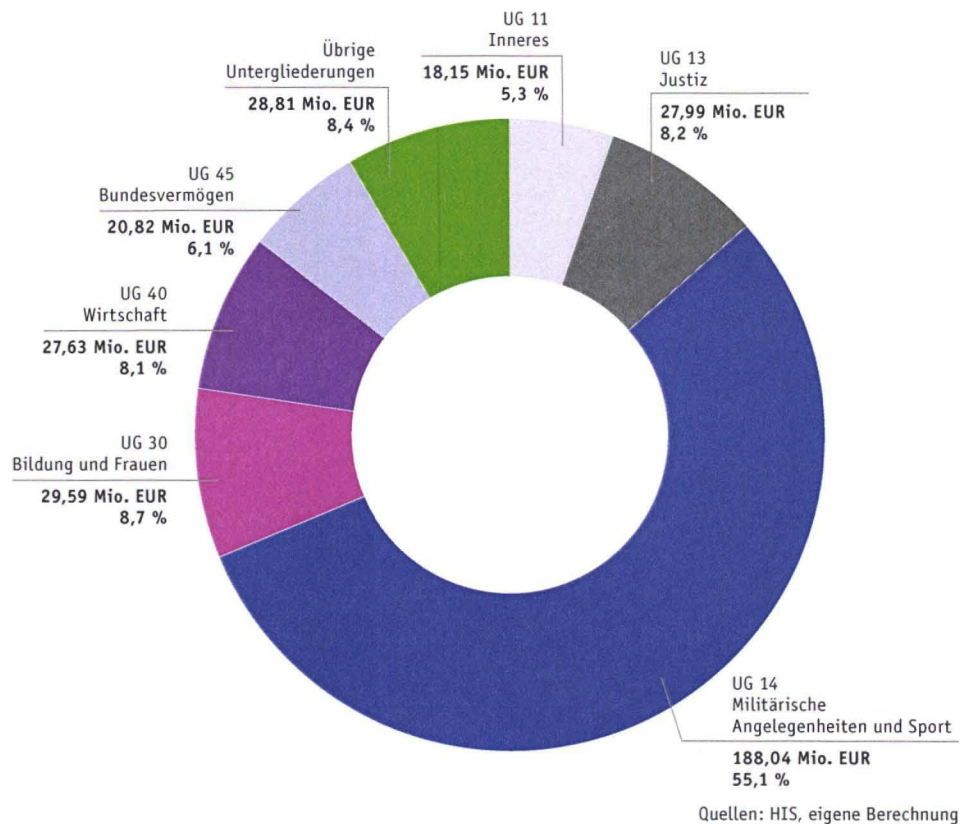
Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 341,03 Mio. EUR verteilten sich wie folgt auf die Untergliederungen:

Konsolidierte Abschlussrechnungen

- 55,1 % in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ betreffend technische Anlagen (insbesondere gepanzerte Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Luftzeuggeräte sowie Pioniergeräte),
- 8,7 % in der UG 30 „Bildung und Frauen“, vor allem betreffend Auszahlungen für technische Anlagen (insbesondere Hardware) und Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung,
- 8,2 % in der UG 13 „Justiz“ betreffend Auszahlungen für im Bau befindliche Gebäude und Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung,
- 8,1 % in der UG 40 „Wirtschaft“ betreffend Auszahlungen für Instandsetzungen von Gebäuden, Generalsanierungen, Brandschutzeinrichtungen bei Kulturbauten und Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung,
- 6,1 % in der UG 45 „Bundesvermögen“ betreffend Auszahlungen aus Beteiligungen insbesondere für Projektmittelanforderungen von Entwicklungsbanken,
- 5,3 % in der UG 11 „Inneres“ insbesondere betreffend die Anschaffung von Hardware und Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie
- 8,4 % in den übrigen Untergliederungen.

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Abbildung 1.3-7: Verteilung der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 2015 nach Untergliederungen (in Mio. EUR)



Der Rückgang der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um – 1,335 Mrd. EUR gegenüber 2014 resultierte hauptsächlich aus dem Wegfall der Zahlungen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus in der UG 45 „Bundesvermögen“ (2014 erfolgte die Zahlung der letzten Tranche in Höhe von 445,34 Mio. EUR) und dem Wegfall der Kapitalerhöhung der vormaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (nunmehrige HETA Asset Resolution AG; 750,00 Mio. EUR) sowie der Zahlungen für die im Jahr 2014 gegründeten HBI Bundesholding AG und der ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“.



Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

2 GESAMTSTAATLICHE BETRACHTUNG ÖFFENTLICHER FINANZEN

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung und beim Budgetvollzug

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung für 2015 im Mai 2014⁴³ herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-März-Prognose 2014. Im Folgenden stellt der RH diese Parameter und jene Werte, die für die Beschlussfassung des Bundesfinanzrahmens 2015 bis 2018⁴⁴ herangezogen wurden, sowie die Ist-Werte 2015⁴⁵ dar. Die Basisdaten in der Spalte zum Bundesfinanzrahmen 2015 – 2018 und für die Budgeterstellung sind ident, da das Bundesfinanzgesetz 2015 und das BFRG 2015 – 2018 zum selben Zeitpunkt im Nationalrat beschlossen wurden.

Tabelle 2.1-1: Wirtschaftliche Daten bei der Budgeterstellung 2015

	Basis für den Bundesfinanzrahmen 2015 - 2018 und Budgeterstellung 2015	Ist-Werte 2015	Abweichung der Ist-Werte von der Basis für die Budgeterstellung
Bruttoinlandsprodukt^{1) 2)}			
real (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 1,7	+ 0,9	–
nominell (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 3,7	+ 2,4	–
nominell (absolut in Mrd. EUR)	336,1	337,2	–
Verbraucherpreise (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 1,9	+ 0,9	– 1,0 %-Pkte.
Lohn- und Gehaltssumme, brutto			
nominell (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 3,6	+ 2,7	– 0,9 %-Pkte.
pro Kopf, nominell (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 2,4	+ 1,7	– 0,7 %-Pkte.
Unselbständig aktiv Beschäftigte (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	+ 1,0	+ 1,0	–
Arbeitslose			
in 1.000 (Veränderung in Personen gegenüber dem Vorjahr)	+ 8,0	+ 34,9	+ 26,9
in 1.000 (absolut in Personen)	314,2	354,3	+ 40,1
Arbeitslosenquote lt. AMS (nat. Definition) (in % der unselbständig Beschäftigten)	+ 8,1	+ 9,1	+ 1,0 %-Pkte.
Arbeitslosenquote lt. Eurostat (internat. Definition) (in % der Erwerbspersonen)	+ 5,3	+ 5,7	+ 0,4 %-Pkte.

1) Basis für Budgeterstellung gemäß ESVG 95, Ist-Werte gemäß ESVG 2010;

2) Werte für BIP nicht vergleichbar, weil unterschiedliche Basis der Berechnung (siehe Fußnote 1)

Quellen: BMF, Statistik Austria, WIFO

- 43 NR-Beschluss des BFG 2015 am 23. Mai 2014 (BGBl. I Nr. 39/2014 vom 6. Juni 2014)
- 44 WIFO-März-Prognose 2014 bzw. Strategiebericht der Bundesregierung 2015 bis 2018; NR-Beschluss des BFRG 2015 bis 2018 am 23. Mai 2014 (BGBl. I Nr. 37/2014 vom 6. Juni 2014)
- 45 Quellen: Statistik Austria, WIFO, AMS, Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger



Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

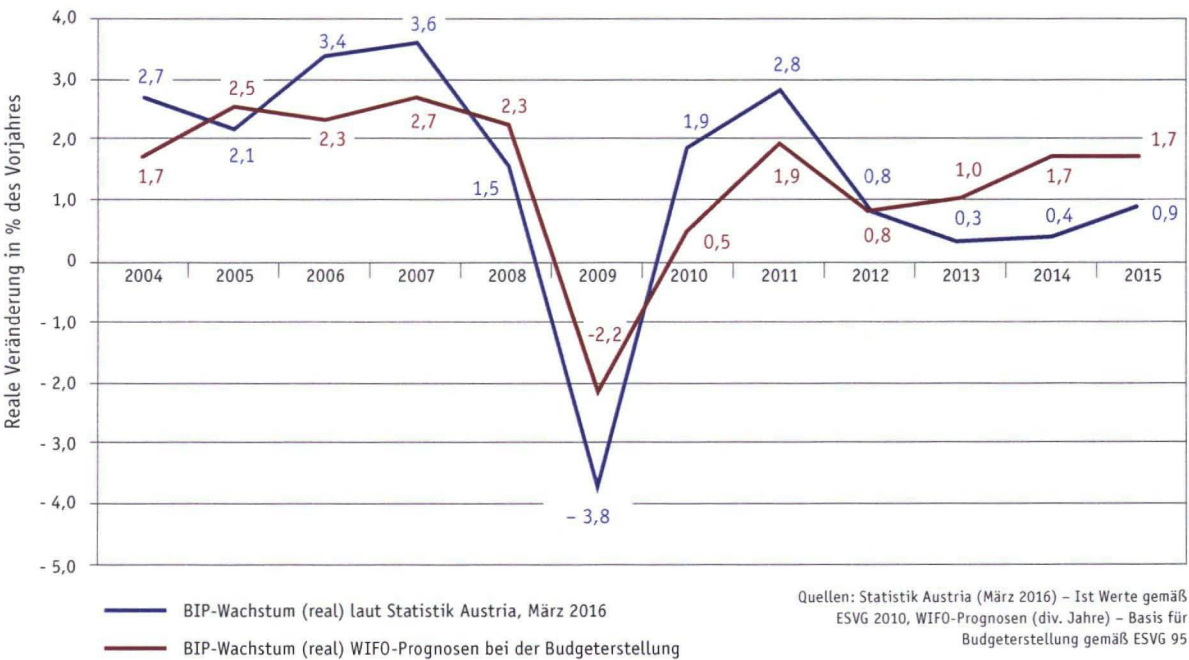
Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP nominell lag im Jahr 2015 bei 337,162 Mrd. EUR (2014: 329,296 Mrd. EUR). Bei der Budgeterstellung erfolgte die Berechnung gemäß ESVG 95, die Ist-Werte wurden gemäß ESVG 2010 berechnet, weshalb diese nicht vergleichbar sind.

Das Wachstum des BIP nominell war mit + 2,4 % (2014: + 2,0 %) um 1,3 Prozentpunkte geringer als bei der Veranschlagung angenommen. Das Wachstum des BIP real (+ 0,9 %) lag um 0,8 Prozentpunkte unter dem im Bundesvoranschlag angenommenen Wert.

Nachstehende Abbildung stellt für den Zeitraum 2004 bis 2015 der tatsächlichen Entwicklung des Wirtschaftswachstums die jeweils korrespondierende Prognose des WIFO, die der Erstellung des jeweiligen Bundesvoranschlags zugrunde lag, gegenüber.

Abbildung 2.1-1: Entwicklung des realen BIP-Wachstums 2004 bis 2015



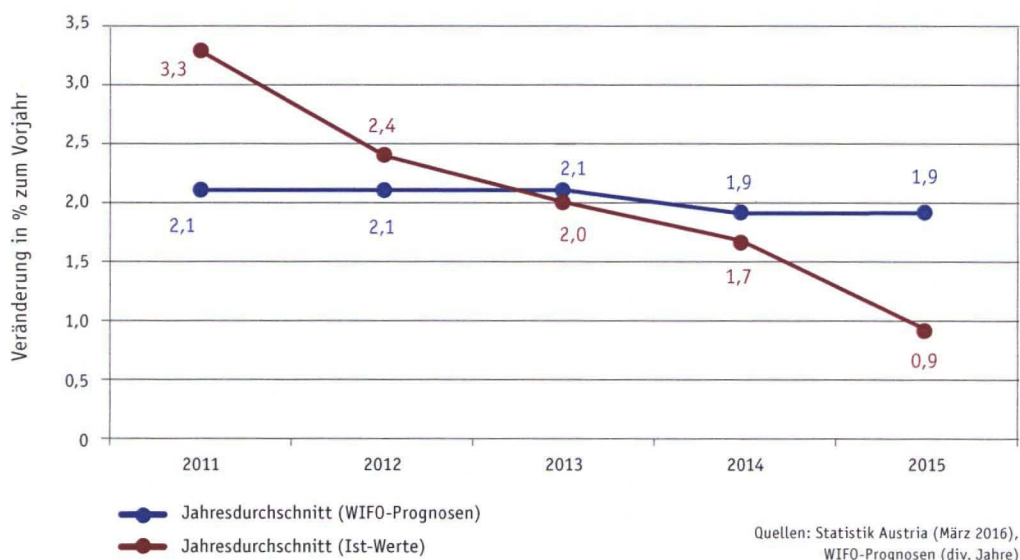
Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

Während die für das Budget maßgebliche Prognose in den vergangenen Jahren das tatsächliche Wachstum teilweise unterschätzt hatte, lagen die Prognosewerte insbesondere für die Jahre 2013, 2014 und 2015 um 0,7, 1,3 und 0,8 Prozentpunkte über dem tatsächlich erreichten Wert. Das reale BIP-Wachstum blieb mit + 0,9 % das vierte Jahr in Folge unter einem Prozent (2014: + 0,4 %; 2013: + 0,3 %; 2012: + 0,8 %).

Verbraucherpreise

Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex - VPI) betrug im Jahr 2015 + 0,9 % gegenüber dem Vorjahr und war um 1,0 Prozentpunkte geringer als der zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommene Wert. Folgende Abbildung stellt die tatsächlichen Jahresdurchschnittswerte der letzten fünf Jahre und die jeweils korrespondierenden WIFO-Prognosen dar, die der Erstellung des Bundesvoranschlags zugrunde lagen:

Abbildung 2.1-2: Entwicklung des VPI 2011 bis 2015



Während die Prognosen 2011 und 2012 die Entwicklung unterschätzten, lagen die Prognosen für 2013 bis 2015 über dem tatsächlichen Wert. Der VPI erreichte 2015 den zweittiefsten Wert seit dem Jahr 2000 (nur im Jahr 2009 war der Jahresdurchschnitts-Wert mit 0,5 % noch niedriger).

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

Arbeitsmarkt

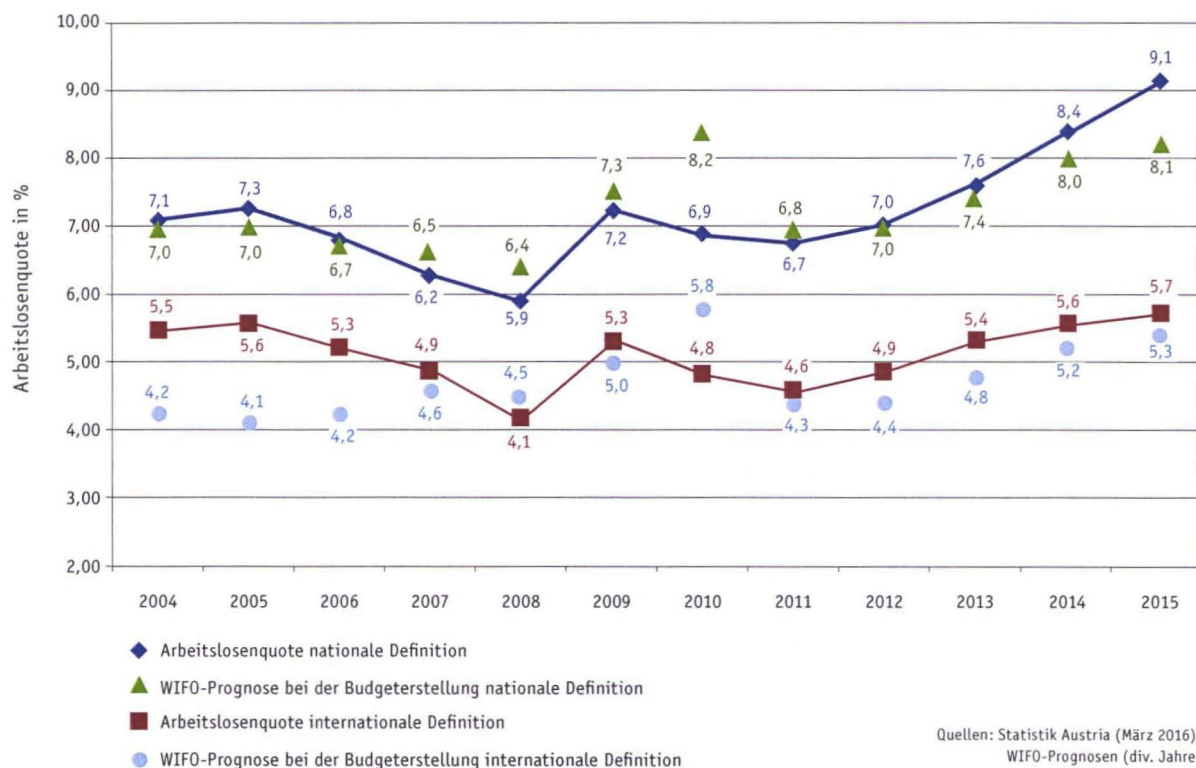
Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten stieg tatsächlich um 1,0 % (2014: + 0,7 %) auf rd. 3.448.700 Personen; die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich auf rd. 134,13 Mrd. EUR (+ 2,7 %). Die Bundesregierung war bei der Budgeterstellung im Mai 2014, basierend auf der WIFO-März-Prognose 2014, ebenfalls von einem Anstieg der unselbständig aktiv Beschäftigten von + 1,0 % ausgegangen.

Die Anzahl der beim AMS gemeldeten Arbeitslosen lag im Jahr 2015 mit rd. 354.300 Personen um 12,8 % über den Annahmen des Bundesvoranschlags (rd. 314.200 Personen) und stieg gegenüber dem Vorjahr (rd. 319.400 Personen) um rd. 35.000 Personen bzw. 10,9 %.

Von 2014 auf 2015 stieg die Arbeitslosenquote laut AMS (nationale Definition) auf 9,1 % (2014: 8,4 %) bzw. jene laut Eurostat (internationale Definition) auf 5,7 % (2014: 5,6 %), wobei die Arbeitslosenquote bei Männern sowohl nach der nationalen (9,8 %) als auch nach der internationalen Definition (6,1%) höher war als jene bei Frauen (8,3 % national bzw. 5,3 % international).

Folgende Abbildung stellt der tatsächlichen Entwicklung der Arbeitslosenquoten (nach nationaler und internationaler Definition) die jeweils korrespondierende Prognose des WIFO bei der Erstellung des Bundesvoranschlags gegenüber.

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

Abbildung 2.1-3: Arbeitslosenquoten 2004 bis 2015¹⁾

1) Aufgrund eines für den Mikrozensus erstmals 2014 angewandten Hochrechnungsverfahrens wurden die Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung rückwirkend bis 2004 revidiert, weshalb es zu Abweichungen zu früher in Dokumenten des RH veröffentlichten Werten kommen kann.

Der Budgeterstellung im Mai 2014 legte die Bundesregierung eine auf der WIFO-März-Prognose 2014 basierende Arbeitslosenquote nach internationaler Definition von 5,3 % zugrunde. Die tatsächliche Arbeitslosenquote im Jahr 2015 war mit 5,7 % um 0,4 Prozentpunkte höher.

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

2.2 Entwicklung der öffentlichen Finanzen laut ESVG 2010 und „Maastricht–Notifikation“

Die in Art. 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht–Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des BIP) stellen wichtige Grundlagen für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar.

Darüber hinaus spielt ein nahezu ausgeglichener struktureller Haushalt gemäß dem Europäischen Fiskalpakt⁴⁶ eine zentrale Rolle (siehe **TZ 2.3**).

Der Ablauf der haushaltspolitischen Überwachung wird vor allem durch die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Mindeststandards für nationale Fiskalrahmen geregelt.

Österreich – als Mitglied der Eurozone – ist verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Außerdem hat die Bundesregierung jährlich „Übersichten über die Haushaltsplanung“ zu erstellen und diese der Europäischen Kommission und der Eurogruppe vorzulegen. Weiters hat Österreich zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln (budgetäre Notifikation⁴⁷ jeweils bis Ende März und Ende September).

Sowohl die im Stabilitätsprogramm als auch in der budgetären Notifikation angeführten Budgetzahlen basieren auf dem ESVG 2010 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der EU; Verordnung (EU) Nr. 549/2013). Die EU–weit einheitliche Anwendung des ESVG 2010 bei der Darstellung der öffentlichen Haushalte ermöglicht einen Vergleich zwischen den Budgetzahlen der EU–Mitgliedstaaten. Zur gesamtstaatlichen Betrachtung des Staatshaushalts gruppiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Staat in vier Teilsektoren: Bundessektor, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherungsträ-

⁴⁶ Der Europäische Fiskalpakt beinhaltet u.a. das Six-Pack und das Two-Pack. Siehe **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 2.3**.

⁴⁷ Die budgetäre Notifikation ist eine Meldeverpflichtung der EU–Länder an die Europäische Kommission zu Verschuldungs- und Defizitdaten des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemäß EU–Verordnung, die zweimal jährlich erfolgt. Die Berechnung und Übermittlung der Daten erfolgt durch die Statistik Austria.

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

ger. Für jeden Teilsektor leitet die Statistik Austria die in den Rechnungsabschlüssen vorliegende administrative Darstellung in eine ESVG-konforme Darstellung der öffentlichen Finanzen über, wobei in der Überleitung der Daten aus dem BRA das Accrual-Prinzip⁴⁸ verfolgt wird, das konzeptionell weitgehend dem Ergebnishaushalt des Bundes entspricht. Die Statistik Austria verwendet jedoch zur Zeit für die Überleitung die Daten aus dem Finanzierungshaushalt⁴⁹. Bei der Überleitung ergänzt die Statistik Austria die Daten aus den Rechnungsabschlüssen (Finanzierungshaushalt) insbesondere um Abschreibungen, unterstellte Sozialbeiträge und die Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung, und nimmt Periodenbereinigungen, insbesondere bei Zinsauszahlungen, Zahlungen an die EU (EU-Eigenmittel), Abgabeneinzahlungen und Bruttoanlageinvestitionen vor.

Seit der Budget-Notifikation Ende September 2014 werden die Budgetdaten gemäß dem neuen ESVG 2010 an Eurostat gemeldet. Für den öffentlichen Sektor hatte die Umstellung insbesondere Auswirkungen auf die Abgrenzung des Sektors Staat. Insgesamt stieg die Zahl der „Staatseinheiten“ um exakt 1.400.⁵⁰ Dem stand ein höheres Niveau des BIP, basierend auf der Neubehandlung von Forschung und Entwicklung als Investition anstatt als laufender Aufwand gegenüber.⁵¹

48 Die Verbuchung erfolgt periodengerecht, d.h. wenn Forderungen oder Verbindlichkeiten entstehen, umgewandelt oder aufgehoben werden.

49 Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Finanzen Dr. Johann Georg Schelling zu der schriftlichen Anfrage (3249/J) der Abgeordneten Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Bundesrechnungsabschluss 2013 vom 29. Jänner 2015. Aufgrund des Vorbehalts von Eurostat zu den Maastricht-Ergebnissen Österreichs wurde im Herbst 2015 auf Initiative der Statistik Austria eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des BMF und des RH gegründet. Dabei wurde festgelegt, dass Statistik Austria mittelfristig den Ergebnishaushalt als Basis für die Überleitung zur ESVG-konformen Darstellung verwenden wird.

50 Für einen Vergleich der Einheiten des Sektors Staat gemäß ESVG 95 und ESVG 2010 siehe http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/einnahmen_und_ausgaben_des_staates/index.html.

51 Schwarz, Karl/Stübler, Walter: Der Sektor Staat im neuen ESVG – Konzepte, Methoden und Staatsquoten; Vortrag im Rahmen des Workshops „ESVG 2010 – Umstellung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ am 2. Dezember 2013. Stübler, Walter und Team: Öffentliche Finanzen 1995–2013 gemäß ESVG 2010; Statistische Nachrichten 1/2015, S. 46–66.



Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

2.2.1 Öffentliches Defizit nach ESGV 2010

Budget-Notifikation März 2016

Am 31. März 2016 wurde für das Haushaltsjahr 2015 ein Maastricht-Defizit (Öffentliches Defizit des Staates nach ESGV 2010) von – 3,885 Mrd. EUR (– 1,15 % des BIP) notifiziert.

Im Jahr 2015 wiesen der Bundessektor und die Gemeindeebene (einschl. Wien) ein Defizit auf; der Landesektor (ohne Wien) und die Sozialversicherungsträger zeigten einen Überschuss. Das Öffentliche Defizit betrug im Bundessektor – 1,27 % des BIP (2014: – 2,83 %). Die Landesebene (ohne Wien) verzeichnete einen Überschuss von + 0,09 % (2014: + 0,03 %). Die Gemeindeebene (einschl. Wien) verzeichnete ein Defizit von – 0,02 % des BIP (2014: + 0,01 %) und der Überschuss des Teilsektors Sozialversicherungsträger betrug + 0,05 % des BIP (2014: + 0,09 %).

Tabelle 2.2-1: Entwicklung des öffentlichen Defizits 2011 bis 2015 nach Teilsektoren des Staates

ESVG 2010									
Öffentliches Defizit	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung			
						2014 : 2015		2011 : 2015	
						in Mrd. EUR		in %	
Sektor Staat, insgesamt	– 7,893	– 6,879	– 4,235	– 8,900	– 3,885	+ 5,015	– 56,4	+ 4,008	– 50,8
Bundessektor	– 7,212	– 6,889	– 4,558	– 9,326	– 4,288	+ 5,038	– 54,0	+ 2,924	– 40,5
Landesebene (ohne Wien)	– 1,032	– 0,459	– 0,084	+ 0,082	+ 0,303	+ 0,221	+ 267,8	+ 1,336	– 129,4
Gemeindeebene (einschl. Wien)	– 0,281	– 0,074	– 0,012	+ 0,041	– 0,078	– 0,120	– 289,2	+ 0,203	– 72,2
Sozialversicherungsträger	+ 0,633	+ 0,542	+ 0,418	+ 0,302	+ 0,178	– 0,124	– 41,1	– 0,455	– 71,9
BIP (März 2016)	308,630	317,056	322,878	329,296	337,162	+ 7,866	+ 2,4	+ 28,532	+ 9,2
	in % des BIP					in %-Punkten		in %-Punkten	
Sektor Staat, insgesamt	– 2,56	– 2,17	– 1,31	– 2,70	– 1,15	+ 1,55		+ 1,41	
Bundessektor	– 2,34	– 2,17	– 1,41	– 2,83	– 1,27	+ 1,56		+ 1,06	
Landesebene (ohne Wien)	– 0,33	– 0,14	– 0,03	+ 0,03	+ 0,09	+ 0,06		+ 0,42	
Gemeindeebene (einschl. Wien)	– 0,09	– 0,02	– 0,00	+ 0,01	– 0,02	– 0,04		+ 0,07	
Sozialversicherungsträger	+ 0,20	+ 0,17	+ 0,13	+ 0,09	+ 0,05	– 0,04		– 0,15	

Quellen: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2016), eigene Darstellung

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

Die Entwicklung des Öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene in Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass dieser Wert seit 2011 nie überschritten wurde. Im Rahmen der haushaltspolitischen Überwachung durch die EU nimmt nunmehr das strukturelle Defizit eine zentrale Rolle ein (siehe **TZ 2.2.2** und **TZ 2.3**).

Gemäß dem ÖStP 2012 verpflichteten sich der Bund und die Länder (einschl. Wien)⁵² im Jahr 2015 ein Defizit von – 0,58 % bzw. – 0,14 % des BIP nicht zu überschreiten. Die Gemeinden (ohne Wien) hatten landesweise einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Tabelle 2.2–1 zeigt, dass der Bund mit einem Defizit von – 1,27 % des BIP den Zielwert im Jahr 2015 nicht erreicht hat. Weitere Ausführungen zum ÖStP 2012 finden sich in **TZ 2.3.2**.

Überleitung des Nettofinanzierungssaldos zum öffentlichen Defizit nach ESVG 2010

In der Überleitung des Nettofinanzierungssaldos des Bundes zum öffentlichen Defizit werden vermögensneutrale Transaktionen (bspw. Rücklagengebarung, Auszahlungen und Einzahlungen für Darlehen und Beteiligungen, Rückzahlung von Partizipationskapital) herausgerechnet. Bestimmte Transaktionen (bspw. kalkulatorischer Kapitaltransfer an die HETA Asset Resolution AG im Jahr 2014), die nicht im Nettofinanzierungssaldo berücksichtigt sind, werden hinzugerechnet. Weiters erfolgt eine periodengerechte Zuordnung verschiedener Positionen (bspw. Zinszahlungen, Abgabeneinzahlungen und –vorauszahlungen, Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger, EU-Eigenmittel).

52 Im Unterschied zur Budget-Notifikation zählt Wien in dieser Betrachtung zu den Ländern und nicht zu den Gemeinden.



Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

Tabelle 2.2-2: Überleitung des öffentlichen Defizits des Bundessektors

Überleitung Öffentliches Defizit	2014	2015
	in Mrd. EUR	
Nettofinanzierungssaldo des Bundes	- 3,189	- 1,861
Rücklagenveränderung (Zuführung – Entnahme)	+ 0,010	+ 0,025
Darlehensvergabe	+ 0,178	+ 1,447
Darlehensrückzahlung	- 0,093	- 0,097
Beteiligungserwerb (inkl. ESM)	+ 0,446	+ 0,197
Beteiligungsverkauf (inkl. Rückzahlung Partizipationskapital)	- 2,100	- 0,285
Schuldenübernahme im Zusammenhang mit Haftungen für Exportförderungen	- 0,006	- 0,040
Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktstabilisierung – HETA (Hypo Alpe-Adria Bank International AG Abbaugesellschaft)	- 4,672	-
Periodengerechte Zuordnung		
Zinsen	+ 0,083	- 0,964
Steuern (USt, LSt, NOVA, MÖSt, Tabaksteuer)	+ 0,112	+ 0,466
Steuervorauszahlungen (Abgabenguthaben abzgl. Rückstände)	+ 0,045	- 0,114
Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger	+ 0,125	+ 0,078
EU-Eigenmittel	+ 0,123	- 0,354
Eurofighter	+ 0,194	-
Sonstiges	+ 0,073	- 0,402
Öffentliches Defizit des Bundes	- 8,670	- 1,906
Sonstige Einheiten des Bundessektors	- 0,656	- 2,382
Öffentliches Defizit des Bundessektors	- 9,326	- 4,288
	in % des BIP (März 2016)	
Öffentliches Defizit des Bundes	- 2,63	- 0,57
Öffentliches Defizit des Bundessektors	- 2,83	- 1,27

Quellen: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2016), eigene Darstellung

Das öffentliche Defizit des Bundes in Höhe von – 1,906 Mrd. EUR (2014: – 8,670 Mrd. EUR) lag im Jahr 2015 um 45 Mio. EUR über dem Nettofinanzierungssaldo des Bundes (– 1,861 Mrd. EUR). Der Abstand zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem öffentlichen Defizit des Bundes verringerte sich insbesondere aufgrund der Darlehensvergaben (1,447 Mrd. EUR). Unter dieser Position führt die Statistik Austria auch die Zahlung des Bundes an den Freistaat Bayern im Zusammenhang mit der HETA in Höhe von 1,230 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung des Defizits der sonstigen Einheiten des Bundessektors⁵³ (– 2,382 Mrd. EUR) betrug das öffentliche Defizit des Bundessektors – 4,288 Mrd. EUR (2014: – 9,326 Mrd. EUR). Der Abstand zwischen öffentlichem Defizit des Bundes und des Bundessektors resultierte insbesondere aus dem hohen Defizit der sonstigen Einheiten des Bundes. Insbesondere ist das Defizit der HETA Asset Resolution AG mit rd. 1,7 Mrd. EUR hervorzuheben.

53 Der Bundessektor besteht aus 257 institutionellen Einheiten (Stand März 2016); Details siehe unter http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/oeffentlicher_sektor/076166.html.

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

2.2.2 Strukturelles Defizit

Das strukturelle Defizit errechnet sich aus dem öffentlichen Defizit nach ESVG 2010 („Maastricht-Defizit“), indem es um konjunkturelle Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt wird. Ein strukturelles Defizit zeigt ein generelles Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, welches mittel- bis langfristig nur durch Strukturreformen abgebaut werden kann. Das strukturelle Defizit nimmt eine zentrale Rolle bei der verstärkten Überwachung im Rahmen der fiskalpolitischen Steuerung der EU ein. Solange Österreich das mittelfristige Haushaltsziel nicht erreicht hat und die Schuldenquote über dem Referenzwert von 60 % des BIP liegt, muss Österreich ausreichende Fortschritte in Richtung seines mittelfristigen Haushaltsziels sicherstellen. Dazu ist der strukturelle Haushaltssaldo jährlich um 0,6 % des BIP zu verbessern.⁵⁴ Die Bundesregierung plant, im Jahr 2020 ein strukturelles Defizit von – 0,4 % zu erreichen (zu Details siehe **TZ 2.3**).

Die Berechnung des strukturellen Defizits erfolgt in Prozent des BIP:

Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP	
	Maastrichtsaldo in % des BIP
+/-	einmalige oder sonstige befristete Maßnahmen in % des BIP
+/-	Konjunkturreffekt in % des BIP

Quelle: eigene Darstellung

Einmalige oder sonstige befristete Maßnahmen („Einmalmaßnahmen“) sind solche, die den jährlichen Saldo vorübergehend erhöhen oder vermindern, ohne ihn nachhaltig zu verändern. Beispiele für solche Einmalmaßnahmen sind die Rekapitalisierung von Banken, die Erlöse aus der Versteigerung der LTE-Lizenzen oder das Abkommen zur Abgeltungssteuer mit der Schweiz und Liechtenstein.

Der Konjunkturreffekt misst die Auswirkungen von Abweichungen der Konjunktur von der wirtschaftlichen Normallage (potenzielles BIP) auf den Haushaltssaldo. Die Berechnung des strukturellen Saldos ist – wie der Fiskalrat feststellte⁵⁵ – mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, die sich auch in laufenden Revisionen niederschlagen. Die Unsicherheiten beruhen auf unterschiedlichen Berechnungsmethoden und Prognosen, aber auch darauf, dass das Produktionspotenzial (potenzielles BIP, Potenzialoutput)

54 Laut EU-Vorgaben ist der strukturelle Budgetsaldo jährlich um mehr als 0,5 % des BIP zu verbessern, was laut Absprache der Europäischen Kommission mit den Mitgliedstaaten eine Anstrengung von 0,6 % des BIP bedeutet.

55 Fiskalrat: Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2013 – 2018, Mai 2014.

Gesamtstaatliche Betrachtung öffentlicher Finanzen

nicht präzise bestimmbar ist. Die Differenz zwischen der tatsächlichen Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und dem Produktionspotenzial wird als Outputlücke⁵⁶ bezeichnet. Die Output- oder auch Produktionslücke gibt an, um wie viel die volkswirtschaftliche Produktion hinter ihren, durch die vorhandenen Produktionskapazitäten determinierten Produktionsmöglichkeiten, zurückbleibt. Outputlücken können positiv oder negativ sein. Die Outputlücke schwankt im Verlauf des Konjunkturzyklus im Gleichklang mit dem zwischen Aufschwung und Abschwung variierenden Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten.⁵⁷

Die Bundesregierung meldet Prognosen zum strukturellen Defizit im Rahmen des Stabilitätsprogramms (bis spätestens 30. April) und im Rahmen der Übersicht über die Haushaltsplanung (bis 15. Oktober) an die Europäische Kommission. Zur Beurteilung des Fortschritts hinsichtlich der Annäherung an das mittelfristige Haushaltsziel zieht die Europäische Kommission jedoch eigene Schätzungen heran.

Eine Gegenüberstellung verschiedener Prognosen und Berechnungen des strukturellen Defizits zeigt folgendes Bild:

Tabelle 2.2–3: Berechnung des strukturellen Defizits 2015 im Vergleich, in % des BIP

Berechnung des strukturellen Defizits 2015 im Vergleich	Übersicht Haushalts- planung 2016	Fiskalrat	Europ. Kommission Herbst- prognose	Stabilitäts- programm 15-20	Veränderung	Europ. Kommission Frühjahrs- prognose	Fiskalrat
	Okt. 2015	Nov. 2015	Nov. 2015	April 2016	Okt. 15 : Apr. 16	Mai 2016	Mai 2016
	in % des BIP				in %-Punkten	in % des BIP	
Strukturelles Defizit (Gesamtstaat)	- 0,5	- 0,2	- 0,6	0,0	+ 0,5	0,0	0,0
Öffentliches Defizit	- 1,9	- 1,6	- 1,9	- 1,2	+ 0,7	- 1,2	- 1,2
Bundessektor	- 2,0			- 1,3	+ 0,7		
Länder (ohne Wien)	0,0			0,1	+ 0,1		
Gemeinden (mit Wien)	0,0			0,0	+ 0,0		
Sozialversicherungsträger	0,1			0,1	+ 0,0		
Konjunkturreffekt	0,8	0,8	0,7	0,7	- 0,1	0,6	0,7
Einmalmaßnahmen	0,6	0,6	0,6	0,5	- 0,1	0,6	0,5
Outputlücke	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 1,2	+ 0,1	- 1,0	- 1,2
Potenzialwachstum (in % gegenüber dem Vorjahr)	0,8	0,9	0,8	1,2	+ 0,4	0,9	1,2
BIP-Wachstum, real (in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	0,7	0,6	0,9	+ 0,2	0,9	0,9

Quellen: Bundesregierung: Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2016, Fortschreibung des österreichischen Stabilitätsprogramms 2015–2020;
Europäische Kommission: Wirtschaftsprognosen (11/2015, 5/2016);
Fiskalrat: Bericht zur Einschätzung der Budgetentwicklung 2015–2016, Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2015–2020

56 Je „größer“ die Outputlücke ist, desto stärker wirkt sich der Konjunkturreffekt auf den strukturellen Budgetsaldo aus. Ist die Outputlücke negativ, verbessert dies den strukturellen Budgetsaldo, ist sie positiv, verschlechtert dies den strukturellen Budgetsaldo.

57 Europäische Union: http://europa.eu/epc/working_groups/output_gaps_en.htm.